

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1991

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Allgemeine Sterbetafel 1986 / 88 für Rheinland-Pfalz	227	Der neuesten allgemeinen Sterbetafel liegen die Sterblichkeiten der Jahre 1986 bis 1988 zugrunde. Die Lebenserwartung ist deutlich gestiegen.
Verbraucherpreise und Preisindizes für die Lebenshaltung	234	Verbraucherpreise und die Veränderungen der Preisindizes für die Lebenshaltung gehören zu den wichtigsten Daten für die Beurteilung der Preisentwicklung und sind Gradmesser für die Veränderung der Kaufkraft des Geldes.
Zeitbudgeterhebung 1991 / 92	239	In den Jahren 1991 / 92 findet im gesamten Bundesgebiet eine Zeitbudgeterhebung statt. Konzept und Ziele der Erhebung werden vorgestellt.
Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1990	241	Der Beitrag informiert über den sozialen Wohnungsbau 1990 und stellt den 1989 geschaffenen 3. Förderungsweg (vereinbarte Förderung) vor.
Handel mit Polen	249	Mit der Wiedervereinigung Deutschlands gewinnen die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zum Nachbarn Polen eine neue Dimension.
Anhang	73 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	79 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Beilagen

Die kreisfreie Stadt Mainz
Die kreisfreie Stadt Speyer
Die kreisfreie Stadt Zweibrücken

Die Verwaltungsbezirke werden unter sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.

Lebenserwartung weiter gestiegen

Für Rheinland-Pfalz wurde eine neue allgemeine Sterbetafel vorgelegt. Datengrundlage ist die Volkszählung 1987. Die Tafel basiert auf den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1986 bis 1988.

Danach ist die Lebenserwartung der Rheinland-Pfälzer deutlich gestiegen. Für einen neugeborenen Jungen kann im Durchschnitt mit einem Lebensalter von 72 Jahren, für ein neugeborenes Mädchen sogar von 78,6 Jahren gerechnet werden. Gegenüber der letzten vergleichbaren Tafel von 1970/72 hat sich damit die Lebenserwartung eines Neugeborenen bei Knaben und Mädchen um 5 Jahre erhöht.

Den größten Beitrag zu der gestiegenen Lebenserwartung leistete die deutlich gesunkene Säuglingssterblichkeit. Starben 1970/72 noch 27 von 1000 männlichen und 20 von 1000 weiblichen Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr, so waren es 1986/88 bei den Jungen knapp 10 und bei den Mädchen weniger als 8 Kinder.

Aber auch in den höheren Altersjahren ist die Lebenserwartung gestiegen. Nach den Sterblichkeitsverhältnissen 1986/88 lebt eine 65jährige Frau im Durchschnitt noch 17,7 Jahre, ein Mann in diesem Alter noch 13,9 Jahre. Gegenüber den Sterblichkeitsverhältnissen von 1970/72 bedeutet dies ein Gewinn von rund 3 bzw. 2 Jahren.

Die neue Sterbetafel zeigt darüber hinaus, daß 56 % der weiblichen und knapp 34 % der männlichen Neugeborenen 80 Jahre alt werden. Ein Alter von 90 Jahren ist immer noch für 16 % bzw. 6 % der Babys zu erwarten. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 227

Warenbezüge aus den neuen Bundesländern verfünffacht, Lieferungen verdreifacht

Der Warenverkehr der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit ihren Handelspartnern aus den neuen Bundesländern floriert und erreichte im ersten Halbjahr 1991 ein Rekordergebnis. Prozentual am stärksten nahmen dabei die Bezüge aus den neuen Bundesländern zu. Mit 230 Mill. DM sind sie fünfmal höher als ein Jahr zuvor. Die Lieferungen im Wert von einer Mrd. DM stiegen auf das Dreifache.

Die Bezüge erstreckten sich hauptsächlich auf elektrotechnische Erzeugnisse sowie Grundstoffe und Produktionsgüter der Chemie. Geliefert wurden dem Werte nach vor allem Straßenfahrzeuge, Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, der chemischen Industrie sowie Lederwaren und Schuhe. sr

Handel mit Polen

Die Republik Polen hat 1990 auf einer Fläche von annähernd 313 Tsd. Quadratkilometern 38,4 Mill. Einwohner. Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von durchschnittlich 123 Einwohnern je Quadratkilometer im Vergleich zu 188 Einwohnern je Quadratkilometer in Rheinland-Pfalz. Von insgesamt 162 848 ausländischen Mitbürgern in Rheinland-Pfalz am 30. September 1980, besaßen 3 691 Personen die polnische Staatsangehörigkeit. Unter den 172 295 Ausländern, die Ende 1987 in Rheinland-Pfalz lebten, waren 6 860 polnische Staatsangehörige. Die Pkw-Dichte Polens betrug 1989 127 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner gegenüber 506 in Rheinland-Pfalz. Das polnische Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen bezifferte sich 1988 nach Berechnung der Weltbank nominal auf 1 850 US-Dollar je Einwohner. In den westlichen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland wird diese Größenordnung um das Neunfache (18 530 US-Dollar je Einwohner) übertroffen.

Der rheinland-pfälzische Außenhandel mit Polen erreichte 1990 beim Export 173,3 Mill. DM, beim Import 129,8 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr errechnen sich hierbei Veränderungsraten im Export von - 21 % und im Import von + 67 %, so daß der Ausfuhrüberschuß von 141,8 Mill. DM im Jahre 1989 auf 43,5 Mill. DM im Jahre 1990 zurückging. Im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern weist der Außenhandel mit Polen im ersten Halbjahr 1991 die stärkste Dynamik auf.

Im grenzüberschreitenden Güterverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Polen wurden 1989 im Eisenbahnverkehr 42 Tsd. Tonnen befördert. Der Güterumschlag im Straßenverkehr umfaßt 38,4 Tsd. Tonnen. Der mengenmäßige Anteil des Straßenverkehrs am gesamten grenzüberschreitenden Güterverkehr stieg von 38 % im Jahre 1987 auf 45 % im Jahre 1989. Gleichzeitig sank der Anteil des Eisenbahnverkehrs von 57 % auf 49 %. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 249

Erstmals bundesweite Zeitbudgeterhebung

In den Jahren 1991/92 werden erstmals, und zwar im gesamten Bundesgebiet, die Zeitverwendungsstrukturen in privaten Haushalten erhoben. Mit den Ergebnissen kann eine Vielzahl von Informationsanforderungen erfüllt werden. Von besonderer Bedeutung sind die aus einer Zeitbudgeterhebung resultierenden Angaben zur Haushaltsproduktion: Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden damit um ein wichtiges Feld ergänzt. Die Erhebung stellt zudem wertvolle Informationen für die Frauen- und Familienpolitik bereit. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 239

Preisindex für die Lebenshaltung informiert über aktuelle Entwicklungen des Verbraucherpreisniveaus

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist eine maßgebliche Orientierungs- und Entscheidungshilfe bei Tarifverhandlungen und gewinnt wachsende Bedeutung in privaten Verträgen als Wertmesser, um laufende Verpflichtungen der veränderten Kaufkraft anzupassen, etwa im Zusammenhang mit Unterhaltsansprüchen, Leibrenten und bei langfristigen Miet- und Pachtverträgen. Derzeit werden für das bisherige Bundesgebiet monatlich fünf verschiedene Preisindizes für die Lebenshaltung errechnet und publiziert. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 234

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im September 1991		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Sept. 1990 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	108,6	3,1
Bekleidung, Schuhe	110,7	2,7
Wohnungsmieten	118,5	4,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,7	3,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	111,3	3,3
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	115,2	4,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,4	6,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	107,9	2,0
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	119,2	3,9
Gesamtlebenshaltung	111,7	3,9
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	111,5	3,8
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	112,4	4,0
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfangern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	111,5	3,9

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Private Haushalte deckten sich frühzeitig mit Brennstoffen ein

Im Juli 1991, dem ersten Monat nach der Erhöhung der Mineralölsteuer, ging der Umsatz des rheinland-pfälzischen Einzelhandels mit Brennstoffen gegenüber Juni um mehr als 50 % zurück. Bei einigen Betrieben, die keine anderen Artikel im Sortiment oder andere Tätigkeiten (Transporte und ähnliches) anbieten, sank der Umsatz fast auf Null. Die Kunden hatten bereits in den Vormonaten ihren Bedarf frühzeitig gedeckt und kamen somit den höheren Preisen, die sich aus der Mineralölsteuererhöhung ergaben, zuvor. sr

Erneut mehr Gemüseanbau in Rheinland-Pfalz

Im Jahre 1991 wurde in Rheinland-Pfalz auf 7 600 ha Gemüse angebaut. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung um rund 300 ha. Der seit Jahren zu beobachtende Anstieg hat sich damit verstärkt fortgesetzt.

Vor allem Radieschen, die bundesweit nur in Rheinland-Pfalz eine nennenswerte Rolle spielen, wurden vermehrt erzeugt. Mittlerweile erfolgt die Produktion auf rund 730 ha (+29 % gegenüber 1989). Seit 1988 hat sich die Anbaufläche mehr als verdoppelt.

Von der Vielzahl der Gemüsearten haben nach wie vor Möhren (980 ha), Kopfsalat (900 ha), Blumenkohl (820 ha) und Speisezwiebeln (750 ha) die größte Bedeutung. Dabei wurde der Anbau von Speisezwiebeln gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt (-8,3 %). Größere Verbreitung haben ferner Spinat (530 ha) und Spargel (410 ha), deren Produktion weitgehend beibehalten wurde. Brokkoli, Porree und Rettich erreichten jeweils mehr als 200 ha Anbaufläche. Weißkohl (180 ha), Wirsing (130 ha), Chinakohl (170 ha), Kohlrabi (170 ha), Knollensellerie (120 ha) sowie Eis (110 ha) und Lollo Salat (110 ha) ergänzen das Gemüseangebot. hü

Weniger Verkehrstote im August

Im August 1991 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 41 Verkehrsteilnehmer tödlich, das sind 21 weniger als im August 1990. Todesopfer waren 14 Fahrer und Mitfahrer von Motorrädern, 15 Benutzer von Personenwagen, 6 Radfahrer, 5 Fußgänger und ein Lastwagenfahrer. Bei insgesamt 1 946 Unfällen mit Personenschaden, das sind etwa so viele wie im Vorjahr, wurden außerdem 745 Personen schwer (+1,1 %) und 1 809 leicht verletzt (-5 %). 8 375 Unfälle (-6,9 %) führten nur zu Sachschaden. gr

Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für Rheinland-Pfalz

Sterbetafeln vermitteln in kompakter Form Angaben zur Sterblichkeit einer Bevölkerung und stellen damit die Grundlage weiterführender bevölkerungsstatistischer Analysen dar. Sie sind für die Berechnung der Tarife der Lebensversicherungsgesellschaften erforderlich. Auch für die Sozialversicherungsträger sind sie eine wichtige Planungsgrundlage. Bei der Abwicklung von Kaufgeschäften auf Rentenbasis wird zur Ermittlung der Höhe der Rente auf Sterbetafeln zurückgegriffen. Angaben aus Sterbetafeln fließen auch in Bevölkerungsvorausschätzungen ein.

Sterbetafeln sollen für längere Zeit ein realistisches Bild der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung darstellen. Die Auswahl der Methode und die Festlegung des zugrunde gelegten Zeitraumes muß daher mit besonderer Sorgfalt erfolgen. Diese Vorbereitungsarbeiten liegen beim „Arbeitskreis Sterbetafeln“, dem neben Vertretern der statistischen Ämter des Bundes und der Länder auch verschiedene Bundesbehörden und Vertreter aus der Versicherungswirtschaft und der Bevölkerungswissenschaft angehören.

Sterbetafeln werden regelmäßig im Zusammenhang mit einer Volkszählung erstellt, da hier die erforderliche Untergliederung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht vergleichsweise genau ist. Für den mitunter recht langen Zeitraum zwischen zwei Volkszählungen werden sogenannte abgekürzte Sterbetafeln errechnet, um auch für diese Zeit Angaben zur Sterblichkeit und Lebenserwartung nachweisen zu können. Abgekürzte Sterbetafeln werden nach einer relativ einfachen Methode erstellt. Dabei werden durch die Fortschreibung bedingte Fehler in der Bevölkerungsstruktur in Kauf genommen. Sie werden vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet jährlich für einen Zeitraum von 3 Jahren vorgelegt. Die letzte abgekürzte Sterbetafel für Rheinland-Pfalz wurde für den Zeitraum 1980 bis 1985 ermittelt.

Wahl des Beobachtungszeitraumes entscheidend

Die mit Ergebnissen aus der Volkszählung erstellten Sterbetafeln, für deren Ermittlung ein besonders aufwendiges statistisches Instrumentarium herangezogen wird, bezeichnet man als allgemeine Sterbetafeln. Das Instrumentarium muß dabei in dreifacher Hinsicht spezifiziert werden. Der zugrunde zu legende Beobachtungszeitraum muß definiert werden, die Methode zur Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten ist auszuwählen

und das Verfahren zur Glättung der Sterbewahrscheinlichkeiten ist festzulegen. Dabei kommt der Wahl des Beobachtungszeitraumes besondere Bedeutung zu, da der Einfluß auf die ermittelten Ergebnisse hier am größten ist.

Wie erwähnt, sollte der betrachtete Zeitraum das Jahr der Volkszählung beinhalten. Der Zeitraum sollte wenigstens 3 Jahre umfassen, um auch für Altersjahre, die nur wenige Sterbefälle aufweisen oder nur schwach besetzt sind, hinreichend gesicherte Ergebnisse zu erhalten. Die Sterblichkeitsverhältnisse in dem gewählten Zeitraum sollten zudem keine durch außerordentliche Einflußfaktoren bedingten Verzerrungen aufweisen, um auch für einen längeren Zeitraum gültig zu sein. Dabei sind die gelegentlich gehäuft auftretenden Sterbefälle infolge von Grippe bzw. Erkrankungen der Atmungsorgane im erforderlichen Maße zu berücksichtigen. Derartige Grippewellen hat es zuletzt in den Jahren 1978 und 1986 gegeben. Da auch zukünftig mit Grippeepidemien – wenn auch vermutlich in abgeschwächter Form – zu rechnen ist, wurde das Jahr 1986 mit einbezogen. Die Wahl der Berechnungsmethode hat hier jedoch die erwünschte Konsequenz, daß der Extremausschlag der Sterbefälle letztlich nur zu einem Drittel berücksichtigt wird.

Sterbeziffernmethode von Farr angewendet

Zur Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten gibt es verschiedene Methoden, deren Unterschiede in diesem Beitrag nicht näher erläutert werden sollen. Für die allgemeine Sterbetafel 1986/88 wurde auf die Sterbeziffernmethode von Farr zurückgegriffen. Die Entscheidung erfolgte nicht zuletzt aus Gründen der Kontinuität, da diese Methode auch bei der allgemeinen Sterbetafel 1970/72 und auch bei allen abgekürzten Sterbetafeln angewendet wurde.

Die so ermittelten Sterbewahrscheinlichkeiten weisen immer noch gewisse zufallsbedingte Schwankungen auf. Trotz der Heranziehung dreier Kalenderjahre ist die Zahl der Personen einzelner Altersjahre noch zu klein bzw. die Zahl der Sterbefälle zu gering, um eine ausreichend stabile Datenbasis darstellen zu können. In solchen Fällen können Zufallseinflüsse relativ schnell zum Tragen kommen. Für einen realistischen Verlauf der Sterblichkeitskurve ist daher noch eine Glättung der Sterbewahrscheinlichkeiten erforderlich. Für die Sterbetafel 1986/88 wurden hierzu sogenannte Spline-Funktionen herangezogen.

Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für Rheinland-Pfalz

Frauen

Vollendetes Alter	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter x + 1	Sterbe- wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Überlebens- wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
x	l _x	d _x	q _x	p _x	bis zum Alter x + 1 durchlebte L _x	insgesamt noch zu durchlebende e l _{xx}	e _x
Jahre		während eines Jahres	für ein Jahr				
0	100 000	781	0,00781312	0,99218688	99 386	7 855 894	78,56
1	99 219	53	0,00053044	0,99946956	99 192	7 756 508	78,18
2	99 166	38	0,00038815	0,99961185	99 147	7 657 316	77,22
3	99 128	27	0,00027095	0,99972905	99 114	7 558 169	76,25
4	99 101	19	0,00019109	0,99980891	99 091	7 459 055	75,27
5	99 082	15	0,00014841	0,99985159	99 074	7 359 963	74,28
6	99 067	13	0,00012774	0,99987226	99 061	7 260 889	73,29
7	99 054	12	0,00012106	0,99987894	99 048	7 161 828	72,30
8	99 042	12	0,00011831	0,99988169	99 037	7 062 780	71,31
9	99 031	11	0,00011307	0,99988693	99 025	6 963 743	70,32
10	99 020	11	0,00010878	0,99989122	99 014	6 864 718	69,33
11	99 009	11	0,00011224	0,99988776	99 003	6 765 704	68,33
12	98 998	12	0,00012162	0,99987838	98 992	6 666 701	67,34
13	98 986	14	0,00014138	0,99985862	98 979	6 567 709	66,35
14	98 972	18	0,00017977	0,99982023	98 963	6 468 731	65,36
15	98 954	23	0,00023185	0,99976815	98 942	6 369 768	64,37
16	98 931	29	0,00029054	0,99970946	98 916	6 270 826	63,39
17	98 902	34	0,00034200	0,99965800	98 885	6 171 909	62,40
18	98 868	37	0,00037680	0,99962320	98 850	6 073 024	61,43
19	98 831	39	0,00039176	0,99960824	98 812	5 974 174	60,45
20	98 792	39	0,00039684	0,99960316	98 773	5 875 363	59,47
21	98 753	39	0,00039459	0,99960541	98 734	5 776 590	58,50
22	98 714	38	0,00038988	0,99961012	98 695	5 677 856	57,52
23	98 676	38	0,00038801	0,99961199	98 657	5 579 161	56,54
24	98 637	39	0,00039105	0,99960895	98 618	5 480 505	55,56
25	98 599	39	0,00039906	0,99960094	98 579	5 381 887	54,58
26	98 559	41	0,00041268	0,99958732	98 539	5 283 308	53,61
27	98 519	43	0,00043320	0,99956680	98 497	5 184 769	52,63
28	98 476	45	0,00046094	0,99953906	98 453	5 086 271	51,65
29	98 431	49	0,00049534	0,99950466	98 406	4 987 818	50,67
30	98 382	53	0,00053550	0,99946450	98 356	4 889 411	49,70
31	98 329	57	0,00058057	0,99941943	98 301	4 791 056	48,72
32	98 272	62	0,00063061	0,99936939	98 241	4 692 755	47,75
33	98 210	67	0,00068599	0,99931401	98 177	4 594 514	46,78
34	98 143	73	0,00074668	0,99925332	98 106	4 496 337	45,81
35	98 070	80	0,00081319	0,99918681	98 030	4 398 231	44,85
36	97 990	87	0,00088647	0,99911353	97 946	4 300 201	43,88
37	97 903	95	0,00096751	0,99903249	97 856	4 202 255	42,92
38	97 808	103	0,00105732	0,99894268	97 757	4 104 400	41,96
39	97 705	113	0,00115593	0,99884407	97 648	4 006 643	41,01
40	97 592	123	0,00126305	0,99873695	97 530	3 908 995	40,05
41	97 469	134	0,00137837	0,99862163	97 401	3 811 464	39,10
42	97 334	146	0,00150170	0,99849830	97 261	3 714 063	38,16
43	97 188	159	0,00163337	0,99836663	97 109	3 616 802	37,21
44	97 029	172	0,00177409	0,99822591	96 943	3 519 693	36,27
45	96 857	186	0,00192480	0,99807520	96 764	3 422 750	35,34
46	96 671	202	0,00208731	0,99791269	96 570	3 325 986	34,41
47	96 469	218	0,00226387	0,99773613	96 360	3 229 416	33,48
48	96 251	237	0,00245725	0,99754275	96 132	3 133 056	32,55
49	96 014	256	0,00267016	0,99732984	95 886	3 036 924	31,63

Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für Rheinland-Pfalz
 Frauen

Vollendetes Alter	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter x + 1	Sterbe-	Überlebens-	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
			wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1		bis zum Alter x + 1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
					Jahre		
x	l x	d x	q x	p x	L x	e l x x	e x
Jahre		während eines Jahres	für ein Jahr				
50	95 758	278	0,00290533	0,99709467	95 619	2 941 038	30,71
51	95 480	302	0,00316595	0,99683405	95 328	2 845 419	29,80
52	95 177	329	0,00345526	0,99654474	95 013	2 750 091	28,89
53	94 848	358	0,00377400	0,99622600	94 669	2 655 078	27,99
54	94 490	390	0,00412309	0,99587691	94 296	2 560 409	27,10
55	94 101	424	0,00450353	0,99549647	93 889	2 466 113	26,21
56	93 677	461	0,00491726	0,99508274	93 447	2 372 224	25,32
57	93 216	500	0,00536816	0,99463184	92 966	2 278 778	24,45
58	92 716	543	0,00586040	0,99413960	92 444	2 185 811	23,58
59	92 173	590	0,00639865	0,99360135	91 878	2 093 367	22,71
60	91 583	640	0,00698999	0,99301001	91 263	2 001 489	21,85
61	90 943	695	0,00764326	0,99235674	90 595	1 910 227	21,00
62	90 248	755	0,00837062	0,99162938	89 870	1 819 631	20,16
63	89 492	822	0,00918855	0,99081145	89 081	1 729 762	19,33
64	88 670	897	0,01011784	0,98988216	88 221	1 640 681	18,50
65	87 773	981	0,01118000	0,98882000	87 282	1 552 459	17,69
66	86 791	1 076	0,01239942	0,98760058	86 253	1 465 177	16,88
67	85 715	1 183	0,01380589	0,98619411	85 124	1 378 924	16,09
68	84 532	1 305	0,01543338	0,98456662	83 880	1 293 800	15,31
69	83 227	1 441	0,01731842	0,98268158	82 507	1 209 921	14,54
70	81 786	1 595	0,01950125	0,98049875	80 988	1 127 414	13,78
71	80 191	1 766	0,02202763	0,97797237	79 308	1 046 426	13,05
72	78 425	1 956	0,02494747	0,97505253	77 446	967 118	12,33
73	76 468	2 165	0,02831284	0,97168716	75 386	889 672	11,63
74	74 303	2 391	0,03217681	0,96782319	73 108	814 286	10,96
75	71 912	2 631	0,03659270	0,96340730	70 596	741 179	10,31
76	69 281	2 883	0,04161165	0,95838835	67 839	670 582	9,68
77	66 398	3 139	0,04728049	0,95271951	64 828	602 743	9,08
78	63 259	3 393	0,05364145	0,94635855	61 562	537 915	8,50
79	59 865	3 636	0,06073053	0,93926947	58 047	476 353	7,96
80	56 230	3 856	0,06857750	0,93142250	54 302	418 305	7,44
81	52 374	4 044	0,07720673	0,92279327	50 352	364 004	6,95
82	48 330	4 187	0,08663639	0,91336361	46 236	313 652	6,49
83	44 143	4 276	0,09687549	0,90312451	42 005	267 416	6,06
84	39 866	4 302	0,10792267	0,89207733	37 715	225 411	5,65
85	35 564	4 259	0,11976595	0,88023405	33 434	187 696	5,28
86	31 305	4 144	0 13238288	0,86761712	29 233	154 262	4,93
87	27 160	3 958	0,14573934	0,85426066	25 181	125 029	4,60
88	23 202	3 707	0 15978930	0,84021070	21 348	99 848	4,30
89	19 495	3 401	0,17447538	0,82552462	17 794	78 499	4,03
90	16 093	3 053	0,18972928	0,81027072	14 567	60 706	3,77
91	13 040	2 679	0,20547207	0,79452793	11 700	46 139	3,54
92	10 361	2 296	0,22161516	0,77838484	9 213	34 439	3,32
93	8 065	1 920	0,23806122	0,76193878	7 105	25 226	3,13
94	6 145	1 565	0,25470549	0,74529451	5 362	18 122	2,95
95	4 580	1 243	0,27143780	0,72856220	3 958	12 759	2,79
96	3 337	961	0,28814443	0,71185557	2 856	8 801	2,64
97	2 375	724	0,30470999	0,69529001	2 013	5 946	2,50
98	1 651	530	0,32101934	0,67898066	1 386	3 932	2,38
99	1 121	378	0,33695941	0,66304059	932	2 546	2,27
100	743	262	0,35242086	0,64757914	612	1 614	2,17

Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für Rheinland-Pfalz

Männer

Vollendetes Alter	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter x + 1	Sterbe- wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Überlebens- wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
					bis zum Alter x + 1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
x	l _x	d _x	q _x	p _x	L _x	e l _{xx}	e _x
Jahre		während eines Jahres	für ein Jahr				
0	100 000	970	0,00969927	0,99030073	99 208	7 204 011	72,04
1	99 030	69	0,00069381	0,99930619	98 996	7 104 803	71,74
2	98 961	49	0,00049970	0,99950030	98 937	7 005 807	70,79
3	98 912	35	0,00035373	0,99964627	98 894	6 906 870	69,83
4	98 877	25	0,00025634	0,99974366	98 864	6 807 976	68,85
5	98 852	21	0,00021258	0,99978742	98 841	6 709 112	67,87
6	98 831	21	0,00021585	0,99978415	98 820	6 610 270	66,88
7	98 809	23	0,00023203	0,99976797	98 798	6 511 451	65,90
8	98 786	24	0,00023856	0,99976144	98 775	6 412 653	64,91
9	98 763	23	0,00023016	0,99976984	98 751	6 313 878	63,93
10	98 740	21	0,00021678	0,99978322	98 729	6 215 127	62,94
11	98 719	21	0,00021219	0,99978781	98 708	6 116 398	61,96
12	98 698	23	0,00023355	0,99976645	98 686	6 017 689	60,97
13	98 675	28	0,00028031	0,99971969	98 661	5 919 003	59,99
14	98 647	34	0,00034388	0,99965612	98 630	5 820 343	59,00
15	98 613	45	0,00045845	0,99954155	98 590	5 721 713	58,02
16	98 568	63	0,00064220	0,99935780	98 536	5 623 122	57,05
17	98 505	83	0,00084520	0,99915480	98 463	5 524 586	56,08
18	98 421	100	0,00102050	0,99897950	98 371	5 426 123	55,13
19	98 321	110	0,00111569	0,99888431	98 266	5 327 752	54,19
20	98 211	113	0,00114938	0,99885062	98 155	5 229 486	53,25
21	98 098	113	0,00114987	0,99885013	98 042	5 131 331	52,31
22	97 985	111	0,00113264	0,99886736	97 930	5 033 290	51,37
23	97 874	108	0,00110675	0,99889325	97 820	4 935 360	50,43
24	97 766	106	0,00107941	0,99892059	97 713	4 837 539	49,48
25	97 661	103	0,00105583	0,99894417	97 609	4 739 826	48,53
26	97 557	101	0,00103922	0,99896078	97 507	4 642 217	47,58
27	97 456	101	0,00103134	0,99896866	97 406	4 544 710	46,63
28	97 356	101	0,00103272	0,99896728	97 305	4 447 304	45,68
29	97 255	102	0,00104697	0,99895303	97 204	4 349 999	44,73
30	97 153	105	0,00107716	0,99892284	97 101	4 252 795	43,77
31	97 049	109	0,00112091	0,99887909	96 994	4 155 694	42,82
32	96 940	114	0,00117671	0,99882329	96 883	4 058 700	41,87
33	96 826	120	0,00124446	0,99875554	96 765	3 961 817	40,92
34	96 705	128	0,00132331	0,99867669	96 641	3 865 051	39,97
35	96 577	137	0,00141442	0,99858558	96 509	3 768 410	39,02
36	96 441	146	0,00151852	0,99848148	96 367	3 671 901	38,07
37	96 294	158	0,00163670	0,99836330	96 215	3 575 534	37,13
38	96 137	170	0,00177337	0,99822663	96 051	3 479 318	36,19
39	95 966	186	0,00193528	0,99806472	95 873	3 383 267	35,25
40	95 780	204	0,00212768	0,99787232	95 679	3 287 394	34,32
41	95 577	225	0,00235332	0,99764668	95 464	3 191 715	33,39
42	95 352	249	0,00261270	0,99738730	95 227	3 096 251	32,47
43	95 103	277	0,00290817	0,99709183	94 964	3 001 024	31,56
44	94 826	308	0,00324329	0,99675671	94 672	2 906 060	30,65
45	94 518	342	0,00362217	0,99637783	94 347	2 811 387	29,74
46	94 176	381	0,00404737	0,99595263	93 986	2 717 040	28,85
47	93 795	424	0,00452067	0,99547933	93 583	2 623 055	27,97
48	93 371	471	0,00504564	0,99495436	93 135	2 529 472	27,09
49	92 900	523	0,00562440	0,99437560	92 639	2 436 336	26,23

Allgemeine Sterbetafel 1986/88 für Rheinland-Pfalz
Männer

Vollendetes Alter	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter x + 1	Sterbe- wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Überlebens- wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
					bis zum Alter x + 1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
					Jahre		
x	l _x	d _x	q _x	p _x	L _x	e l _{xx}	e _x
Jahre		während eines Jahres	für ein Jahr				
50	92 377	578	0,00625754	0,99374246	92 088	2 343 698	25,37
51	91 799	638	0,00694491	0,99305509	91 480	2 251 610	24,53
52	91 162	701	0,00768742	0,99231258	90 811	2 160 129	23,70
53	90 461	768	0,00848801	0,99151199	90 077	2 069 318	22,88
54	89 693	838	0,00934737	0,99065263	89 274	1 979 241	22,07
55	88 855	912	0,01026285	0,98973715	88 399	1 889 967	21,27
56	87 943	988	0,01123297	0,98876703	87 449	1 801 568	20,49
57	86 955	1 066	0,01226089	0,98773911	86 422	1 714 119	19,71
58	85 889	1 147	0,01335123	0,98664877	85 315	1 627 698	18,95
59	84 742	1 230	0,01451162	0,98548838	84 127	1 542 382	18,20
60	83 512	1 316	0,01575794	0,98424206	82 854	1 458 255	17,46
61	82 196	1 406	0,01711130	0,98288870	81 493	1 375 401	16,73
62	80 790	1 502	0,01859371	0,98140629	80 039	1 293 908	16,02
63	79 288	1 604	0,02023002	0,97976998	78 486	1 213 869	15,31
64	77 684	1 713	0,02205016	0,97794984	76 827	1 135 383	14,62
65	75 971	1 830	0,02408674	0,97591326	75 056	1 058 556	13,93
66	74 141	1 955	0,02636730	0,97363270	73 163	983 500	13,27
67	72 186	2 089	0,02893631	0,97106369	71 142	910 337	12,61
68	70 097	2 232	0,03184300	0,96815700	68 981	839 195	11,97
69	67 865	2 384	0,03513197	0,96486803	66 673	770 214	11,35
70	65 481	2 544	0,03884711	0,96115289	64 209	703 541	10,74
71	62 937	2 708	0,04303256	0,95696744	61 583	639 332	10,16
72	60 229	2 875	0,04773036	0,95226964	58 791	577 750	9,59
73	57 354	3 039	0,05297889	0,94702111	55 835	518 958	9,05
74	54 315	3 194	0,05880566	0,94119434	52 718	463 123	8,53
75	51 121	3 335	0,06523319	0,93476681	49 454	410 405	8,03
76	47 787	3 454	0,07227866	0,92772134	46 060	360 951	7,55
77	44 333	3 544	0,07995053	0,92004947	42 560	314 891	7,10
78	40 788	3 599	0,08824777	0,91175223	38 988	272 331	6,68
79	37 189	3 614	0,09716873	0,90283127	35 382	233 343	6,27
80	33 575	3 583	0,10670950	0,89329050	31 784	197 961	5,90
81	29 992	3 505	0,11686232	0,88313768	28 240	166 177	5,54
82	26 487	3 380	0,12761498	0,87238502	24 797	137 937	5,21
83	23 107	3 211	0,13895116	0,86104884	21 502	113 140	4,90
84	19 896	3 001	0,15084683	0,84915317	18 396	91 638	4,61
85	16 895	2 758	0,16327014	0,83672986	15 516	73 242	4,34
86	14 137	2 491	0,17618325	0,82381675	12 891	57 726	4,08
87	11 646	2 207	0,18954247	0,81045753	10 542	44 835	3,85
88	9 439	1 919	0,20329757	0,79670243	8 479	34 293	3,63
89	7 520	1 635	0,21739323	0,78260677	6 702	25 813	3,43
90	5 885	1 364	0,23177048	0,76822952	5 203	19 111	3,25
91	4 521	1 114	0,24636538	0,75363462	3 964	13 908	3,08
92	3 407	890	0,26111046	0,73888954	2 962	9 944	2,92
93	2 518	695	0,27593548	0,72406452	2 170	6 982	2,77
94	1 823	530	0,29076821	0,70923179	1 558	4 811	2,64
95	1 293	395	0,30553524	0,69446476	1 095	3 254	2,52
96	898	287	0,32016276	0,67983724	754	2 158	2,40
97	610	204	0,33457761	0,66542239	508	1 404	2,30
98	406	142	0,34870810	0,65129190	335	896	2,21
99	265	96	0,36248485	0,63751515	217	560	2,12
100	169	63	0,37584141	0,62415859	137	344	2,04

Aufbau einer Sterbetafel

Alle Werte werden für das weibliche und männliche Geschlecht getrennt berechnet. Die Sterbetafel geht von 100 000 Lebendgeborenen aus, die in der Spalte „Überlebende im Alter x“ (l_x) beim Alter 0 aufgeführt sind. Die weiteren Werte dieser Spalte geben an, wieviele Personen des Ausgangsbestandes unter den gegebenen Sterblichkeitsverhältnissen in einem bestimmten Alter noch leben.

In der Spalte „Gestorbene im Alter x bis unter x + 1“ (d_x) steht die Zahl, um die sich die Überlebenden eines jeden Altersjahres vermindern. Dabei errechnet sich d_x als $l_x \cdot q_x$.

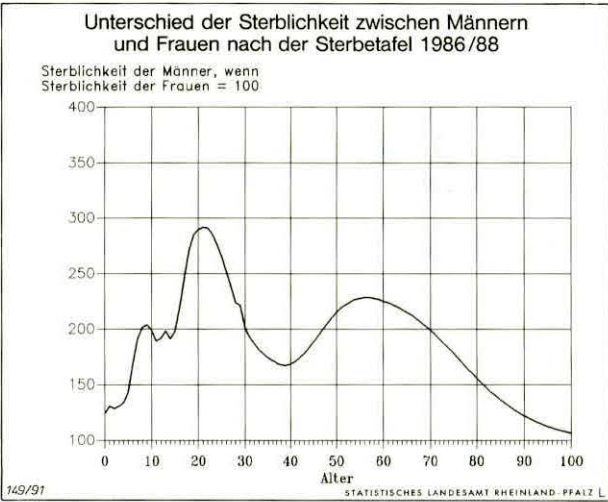
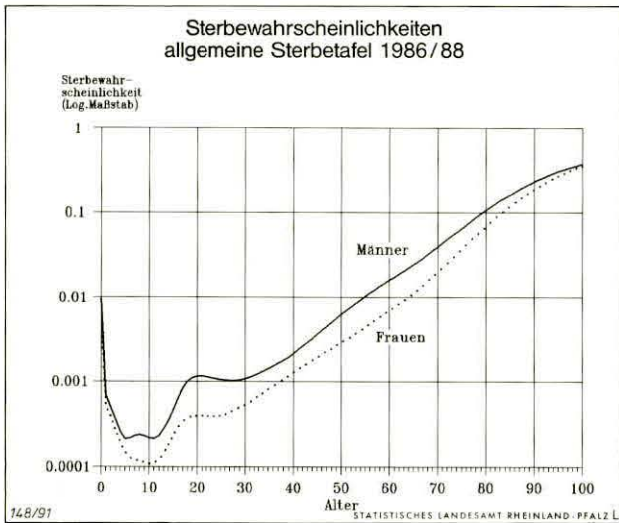
Die „Sterbewahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1“ (q_x) und die „Überlebenswahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1“ (p_x) geben an, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Person vor ihrem nächsten Geburtstag stirbt bzw. das nächste Lebensjahr erreicht.

Die Spalte „Von den Überlebenden im Alter x bis zum Alter x + 1 durchlebte Jahre“ (L_x) nennt die Zahl der Jahre, die die Überlebenden eines bestimmten Alters x bis zum Alter x + 1 durchleben. L_x wird als arithmetisches Mittel aus l_x und l_{x+1} errechnet. Die Summe der Zahlen dieser Spalte für die Altersjahre x und älter ergeben die Spalte „Von den Überlebenden im Alter x insgesamt noch zu durchlebende Jahre“ ($e_x \cdot l_x$).

Die in der letzten Spalte aufgeführte „Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren“ (e_x) errechnet sich schließlich aus der vorangegangenen Spalte, dividiert durch die „Überlebenden im Alter x“. Von allen Angaben einer Sterbetafel hat die Lebenserwartung im allgemeinen die größte Bedeutung, da sie auf recht anschauliche Weise Aussagen über die Sterblichkeitsverhältnisse vermittelt.

Sterbetafel gibt Durchschnittswerte an

Die Werte der Sterbetafel gelten für die Gesamtbevölkerung, also einschließlich der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer.



Die Ergebnisse stellen die Sterblichkeit für den zugrunde gelegten Beobachtungszeitraum dar. Die Aussagen zur zukünftigen Sterblichkeit bzw. Lebenserwartung gelten also unter der Annahme konstanter Sterblichkeitsverhältnisse der Jahre 1986 bis 1988. Unterstellt man, was als realistisch angesehen werden kann, auch für die Zukunft eine rückläufige Sterblichkeit, so sind die Angaben dieser Sterbetafel zukünftig sicherlich als zu pessimistisch anzusehen.

Alle Angaben einer Sterbetafel sind Durchschnittswerte für alle Personen eines bestimmten Alters, die sich natürlich vom individuellen Risiko unterscheiden. Das Risiko einer einzelnen Person wird entscheidend durch die spezifischen Lebensumstände geprägt. So wirken sich Krankheiten oder Verletzungen, das Ernährungs- oder Rauchverhalten oder besonders riskante Lebensweisen (Artisten, Bergsteiger, Rennfahrer) auf die Lebenserwartung aus.

Die Sterblichkeitskurve hat einen typischen u-förmigen Verlauf, weist also hohe Sterbewahrscheinlichkeiten am Anfang und am Ende und niedrigere Sterblichkeiten im mittleren Bereich auf. Das Risiko, zu sterben, ist im ersten Lebensjahr besonders hoch. 7,8 von 1 000 neugeborenen Mädchen und 9,7 von 1 000 neugeborenen Jungen erleben nicht ihren ersten Geburtstag. Ein vergleichbares Sterberisiko haben erst wieder 62jährige Frauen und 55jährige Männer. Die Wahrscheinlichkeit, den nächsten Geburtstag nicht zu erleben, reduziert sich zunächst bis zu einem Minimum im Alter von 10 beim weiblichen bzw. 11 Jahren beim männlichen Geschlecht und steigt dann tendenziell mit zunehmendem Alter an. Die graphische Darstellung der Sterbewahrscheinlichkeiten veranschaulicht dies. Im Alter von 20 bzw. 21 Jahren liegt ein ausgeprägtes lokales Maximum vor, das seine Ursache in einer erhöhten Zahl von Todesfällen infolge von Verkehrsunfällen hat.

Frauen leben mehr als 6 Jahre länger

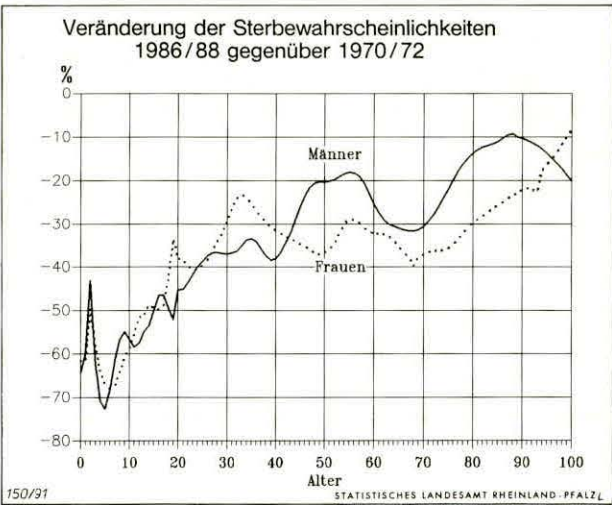
Die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts liegt in allen Altersjahren über der des weiblichen. Am größten ist der Unterschied bei den 21jährigen. In diesem Alter sterben nahezu dreimal soviel junge Männer wie

Frauen. Die Todesursachenstatistik weist als Grund hierfür wiederum die Verkehrsunfälle, insbesondere Motorradunfälle, aber auch die wesentlich höhere Selbstmordrate bei jungen Männern aus. Vergleichsweise gering ist der Unterschied bei Kindern unterhalb des Schulalters sowie bei den Hochbetagten über 80 Jahren. Ab etwa einem Alter zwischen 40 und 50 Jahren wirkt sich die höhere Sterblichkeit der Männer, vornehmlich infolge von bösartigen Neubildungen und Krankheiten des Kreislaufsystems, besonders stark aus. Daraus resultiert ein ausgeprägtes lokales Maximum bei den 56jährigen.

Die geringere Sterblichkeit der Frauen kommt auch in deren höheren Lebenserwartung zum Ausdruck. So liegt die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens (78,56 Jahre) deutlich über der eines neugeborenen Jungen (72,04 Jahre). In die Berechnung der Lebenserwartung für Personen eines bestimmten Alters gehen die Sterbewahrscheinlichkeiten dieses und aller höheren Altersjahre ein. Diese auch als fernere Lebenserwartung bezeichnete Größe gibt die Zahl der Lebensjahre an, die eine Person bestimmten Alters im Durchschnitt noch erwarten kann. Sie beträgt beispielsweise für 30jährige Frauen 49,70 Jahre, das heißt im Durchschnitt werden sie im Alter von 79,70 Jahren sterben. 50jährige Frauen können noch durchschnittlich 30,71 Jahre, 70jährige Frauen 13,78 Jahre lang leben. Für 80jährige Frauen ist der Tod im Durchschnitt nach 7,44 Jahren zu erwarten. Hier zeigt sich, daß sich das durchschnittliche Sterbealter mit zunehmendem vollendeten Alter immer weiter hinausschiebt. Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß das Risiko, in einem früheren Alter zu sterben, kontinuierlich überstanden wird.

Durchschnittliche Lebenserwartung
1970/72 und 1986/88

Vollendetes Alter	Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren			
	Frauen		Männer	
	1970/72	1986/88	1970/72	1986/88
0	73,57	78,56	67,04	72,04
5	70,33	74,28	64,22	67,87
10	65,46	69,33	59,41	62,94
15	60,55	64,37	54,57	58,02
20	55,72	59,47	49,99	53,25
25	50,89	54,58	45,47	48,53
30	46,06	49,70	40,82	43,77
35	41,24	44,85	36,18	39,02
40	36,51	40,05	31,62	34,32
45	31,89	35,34	27,21	29,74
50	27,42	30,71	22,94	25,37
55	23,08	26,21	18,94	21,27
60	18,89	21,85	15,26	17,46
65	14,95	17,69	12,05	13,93
70	11,41	13,78	9,35	10,74
75	8,39	10,31	7,16	8,03
80	6,01	7,44	5,33	5,90
85	4,24	5,28	3,92	4,34
90	3,05	3,77	2,87	3,25



Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Frauen und Männern verringert sich mit zunehmendem Alter, beträgt aber im 40. Lebensjahr immer noch 5,73 und im 50. Lebensjahr 5,34 Jahre. 60jährige Frauen haben Aussicht auf einen um 4,39 Jahre längeren Lebensabend, bei 70jährigen sind es 3,04 Jahre.

Anschauliche Aussagen über die Sterblichkeit lassen sich auch aus der Spalte „Überlebende im Alter x“ ableiten. So ist der Sterbetafel zu entnehmen, daß sich der Ausgangsbestand der Frauen zwischen dem 81. und 82. Lebensjahr halbiert; für jedes zweite Mädchen kann also damit gerechnet werden, daß dieses Alter erreicht wird. Vergleichsweise besteht für jeden zweiten Jungen die Aussicht, den 75. Geburtstag zu feiern. 56% der weiblichen und knapp 34% der männlichen Neugeborenen werden mindestens 80 Jahre alt. Ein Alter von 90 Jahren kann für immer noch 16% bzw. 6% der neugeborenen Kinder erwartet werden.

Gestiegene Lebenserwartung

Ein Vergleich mit der allgemeinen Sterbetafel 1970/72 zeigt eine deutlich rückläufige Sterblichkeit in allen Altersjahren. So lag die Lebenserwartung eines Neugeborenen bei Knaben und Mädchen damals noch 5 Jahre niedriger. Den größten Beitrag zu der gestiegenen Lebenserwartung leistete die erheblich gesunkene Säuglingssterblichkeit. Starben 1970/72 noch 27 von 1 000 männlichen und 20 von 1 000 weiblichen Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr, so waren es 1986/88 bei den Jungen knapp 10 und bei den Mädchen weniger als 8.

Aber auch die fernere Lebenserwartung in den höheren Altersjahren ist gestiegen. So haben gegenüber den Sterblichkeitsverhältnissen von 1970/72 50jährige Frauen 3,29 und 50jährige Männer 2,43 Jahre hinzugewonnen. Bei den 60jährigen sind es 2,96 bzw. 2,20 Jahre und bei den 70jährigen 2,37 bzw. 1,39 Jahre. Der Gewinn an Lebenserwartung wird also mit zunehmendem Alter immer geringer.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Verbraucherpreise und Preisindizes für die Lebenshaltung

Aufgabe der Preisstatistik ist es, zuverlässige Daten über die Preisentwicklung auf den verschiedenen Märkten, und zwar meist aufgrund einer Repräsentativauswahl, bereitzustellen. Die Zahl der berichtenden Betriebe ist auf Landesebene aber nur bei wenigen Preisstatistiken hinreichend groß, um einen vollständigen Überblick zu geben. Die Auswertung der meisten Preisstatistiken, vor allem die monatliche Berechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung, erfolgt aus diesem Grund und wegen der oft gleichlaufenden Preisentwicklung nicht für Rheinland-Pfalz, sondern nur für das bisherige Bundesgebiet (Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) und ab Mai 1990 auch für die fünf neuen Bundesländer (einschl. Berlin Ost) insgesamt. Lediglich für einige größere Bundesländer sowie für Berlin (West) und das Saarland werden Preisindizes für die Lebenshaltung monatlich errechnet. Für Rheinland-Pfalz können die Ergebnisse für das bisherige Bundesgebiet Gültigkeit beanspruchen, da zwischen räumlichen Teilmärkten eine enge Kommunikation besteht. Einer regional unterschiedlichen Preisentwicklung in den alten Bundesländern sind deshalb enge Grenzen gesetzt.

Die in der amtlichen Preisstatistik veröffentlichten absoluten Verbraucherpreise können, abgesehen von den Totalerhebungen bei Kaufwerten für Bauland und landwirtschaftlichen Grundbesitz, im allgemeinen nur als Anhaltspunkte für das Preisniveau der betreffenden Waren und Dienstleistungen angesehen werden. Preisindizes und Preismeßzahlen, also Informationen über Preisveränderungen, und nicht etwa Durchschnittspreise sind deswegen ihre wichtigsten Ergebnisse. Zuverlässige Angaben über das absolute Preisniveau würden vor allem eine viel größere Anzahl von Einzelpreisen voraussetzen.

Zunehmende Bedeutung der Preisindizes für die Lebenshaltung

Preisindizes für die Lebenshaltung geben an, um wieviel Prozent die Summe der Waren und Dienstleistungen, die üblicherweise von den privaten Haushalten nachgefragt werden, im Zeitvergleich teurer oder billiger geworden sind. In Verbindung mit den Ergebnissen über die Entwicklung der Verdienste und Haushaltseinkommen bietet der Preisindex damit eine wichtige Information über die Veränderung der Kaufkraft der Bevölkerung. Er ist ein wichtiger Indikator bei wirtschafts-, währungs- und sozialpolitischen Entscheidungen. Streng genommen kann mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aber nur die Kaufkraft der DM beim Kauf von Lebenshaltungsgütern durch die privaten Haushalte gemessen werden. Es gibt jedoch keinen Preisindex, der alle Arten von Käufen einbezieht.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gibt umfassend die Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus an. Jeweils gegen Monatsende wird vom Statistischen Bundesamt zunächst die vorläufige Veränderungsrate für das Gebiet der alten Bundesländer, die auf den Ergebnissen von vier großen Bun-

desländern basiert, und etwa 10 Tage später die endgültige gegenüber dem Vormonat und dem gleichen Monat des Vorjahres mitgeteilt. Für die neuen Bundesländer liegen diese Ergebnisse etwa am 20. Tag des folgenden Monats vor. Die Preisindizes haben in den letzten Jahren zunehmendes Gewicht bei Tarifverhandlungen erhalten. Auch in anderen Zusammenhängen greifen Unternehmen und Verbände auf diese Information zurück. Darüber hinaus werden die Preisindizes für die Lebenshaltung in wachsendem Maße bei privaten

Preisindex für die Lebenshaltung

Umbasierte Werte der Gesamtlebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen 1938 – 1990

Jahr	Gesamtlebenshaltung			
	1962 = 100	1958 = 100	1950 = 100	1938 = 100
1938 D	50,5	54,5	64,1	100
1948 D 2.Hj.	85,1	91,8	108,0	168,3
1949 D	84,0	90,7	106,7	166,3
1950 D	78,8	85,0	100	155,8
1951 D	84,9	91,6	107,8	168,0
1952 D	86,7	93,5	110,0	171,5
1953 D	85,1	91,9	108,1	168,4
1954 D	85,3	92,0	108,2	168,7
1955 D	86,7	93,5	110,0	171,5
1956 D	88,9	95,9	112,9	176,0
1957 D	90,7	97,9	115,2	179,5
1958 D	92,7	100	117,7	183,4
1959 D	93,6	101,0	118,8	185,2
1960 D	94,9	102,4	120,5	187,9
1961 D	97,1	104,7	123,2	192,3
1962 D	100	107,9	126,9	198,0
1963 D	103,0	111,1	130,7	204,0
1964 D	105,4	113,7	133,8	208,7
1965 D	109,0	117,5	138,3	215,8
1966 D	112,8	121,7	143,1	223,4
1967 D	114,4	123,4	145,2	226,5
1968 D	115,9	125,0	147,1	229,5
1969 D	118,3	127,6	150,1	234,2
1970 D	122,1	131,7	154,9	241,7
1971 D	128,3	138,4	162,8	254,0
1972 D	135,1	145,8	171,5	267,6
1973 D	144,3	155,7	183,1	285,8
1974 D	154,1	166,2	195,5	305,1
1975 D	163,5	176,4	207,5	323,8
1976 D	170,6	184,1	216,6	337,9
1977 D	176,6	190,5	224,2	349,8
1978 D	181,1	195,3	229,9	358,6
1979 D	188,0	202,7	238,6	372,2
1980 D	197,9	213,4	251,1	391,8
1981 D	210,4	226,9	267,0	416,6
1982 D	221,5	238,9	281,1	438,6
1983 D	228,8	246,7	290,3	453,0
1984 D	234,2	252,5	297,2	463,7
1985 D	238,9	257,6	303,1	473,0
1986 D	238,5	257,2	302,6	472,2
1987 D	238,6	257,3	302,8	472,5
1988 D	241,3	260,2	306,1	477,7
1989 D	248,2	267,7	315,0	491,5
1990 D	254,9	274,9	323,5	504,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Verträgen, etwa über Unterhaltszahlungen, Leibrenten sowie bei langfristigen Miet- und Pachtverträgen, als Grund für Veränderungen des Geldwertes berücksichtigt.

Monatlich fünf verschiedene Preisindizes für die Lebenshaltung

Derzeit werden für das bisherige Bundesgebiet (Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) monatlich die folgenden fünf Preisindizes für die Lebenshaltung publiziert, für die fünf neuen Bundesländer insgesamt hingegen nur die ersten vier:

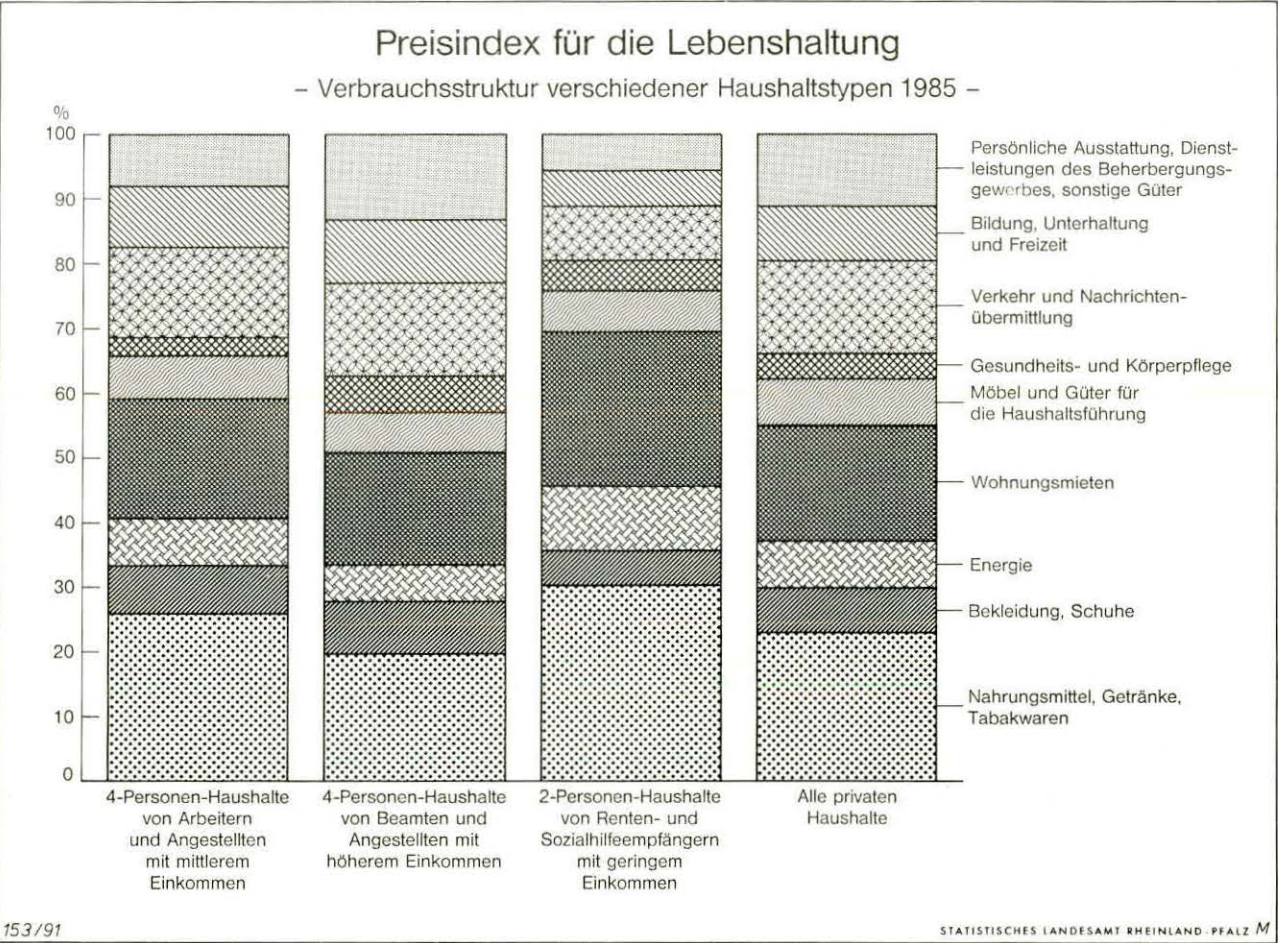
- (1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
- (2) Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen
- (3) Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen
- (4) Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen
- (5) Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes

Alle Indizes werden außer in der Darstellung für die Lebenshaltung insgesamt, für eine große Zahl von Gütergruppen verschiedener Aggregationsstufen ermittelt und veröffentlicht, vor allem nach Hauptgruppen des Verwendungszwecks. Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, zeigt die Preisveränderungen der durchschnittlich aufzubringenden Beträge für die Anschaffung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern. Dem ebenfalls monatlich errechneten Index der Einzelhandelspreise liegt die Umsatzstruktur des Einzelhandels zugrunde.

Umstellung auf neues Basisjahr etwa alle fünf Jahre

Die Berechnung eines Preisindex für die Lebenshaltung beruht auf zwei Grundlagen. Erforderlich ist zuerst ein sogenannter Warenkorb.

Unter dem Warenkorb versteht man die Waren und Dienstleistungen, die bei der Ermittlung des Preisindex berücksichtigt werden, sowie die Wägungszahlen, das heißt die Gewichte, mit denen die Preisveränderungsraten dieser Güter in die Berechnung von Gruppenindizes bzw. den Gesamtindex eingehen. Die Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung mit dem Basisjahr 1985 basieren auf den durchschnittlichen



Verbrauchsstrukturen von privaten Haushalten im bisherigen Bundesgebiet. Die Ausgangsdaten hierzu wurden aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 ermittelt und mit Hilfe vergleichbarer Ergebnisse der laufenden Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, in der ebenfalls die Verbrauchsausgaben privater Haushalte erfaßt werden, auf das Jahr 1985 fortgerechnet. Die damit gewonnenen Ergebnisse über die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte im Jahre 1985 waren jedoch noch nicht detailliert genug, um damit bereits unmittelbar verwendbare Indexgewichte für die rund 750 Positionen des Warenkorbs zu haben. Weitere Marktinformationen und zusätzliche Unterlagen, wie z. B. die Zulassungszahlen des Kraftfahrtbundesamtes, mußten daher noch zur Bestimmung des neuen Wägungsschemas einbezogen werden.

Die monatliche Veränderung des Verbraucherpreinsniveaus läßt sich nur dann messen, wenn der dafür zusammengestellte Warenkorb und die entsprechenden Indexgewichte der ausgewählten Waren und Dienstleistungen während dieser Zeit unverändert bleiben. Einkommensänderungen und Veränderungen im Konsumverhalten führen jedoch dazu, daß der Ausgabenanteil für bestimmte Güter und Dienstleistungen (z. B. Fahrzeuge und Reisen) zunimmt und der für andere sinkt. Hinzu kommt, daß infolge des technischen Fortschritts und durch geänderte Wertvorstellungen neue Güterausführungen auf den Markt gelangen und ältere Ausführungen verdrängt werden. Aktualität und Aussagewert der Indizes können deshalb nur erhalten werden, wenn in Abständen von etwa fünf Jahren eine Umstellung auf ein neues Basisjahr erfolgt. Hierbei werden die Indexneuberechnungen an veränderte Preis- und Mengenrelationen angepaßt und die Wandlungen in der Verbrauchsstruktur berücksichtigt. Die Neuberechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung erfolgt nicht isoliert, sondern etwa gleichzeitig für alle Indizes (z. B. Lohnindizes), um die verschiedenen Indizes ohne Umrechnungen miteinander vergleichen zu können. Da soweit wie möglich auch Vergleiche auf internationaler Ebene nicht beeinträchtigt werden sollen, werden außerdem die internationalen Empfehlungen der EG und der UN berücksichtigt.

Nach dem derzeitigen Basisjahr wird das Jahr 1991 das neue Basisjahr für die nächste Indexneuberechnung und auch das erste gemeinsame Basisjahr für die Preisindizes in den alten und neuen Bundesländern sein. Mit diesem neuen Basisjahr sollten die Berechnungsmethoden und -verfahren in Ost- und Westdeutschland völlig identisch sein. Dennoch wird es erforderlich sein, zum einen die Wägungsunterlagen für die beiden Wirtschaftsgebiete getrennt abzuleiten und zum anderen die Ergebnisse weiterhin entsprechend zu untergliedern.

Monatlich werden mehr als 16 500 rheinland-pfälzische Einzelpreise ermittelt

Für die laufende Preisbeobachtung, der zweiten Grundlage zur Berechnung der Preisindizes, werden in Rheinland-Pfalz monatlich von 17 Preisermittlern in elf

Berichtsgemeinden, die nach ihrer Größe und Lage als typisch ausgewählt wurden, über 16 500 Einzelpreise für rund 670 Waren und Dienstleistungen bei einem möglichst gleichbleibenden Kreis von Berichtsstellen (Einzelhandel, Handwerk, Dienstleistungsgewerbe, Versorgungsunternehmen, Inhaber von Mietwohnungen, Vermieter) erfragt. Die Berichtsstellen in den Gemeinden Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Pirmasens, Landau, Idar-Oberstein, Alzey, Bad Neuenahr-Ahrweiler und Diez wurden so ausgewählt, daß einerseits Geschäfts- und Wohnviertel, andererseits die verschiedenen Handels- und Betriebsformen des Einzelhandels (Fachgeschäfte, Filialbetriebe, Warenhäuser, Supermärkte) in angemessener Weise repräsentiert werden.

Je nach Größe der Berichtsgemeinde sind für jede zum sogenannten Warenkorb gehörende Ware oder Leistung vier, sechs oder acht Verbraucherpreise zu ermitteln. In Mainz werden beispielsweise die Preise für im einzelnen bezeichnete Fleisch- und Wurstwaren in acht Fleischerläden erfragt. Da Waren- und Leistungsbeschreibungen in der Regel weit gefaßt sind und den Berichtsfirmen ein gewisser Spielraum gegeben ist, wobei allerdings die am häufigsten gekaufte Sorte gewählt und möglichst über einen längeren Zeitraum beibehalten werden soll, sind die für Rheinland-Pfalz veröffentlichten absoluten Durchschnittspreise nicht unbedingt für die gesamte Ware oder Leistung im Lande repräsentativ. Die monatlich ermittelten Preise sind effektive Endverbraucherpreise (keine Listenpreise) einschließlich Umsatzsteuer sowie einschließlich Verbrauchssteuern und anderer gesetzlicher Abgaben (Ausgleichsabgaben bei elektrischem Strom). Bei einer Änderung der Erhebungsgrundlage, beispielsweise bei einem Wechsel der Berichtsstellen, der Sorten oder der Qualität, werden die Vormonatspreise neu errechnet, so daß die zeitliche Vergleichbarkeit der Preise gewahrt ist. Vor allem für höherwertige technische Geräte ist es oft schwierig, bei technischen Verbesserungen oder Modelländerungen, die mit Preiserhöhungen verbunden sind, die echten Preisänderungen, also solche, die nicht auf Qualitätsänderungen zurückzuführen sind, festzustellen. Die monatlich ermittelten Verbraucherpreise werden zu Gemeinde- und Landesdurchschnittspreisen zusammengefaßt. Zusammen mit den Durchschnittspreisen der anderen alten Bundesländer und den zentral erhobenen Preisen (zum Beispiel Gebühren der Bundespost) werden die Veränderungen der Preise in Preismeßziffern festgehalten, welche die Basis für die im Statistischen Bundesamt erfolgende monatliche Berechnung der Indizes für das bisherige Bundesgebiet darstellen.

Kaufkraftverlust von Januar 1985 bis September 1991 beträgt 11,1 %

Die Indexveränderung von einem Zeitpunkt zum anderen kann in Punkten oder in Prozent ausgedrückt werden. Die Indexentwicklung in Prozent wird nach der Formel $\frac{\text{neuer Indexstand}}{\text{alter Indexstand}} \times 100 - 100$ berechnet. So erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Basis 1985 = 100) von 99,3 im Januar 1985 auf 111,7 im September 1991. Das entspricht einem

Anstieg um 12,4 Punkte oder einer Verteuerung der Lebenshaltung um 12,5 %.

Will man dagegen den Kaufkraftverlust ermitteln, so ist die Formel $\frac{\text{alter Indexstand}}{\text{neuer Indexstand}} \times 100 - 100$ zugrunde zu legen. Für die Veränderung der Kaufkraft des Geldes von Januar 1985 bis September 1991 ergibt sich somit die Berechnung $\frac{99,3}{111,7} \times 100 - 100 = -11,1\%$. Der Kaufkraftverlust belief sich auf 11,1 %. Geht man vom Indexstand des Basisjahres 1985 = 100 aus, so verzeichneten bis September 1991 die einzelnen Preisindizes für die Lebenshaltung nur geringe Unterschiede im Indexverlauf. Während sich der Preisindex von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten

mit höherem Einkommen um 12,4 % erhöhte, fiel der Anstieg für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit 11,7 % und für den Preisindex für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommensowie den Preisindex für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen mit jeweils 11,5 % etwas geringer aus. In der Untergliederung nach Hauptgruppen des Verwendungszwecks verteuerten sich von 1985 bis September 1991 im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte am stärksten die Positionen Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art (+ 19,2 %) und Wohnungsmieten (+ 18,5 %), während

Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet¹⁾ 1950 – September 1991

Jahr Monat		Alle privaten Haushalte			4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen			4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen			2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen			Einfache Lebenshaltung eines Kindes
		Basisjahr (= 100)												
1985	1980	1976	1985	1980	1976	1985	1980	1976	1985	1980	1976	1985		
1950	.	.	.	33,0	39,8	46,2	
1951	.	.	.	35,5	42,9	49,7	
1952	.	.	.	36,3	43,8	50,8	
1953	.	.	.	35,6	43,0	49,9	
1954	.	.	.	35,7	43,1	50,0	
1955	.	.	.	36,3	43,8	50,8	
1956	.	.	.	37,2	44,9	52,1	
1957	.	.	.	38,0	45,9	53,2	.	.	.	36,2	43,8	50,5	.	
1958	.	.	.	38,8	46,8	54,3	.	.	.	37,0	44,8	51,6	.	
1959	.	.	.	39,1	47,3	54,8	.	.	.	37,4	45,2	52,1	.	
1960	.	.	.	39,7	48,0	55,6	.	.	.	37,9	45,9	52,9	.	
1961	.	.	.	40,7	49,1	56,9	.	.	.	38,9	47,1	54,3	.	
1962	41,1	49,7	58,1	41,8	50,5	58,6	41,2	50,0	58,5	40,2	48,7	56,1	39,8	
1963	42,4	51,2	59,8	43,1	52,1	60,3	42,2	51,2	60,0	41,6	50,4	58,0	41,0	
1964	43,3	52,4	61,2	44,1	53,3	61,8	43,0	52,2	61,1	42,8	51,8	59,7	41,9	
1965	44,7	54,1	63,2	45,6	55,1	63,8	44,1	53,5	62,7	44,5	53,8	62,0	43,7	
1966	46,3	56,0	65,4	47,2	57,0	66,1	45,6	55,3	64,8	46,3	56,1	64,6	45,2	
1967	47,1	56,9	66,5	47,9	57,8	67,0	46,6	56,5	66,2	46,9	56,8	65,5	45,5	
1968	47,8	57,8	67,6	48,5	58,6	67,9	47,6	57,8	67,7	47,7	57,7	66,5	46,0	
1969	48,8	58,9	68,9	49,5	59,8	69,3	48,5	58,8	68,9	49,0	59,4	68,4	47,9	
1970	50,4	61,0	71,2	51,1	61,7	71,5	50,1	60,8	71,2	50,7	61,3	70,7	49,6	
1971	53,1	64,1	74,9	53,7	64,8	75,2	52,8	64,1	75,1	53,0	64,2	74,0	52,1	
1972	56,0	67,7	79,1	56,6	68,3	79,2	55,7	67,5	79,1	56,0	67,8	78,1	55,4	
1973	59,9	72,4	84,6	60,4	72,9	84,6	59,4	72,1	84,5	60,0	72,7	83,8	59,7	
1974	64,1	77,4	90,5	64,5	77,9	90,3	63,6	77,2	90,5	64,0	77,5	89,3	64,1	
1975	67,9	82,0	95,9	68,4	82,6	95,8	67,4	81,8	95,9	68,2	82,6	95,2	69,0	
1976	70,8	85,6	100,0	71,5	86,3	100,0	70,3	85,3	100,0	71,7	86,8	100,0	73,4	
1977	73,4	88,7	103,7	73,9	89,3	103,5	72,9	88,5	103,7	74,2	89,8	103,5	75,4	
1978	75,4	91,1	106,5	75,8	91,6	106,1	75,0	91,0	106,7	75,8	91,8	105,7	77,2	
1979	78,5	94,9	110,9	78,7	95,0	110,2	78,2	94,8	111,1	78,4	94,9	109,3	80,2	
1980	82,8	100,0	116,9	82,8	100,0	115,9	82,4	100,0	117,2	82,6	100,0	115,2	84,4	
1981	88,0	106,3	124,3	88,1	106,3	123,3	87,8	106,6	124,9	87,6	106,1	122,3	89,3	
1982	92,6	111,9	130,8	92,7	112,0	129,8	92,5	112,2	131,5	92,5	112,1	129,1	93,7	
1983	95,7	115,6	135,1	95,8	115,6	134,0	95,6	116,0	135,9	95,7	115,9	133,5	96,3	
1984	98,0	118,4	138,3	98,0	118,4	137,2	97,9	118,7	139,1	98,1	118,7	136,8	98,7	
1985	100,0	120,8	141,2	100,0	120,7	140,0	100,0	121,4	142,2	100,0	121,1	139,5	100,0	
1986	99,9	120,7	141,0	99,8	120,5	139,7	100,1	121,5	142,4	100,3	121,4	139,9	100,2	
1987	100,1	121,0	141,3	99,9	120,6	139,8	100,6	122,1	143,0	100,0	121,1	139,5	100,8	
1988	101,4	122,5	143,2	101,0	122,0	141,4	102,1	123,9	145,2	101,0	122,3	141,0	101,8	
1989	104,2	125,9	147,1	103,9	125,5	145,5	104,9	127,3	149,2	104,0	126,0	145,1	104,6	
1990	107,0	129,3	151,1	106,7	128,9	149,4	107,6	130,6	153,0	107,0	129,6	149,3	107,7	
1991	Januar	108,8	131,5	153,6	108,5	131,0	151,9	109,3	132,6	155,4	108,7	131,6	151,7	109,1
	Februar	109,1	131,8	154,0	108,7	131,2	152,2	109,6	133,0	155,8	109,1	132,1	152,2	109,7
	März	109,0	131,7	153,9	108,8	131,4	152,3	109,6	133,0	155,8	109,3	132,3	152,5	109,7
	April	109,5	132,3	154,6	109,3	132,0	153,0	110,1	133,6	156,6	109,9	133,1	153,3	110,7
	Mai	109,9	132,8	155,2	109,8	132,6	153,7	110,5	134,1	157,1	110,4	133,7	154,0	111,7
	Juni	110,5	133,5	156,0	110,2	133,1	154,3	111,1	134,8	158,0	111,0	134,4	154,9	112,3
	Juli	111,5	134,7	157,4	111,4	134,5	155,9	112,2	136,2	159,5	111,6	135,1	155,7	112,2
	August	111,5	134,7	157,4	111,3	134,4	155,8	112,2	136,2	159,5	111,5	135,0	155,6	111,6
	September	111,7	135,0	157,7	111,5	134,6	156,1	112,4	136,4	159,8	111,5	135,0	155,6	111,4

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Quelle: Statistisches Bundesamt.

für Energie (ohne Kraftstoffe) als einzige Hauptgruppe eine Verbilligung, und zwar um 10,3 %, ermittelt werden konnte.

Ermittlung von Verbraucherpreisen seit 1881

Preisindizes, welche die Verbraucherpreisentwicklung in allen Bereichen der Lebenshaltung in Deutschland abbilden, werden seit 1924 berechnet. Von 1924 bis 1944 veröffentlichte das Statistische Reichsamt die „Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten“, der die Verbraucherverhältnisse in 5köpfigen Arbeiterfamilien zugrunde lagen. In den Jahren von 1914 bis 1921 wurde durch die amtliche Statistik die Preisentwicklung in den wichtigsten Teilbereichen der Lebenshaltung beobachtet. Die Daten für die Zeit von 1881 bis 1913 beruhen auf Angaben privater Autoren. Da die genannten Indexreihen in methodischer Hinsicht und in ihren Bezugsgrundlagen (Haushaltstyp, Gebietsstand) voneinander abweichen, sind sie eigentlich nicht miteinander vergleichbar. Sie bieten aber die einzige Möglichkeit, die Entwicklung der Verbraucherpreise seit dem

Ende des vorigen Jahrhunderts zu verfolgen und sind behelfsweise zu einer durchlaufenden Reihe verbunden worden (vgl. Tabelle). Den einzelnen Zeitabschnitten liegen die folgenden Berechnungen zugrunde:

- 1881 bis 1913: Durchschnitt aus 10 Indexziffern verschiedener Autoren; nur Ernährung
- 1914 bis 1919: Durchschnitt aus Gütergruppenindizes für Ernährung, Wohnung, Hausrat und Bekleidung
- 1920 bis 1921: Durchschnitt aus Gütergruppenindizes für Ernährung, Wohnung, Beleuchtung und Bekleidung
- 1922 und 1923: Eine Berechnung von Jahresdurchschnitten erschien aus den vorhandenen Monatszahlen wegen der beschleunigten Inflation nicht sinnvoll
- 1924 bis 1944: „Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten“ einer 5 köpfigen Arbeiterfamilie nach den Verbrauchsverhältnissen von 1934 im Reichsgebiet.

Preisindex für die Lebenshaltung 1881 bis 1990

Jahr	1913/1914 = 100	Jahr	1913/14 = 100	1938 = 100	Jahr	1913/14 = 100	1938 = 100
1881	74	1924	130,8	104,1	1958	230,4	183,4
1882	73	1925	141,8	112,9	1959	232,6	185,2
1883	74	1926	142,1	113,1	1960	236,0	187,9
1884	72	1927	147,9	117,8	1961	241,5	192,3
1885	74	1928	151,7	120,8	1962	248,6	198,0
1886	75	1929	154,0	122,6	1963	256,2	204,0
1887	75				1964	262,1	208,7
1888	75	1930	148,1	117,9	1965	271,0	215,8
1889	78	1931	136,1	108,4	1966	280,5	223,4
1890	80	1932	120,6	96,0	1967	284,5	226,5
1891	81	1933	118,0	93,9	1968	288,3	229,5
1892	81	1934	121,1	96,4	1969	294,1	234,2
1893	78	1935	123,0	97,9			
1894	77	1936	124,5	99,1	1970	303,5	241,7
1895	76	1937	125,1	99,6	1971	319,0	254,0
1896	75	1938	125,6	100	1972	336,0	267,6
1897	76	1939	126,2	100,5	1973	358,8	285,8
1898	79				1974	383,2	305,1
1899	78	1940	130,1	103,6	1975	406,6	323,8
1900	78	1941	133,2	106,1	1976	424,4	337,9
1901	79	1942	136,6	108,8	1977	439,3	349,8
1902	80	1943	138,5	110,3	1978	450,4	358,6
1903	80	1944	141,4	112,6	1979	467,5	372,2
1904	81	1945	145	115			
1905	85	1946	158	126	1980	492,0	391,8
1906	88	1947	169	134	1981	523,1	416,6
1907	89	1948 1. Hj	178	142	1982	550,8	438,6
1908	90	1948 2. Hj	211,4	168,3	1983	568,9	453,0
1909	92	1949	208,9	166,3	1984	582,3	463,7
1910	93				1985	594,0	473,0
1911	96	1950	195,7	155,8	1986	593,0	472,2
1912	102	1951	211,0	168,0	1987	593,5	472,5
1913	100	1952	215,4	171,5	1988	600,0	477,7
1914	100	1953	211,5	168,4	1989	617,3	491,5
1915	135	1954	211,9	168,7			
1916	180	1955	215,4	171,5	1990	634,0	504,8
1917	225	1956	221,1	176,0			
1918	310	1957	225,5	179,5			
1919	490						
1920	1 044						
1921	1 337						
1922	.						
1923	.						

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Seit 1945: Berechnung eines Preisindex für die Lebenshaltung von „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen“ im Bundesgebiet, und zwar vor 1962 ohne Berlin (West) und vor 1960 auch ohne Saarland.

Die „Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten einer 5-köpfigen Arbeiterfamilie“, die nach der im Jahre 1923 erfolgten Währungsreform über einen Zeitraum von 20 Jahren berechnet wurden, verzeichneten auf der Basis $1913/14 = 100$ von 1924 bis 1944 einen Anstieg um lediglich 8,1%. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise verbilligte sich hingegen die Lebenshal-

tung von 1930 bis 1933 deutlich, stieg dann in dem darauf folgenden Jahr jedoch wieder geringfügig an. Nach der erneuten Währungsreform im Juni 1948 konnte in den folgenden 28 Jahren bis 1976 eine Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten auf das Doppelte, also ein Verlust der Kaufkraft der DM um die Hälfte, beobachtet werden. Bis zum Jahre 1990 hatte sich die Kaufkraft der DM schließlich auf etwa ein Drittel vermindert. Seit Bestehen der Bundesrepublik zeigen die jährlichen Veränderungsraten des Preisindex mit Ausnahme der Jahre 1950, 1953 und 1986 eine Verteuerung der Lebenshaltung an.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Zeitbudgeterhebung 1991/92

In den Jahren 1991/92 wird von der amtlichen Statistik erstmals im Bundesgebiet eine Zeitbudgeterhebung durchgeführt. Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Familien und Senioren unterstützt. Gesetzliche Grundlage bildet § 7 Absatz 2 des Bundesstatistikgesetzes, der es dem Statistischen Bundesamt ermöglicht, zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht zu führen. Die bei der Erhebung notwendigen Haushaltsbefragungen (Feldarbeit) haben die statistischen Landesämter übernommen, Aufbereitung und Auswertung der Ergebnisse obliegen dem Statistischen Bundesamt.

In Rheinland-Pfalz werden 320 Haushalte nach ihrer Zeitverwendung befragt

Im Rahmen der Zeitbudgeterhebung sind 6400 Haushalte, 4900 aus den alten und 1500 aus den neuen Bundesländern, zu befragen. Es besteht keine Auskunftspflicht. Bei der Festlegung des Stichprobenumfanges war zu berücksichtigen, daß nach den Erfahrungen des vorangegangenen Tests gut 10% der zunächst zur Teilnahme bereiten Haushalte im Laufe der Erhebung abspringen. Für einen vorgegebenen Netto-Stichprobenumfang von 6400 Haushalten mußte die Stichprobe folglich entsprechend mit rund 7100 Haushalten besetzt werden.

In einem ersten Schritt wurde der Gesamtstichprobenumfang proportional auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt. Hierzu diente in den alten Bundesländern die Zahl der Privathaushalte mit deutscher Bezugsperson aus dem Mikrozensus 1989 und in den neuen Bundesländern die geschätzte Zahl der Privathaushalte für das Jahr 1991. Nach diesem Aufteilungsverfahren sind in Rheinland-Pfalz genau 320 Haushalte in die Erhebung einzubeziehen. Die meisten Haushalte werden in Bayern (968) und in Nordrhein-Westfalen (1484), die wenigsten im Saarland (96) und in Bremen (64) befragt. Bei vergleichsweise geringem Stichprobenumfang trägt die proportionale Aufteilung der Zielsetzung Rechnung, möglichst repräsentative Bundesergebnisse zu erhalten. Zugleich war somit zu akzeptieren, daß für

die kleineren Bundesländer zuverlässige Ergebnisse allenfalls für einige Basisdaten erzielt werden können.

Der Stichprobenumfang eines Landes wurde in einem zweiten Schritt nach den drei Quotierungsmerkmalen „Gemeindegrößenklasse“, „Stellung im Beruf der Bezugsperson des Haushalts“ (u. a. Angestellter, Selbständiger) und dem „Haushaltstyp“ (u. a. Einpersonenhaushalt, Alleinerziehende) untergliedert.

Die Aufteilung der 320 Haushalte auf die Gemeindegrößenklasse erfolgte proportional zur Zahl der Privathaushalte mit deutscher Bezugsperson aus dem Mikrozensus von 1989. Hierdurch sind die Gemeindegrößenklassen angemessen in der Stichprobe berücksichtigt. Bei den Quotierungsmerkmalen „Stellung im Beruf“ und „Haushaltstyp“ wurde hiervon abgewichen, da für beide Quotierungsmerkmale entsprechend gegliederte Ergebnisse gewünscht sind. Deshalb mußten die kleineren Gruppen (z. B. Selbständige, Alleinerziehende) auf Kosten größerer Gruppen (z. B. Angestellte, Einpersonenhaushalte) überproportional einbezogen werden. Die Vorgehensweise gewährleistet auch für die kleineren Gruppen repräsentative Ergebnisse, ohne die Stichprobe zu vergrößern.

Alle Haushaltsmitglieder ab zwölf Jahren führen ein Tagebuch über ihre Zeitverwendung

Die Vielzahl recht unterschiedlicher Informationsbedürfnisse setzt ein komplexes Erhebungskonzept voraus. So wurde ein Methodenmix, bestehend aus einem Einführungs- und Schlußinterview sowie Zeitanschriften in einem Tagebuch gewählt.

Mit dem Einführungsinterview werden die Grunddaten des Haushaltes erhoben. Hierzu zählen Angaben über die sozioökonomischen Merkmale der Haushaltsmitglieder (u. a. Familienstand, Ausbildung), die Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern sowie Angaben zu Wohnverhältnissen und Möglichkeiten der Gartennutzung des Haushaltes. Gleichzeitig werden die Haushaltsmitglieder vom Interviewer zur Führung der ausgeteilten Tagebücher angeleitet. Alle Personen im

Hauptaktivität ausgeübt für:
 eigenen Haushalt (z.B. Hausarbeit, Freizeit, Erwerbstätigkeit) = 1
 anderen Haushalt = 2
 eigenen und anderen Haushalt = 3
 soziale Dienste/Ehrenamt = 4

Ort der Hauptaktivität:
 zu Hause ausgeübt (auch auf dem zum Haus gehörenden Grundstück) = 1
 nicht zu Hause ausgeübt = 2

Kreuzen Sie bitte an, mit wem Sie die Zeit verbrachten?
 (Mehrere Angaben sind möglich)

Uhrzeit von - bis	Hauptaktivität	Gleichzeitige Aktivität	für wen		Kindern	anderen Haus- haltmitgliedern	Verwandten, Nach- barn, Freunden	Kollegen, Mitschülern	sonstigen Personen	ich war allein		
			ausgeführt	wo								
13.30-13.35	Fahrt mit dem Auto zum Einkaufszentrum		3	2						X	163	
13.35-13.40			3	2						X	164	
13.40-13.45			3	2						X	165	
13.45-13.50	Lebensmitteleinkauf für die Familie und die Nachbarin		3	2						X	166	
13.50-13.55			3	2						X	167	
13.55-14.00			3	2						X	168	
14.00-14.05	Fahrt mit dem Auto nach		3	2						X	169	
14.05-14.10	Kurse	Kindergeburtstag geplant	3	2						X	170	
14.10-14.15			3	2						X	171	
14.15-14.20	mit Söhnen über Schülererlebnisse gesprochen	Einkäufe verstaumt	1	1	X							172
14.20-14.25			1	1	X							173
14.25-14.30			1	1						X		174
14.30-14.35	Imbiß für Kinder vorbereitet		1	1						X	175	
14.35-14.40			1	1						X	176	
14.40-14.45	der Nachbarin beim Verstaumen	Unterhaltung mit Nachbarin	2	2			X				177	
14.45-14.50	der Einkäufe geholfen	über ihre persönl. Probleme	2	2			X				178	
14.50-14.55			2	2			X				179	
14.55-15.00	Küche aufgeräumt		1	1						X	180	

Haushalt, die mindestens zwölf Jahre alt sind, sollen ihre Zeitverwendung an zwei vorgegebenen aufeinanderfolgenden Tagen in das Tagebuch eintragen. Die Aktivitäten werden offen erfaßt, d. h. jeder Teilnehmer beschreibt seine Tätigkeit mit eigenen Worten. Der Anfangs- und Endzeitpunkt von Tätigkeiten soll jeweils auf einer vorgegebenen Zeitachse markiert werden. In das Tagebuch sind alle Tätigkeiten einzutragen, die mindestens fünf Minuten dauern. Im Tagebuch wird zudem zwischen schwerpunktmäßig ausgeübter Haupttätigkeit und parallel hierzu ausgeführter gleichzeitiger Aktivität unterschieden. Neben der Erfassung des Zeitaufwandes wird auch erhoben, wer Empfänger der unbezahlten Leistungen der Haushaltsmitglieder ist (eigener Haushalt, fremder Haushalt, soziale Organisationen). Schließlich ist anzugeben, wo die Tätigkeit ausgeführt wurde und ob weitere Personen anwesend waren.

Bei einem zweiten abschließenden Interviewerbesuch werden die ausgefüllten Tagebücher abgeholt, durchgesehen und gegebenenfalls ergänzt. Dem folgt ein Schlußinterview, in dem Daten zu den Bereichen Pflegebedürftigkeit, Hilfeleistung von anderen und für andere Haushalte, ehrenamtliche Tätigkeiten von Haushaltsmitgliedern und Infrastruktur des Wohngebietes erhoben werden.

Jahreszeitliche Schwankungen in der Zeitverwendung sind zu beachten

Um saisonale Verzerrungen in der Zeitverwendung zu vermeiden und Informationen über den gesamten Jah-

resablauf zu erhalten, findet die Erhebung in vier verschiedenen Zeiträumen von jeweils etwa zwei Wochen Dauer statt. Die erste Befragungswelle fällt in die Zeit vom 14. bis 27. Oktober 1991. Innerhalb dieses Zeitraumes führen in Rheinland-Pfalz 80 Haushalte – ein Viertel der 320 Haushalte – an zwei aufeinanderfolgenden vorgegebenen Tagen über ihre Zeitverwendung Buch. Bei der Festlegung der Tage ist zu beachten, daß alle Wochentage einschließlich des Samstages und des Sonntages gleich häufig vertreten sind. Auf diese Weise läßt sich die Zeitverwendung über die gesamte Woche abbilden. Die drei weiteren Befragungswellen finden 1992 statt; die letzte vom 22. Juni bis 5. Juli 1992. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang 1993 vorliegen.

Die Zeitbudgeterhebung ergänzt die traditionelle Sozialproduktrechnung

Mit den Ergebnissen der Zeitbudgeterhebung kann eine Vielzahl von Informationsanforderungen erfüllt werden. Von besonderer Bedeutung sind die Angaben über die unentgeltliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen in den Haushalten (z. B. handwerkliche Tätigkeit, Pflege und Betreuung). Diese Haushaltsproduktion wurde, trotz ihres beträchtlichen Umfanges, von der amtlichen Statistik bisher nicht erfaßt.

Gleichsam als Satellit zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konzipiert, läßt sich die Haushaltsproduktion darstellen. Durch die Eigenständigkeit des Systems bleibt die Aussagefähigkeit der traditionellen Sozialproduktrechnung für kurz- und mittelfristige Wirtschaftsanalysen erhalten. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden durch die Aufstellung des Haushaltssystems ergänzt, aber nicht verändert¹⁾. Auf-

1) Heinrich Lützel, Private Haushalte im makroökonomischen Nachweis, aus: H. Rapin (Hg.): Der private Haushalt im Spiegel sozialer empirischer Erhebungen, Campus 1990, S. 126 – 143.

gabe des Systems wird es sein, die mit der unentgeltlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Privathaushalten verbundenen ökonomischen Vorgänge in Mengeneinheiten (Zeitangaben) und – durch geeignete Bewertung – in Geldeinheiten darzustellen. Mit den so gewonnenen Angaben können zudem mögliche Verlagerungen von ökonomischen Aktivitäten zwischen Wirtschaft und Privathaushalten aufgezeigt werden.

Wichtige Informationsquelle für die Familienpolitik

Neben den Daten zur Haushaltsproduktion stellt die Zeitbudgeterhebung auch Daten für die Frauen- und Familienpolitik bereit. Durch das Aufzeigen von Zeitverwendungsstrukturen lassen sich die Lebenslagen von Familien unter einem breiteren Blickwinkel als allein dem der finanziellen Aufwendungen analysieren. So können zeitliche Belastungen in speziellen Lebenslagen von Familien, etwa von Haushalten mit Kindern, aufgezeigt werden. Weitere mögliche Untersuchungsbereiche wären der zeitliche Betreuungsaufwand für

pflegebedürftige und erkrankte Personen sowie die Zeitverwendung von Familienhaushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Über die familienpolitischen Untersuchungsziele hinaus ist die Zeitbudgeterhebung so breit angelegt, daß weitere sozial- und gesellschaftspolitisch relevante Themen analysiert werden können. Als mögliche Schwerpunkte hierfür sind Freizeitverhalten, Medienutzung sowie Aus- und Weiterbildung zu nennen.

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten soll die Anlage der Erhebung in methodischer Hinsicht untersucht werden. Hierzu sind u.a. internationale Forschungserfahrungen und Ergebnisse heranzuziehen. Auch die Möglichkeiten und Grenzen der Datengewinnung müssen beachtet werden. Ziel sollte sein, ein Erhebungskonzept zu entwickeln, das eine regelmäßige Befragung ermöglicht und internationalen Ansprüchen und Standards genügt. Vergleiche mit europäischen Nachbarländern könnten somit regelmäßig erfolgen.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Merkle

Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1990

Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau ist eine der wichtigsten Varianten eines ganzen Maßnahmenbündels zur Erleichterung des Wohnungsbaus. Die als öffentliche Aufgabe definierte Zielsetzung der Wohnungsbauförderung ist es, den Bau von Wohnungen nach Größe, Ausstattung, Miete bzw. Belastung, für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen, vorhandenen Wohnungsmangel zu beseitigen und breitgestreutes Wohnungseigentum zu schaffen. Dabei steht die Bildung von Einzeleigentum (Familienheime, Eigentumswohnungen) im Vordergrund. Außerdem sollen der Sparwille und die Bereitschaft zur Selbsthilfe zukünftiger Eigenheimbesitzer angeregt werden.

Die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen obersten Landesbehörden erstellen mehrjährige Förderprogramme und tragen so zur Verwirklichung der Grundsätze für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau entscheidend mit bei. Über die Auswirkungen der Wohnungsbauförderung ist gemäß § 32 II. Wohnungsbauengesetz (WoBauG) eine Bundesstatistik (Bewilligungsstatistik) zu führen, in der Lage und Größe der Baugrundstücke, Bauherren, Eigentumsverhältnisse, Gebäudearten, Fläche und Rauminhalt, Zweckbindung, Ausstattung, veranschlagte Gesamtkosten, Art und Umfang der Finanzierung sowie Durchschnittsmiete bzw. -belastung erfaßt und dokumentiert werden.

Förderungswege

Die Bewilligungsstatistik differenziert drei Förderungswege. Im 1. Förderungsweg wird der soziale Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln im Sinne des § 6 Abs. 1 II. WoBauG zugunsten der Wohnungssuchenden gefördert, deren Jahreseinkommen 21 600 DM nicht übersteigt (§ 25 II. WoBauG). Die Einkommensgrenze erhöht sich um 10 200 DM für den zweiten und um wei-

tere 8 000 DM für jeden weiteren zur Familie des Wohnungssuchenden rechnenden Angehörigen. Weitere Erhöhungen der Einkommensgrenzen sieht das Gesetz für junge Ehepaare (+ 8 400 DM), Schwerbehinderte (je nach Behinderungsgrad + 4 200 bzw. 9 000 DM) sowie Aus- und Übersiedler (+ 6 300 DM) vor. Eine Förderung ist auch dann noch zulässig, wenn das Gesamteinkommen die vorgesehenen Einkommensgrenzen nur unwesentlich übersteigt. Der 1. Förderungsweg umfaßt den traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau mit Mitteln des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die nach dem Lastenausgleichsgesetz für die Wohnraumhilfe bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds.

Im 2. Förderungsweg werden mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten, die nicht als öffentliche Mittel im Sinne des § 6 Abs. 1 II. WoBauG gelten, Bauvorhaben im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaus auch für Personen mit höherem Einkommen gefördert. Die im Rahmen des 2. Förderungsweges geförderten Wohnungen sind in der Regel nur solchen Personen zu überlassen, die gemäß § 88 a II. WoBauG durch den Bezug der Wohnung eine im Rahmen des 1. Förderungsweges geförderte Wohnung frei machen oder deren Jahreseinkommen die in § 25 II. WoBauG bestimmten Einkommensgrenzen nicht um mehr als 40 vom Hundert übersteigt.

Auf Antrag des Bauherren können bei dieser Fördervariante für freifinanzierte Wohnungen Zuschüsse oder Darlehen zur Deckung laufender Aufwendungen (Aufwendungsdarlehen) gewährt werden. Voraussetzung ist, daß die Wohnungen in sich abgeschlossen sind und die in § 39 Abs. 1 II. WoBauG bestimmten Wohnflächen Grenzen um nicht mehr als 20 vom Hundert überschritten werden. Aufwendungszuschüsse und Aufwendungsdarlehen sollen in der Regel nur dann gewährt

werden, wenn der Antrag bis zur Bezugsfertigkeit der Wohnung gestellt worden ist. Bei der Bewilligung der Zuschüsse bzw. Darlehen hat sich der Bauherr für die Dauer der Zweckbestimmung zu verpflichten, die geförderte Wohnung höchstens zu einem Entgelt zu vermieten, das die zur Deckung der laufenden Aufwendungen erforderliche Miete (Kostenmiete) nicht übersteigt.

Mit dem 3. Förderungsweg wurde im Jahre 1989 eine zusätzliche Fördervariante eröffnet. Hier werden gemäß § 88 d II. WoBauG Mittel aus öffentlichen Haushalten zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus abweichend von den Vorschriften der §§ 88 bis 88 c II. WoBauG vergeben. In der Fassung vom 14. August 1990 (BGBl. I, Nr. 42, S. 1730) sieht die Vorschrift des § 88 d II. WoBauG eine vereinbarte Förderung vor, in der zwischen Bauherr und Darlehens- bzw. Zuschußgeber vertraglich abzuschließende Bestimmungen über Höhe und Einsatzart der Mittel, Zweckbestimmung, Mietbindung, die Beachtung von Einkommensgrenzen, Höhe des Mietzinses, Vertragsveränderungen während der Laufzeit sowie die Folgen von Vertragsverletzungen getroffen werden. Dabei ist sicherzustellen, daß sich der Mieter gegenüber dem Bauherren oder einem anderen Verfügungsberechtigten auf die Einhaltung der mit dem Darlehensgeber vereinbarten Mietzinsregelung berufen kann.

Die nach § 88 d, Abs. 1 II. WoBauG eingesetzten Mittel gelten nicht als öffentliche Mittel. Die geförderten Wohnungen sind kein preisgebundener Wohnraum.

Vollförderung und vertraglich vereinbarte Förderung

Im Rahmen des traditionellen sozialen Wohnungsbaus (1. Förderungsweg) besteht die Gefahr, daß es zu einer „Überförderung“ der Bauherren kommt. Lange Bindungsfristen führen außerdem zu hohen Förderbeträgen je Wohnung, so daß mit einem fixen zur Verfügung stehenden Mittelvolumen nur relativ wenige Wohnungen gefördert werden können. Im Bewußtsein dieser Problematik wurde mit dem § 88 d II. WoBauG das Instrument der vereinbarten Förderung (3. Förderungsweg) geschaffen, bei dem zwischen den Bewilligungsstellen und den Bauherren Förderung und Bindung frei vereinbart werden. Dabei divergieren Förderung und Bindung unter Umständen ganz erheblich von den im Rahmen des traditionellen sozialen Wohnungsbaus üblichen Vorschriften der II. Berechnungsverordnung (II. BV) und des Wohnungsbindungsrechts.

Nach dem Kostenmietsystem werden private Investoren nur dann in den Bau von Sozialwohnungen investieren, wenn Förderung und Bindung so aufeinander abgestimmt sind, daß eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden kann. Dafür sorgt im traditionellen sozialen Wohnungsbau die Kostenmiete nach der II. Berechnungsverordnung, die neben den anfallenden Kosten auch die Eigenkapitalverzinsung des Investors mit abdeckt. Eine zu hohe Subventionierung ist in den Fällen gegeben, in denen Wertzuwächse der Immobilie bzw. Kapitalfreisetzungsgewinne durch den Eigentümer realisiert werden, die bei der Berechnung der Kostenmiete ohne Berücksichtigung geblieben

sind. Da die Kostenmiete auf der Basis des ursprünglich eingesetzten Kapitals bestimmt wird, kommt es dann zu „Kapitalfreisetzungsgewinnen“, wenn die durch die Abschreibungen bedingten Wertminderungen nicht in das Objekt reinvestiert werden.

Aus der Sicht des Förderungsgebers hat das markt-nahe Modell des 3. Förderungsweges den Vorteil, daß weniger staatliche Mittel pro DM Mietpreissenkung für einen gegebenen Zeitraum aufgewandt werden müssen als bei der herkömmlichen Förderung, da alle Renditevariablen, wie z. B. Wertzuwachs, individueller Steuervorteil des Bauherren je nach Steuerprogression usw., bei der Bemessung der Subvention mit berücksichtigt werden können. Da wegen der mit dem Zeitlauf steigenden Sozialmiete nur die Differenz zwischen Marktmiete und Sozialmiete, statt wie beim Kostenmietverfahren die Differenz zwischen der über der Marktmiete liegenden Kostenmiete und der Sozialmiete, subventioniert wird, können Fördermittel eingespart werden. Der gesparte Betrag ist dabei um so höher, je steiler der Anstieg der Marktmiete ausfällt.

Für den Investor ergibt sich eine kürzere Mietbindungsdauer, so daß er sich schon nach vergleichsweise kurzer Zeit dem Wettbewerb auf dem freien Wohnungsmarkt stellt.

Ob nun ein Investor auf die Angebote der öffentlichen Hand eingeht oder es vorzieht, in den freifinanzierten Wohnungsbau zu investieren bzw. eine Alternativverzinsung seines Eigenkapitals wählt, ist maßgeblich von einer individuellen Renditeberechnung abhängig, die auch der Darlehens- bzw. Zuschußgeber vor der Festschreibung der Vertragsbestandteile nachvollziehen sollte.

Für den Bauherren, der die Investitionsentscheidung zu treffen hat, sind folgende Aspekte relevant:

- Länge der Mietbindung (Jahre),
- vereinbarte Anfangsmiete je m² Wohnfläche,
- zulässige Mieterhöhung in Prozent p. a. während der Bindungsfrist,
- Höhe des Baukostenzuschusses / Darlehens,
- nichtgebundene örtliche Vergleichsmiete,
- jährliche prozentuale Steigerung der nichtgebundenen Vergleichsmiete,
- Höhe der Mietanpassung in den Folgejahren nach Ablauf der vertraglich vereinbarten Mietbindung,
- Anschaffungskosten (Bauwerk, Boden, Werbungskosten),
- Instandhaltungskosten, Verwaltungskosten, Grundsteuer während der Bindung,
- Höhe des eingesetzten Eigenkapitals,
- Annuität (Zins und Tilgung) des Fremdkapitals,
- Grenzsteuersatz des Bauherren,
- allgemeine Wertentwicklung der Immobilie (angepaßt an die vereinbarte prozentuale Mietsteigerung, da Mietpreissteigerungen den Wert einer Immobilie bestimmen),
- Abschreibungen (als Korrektiv zur angenommenen Wertsteigerung).

Daß die Möglichkeiten, die der 3. Förderungsweg bietet, zunehmend genutzt wurden, zeigt die steigende Zahl von Bewilligungen in diesem Bereich. Im ersten Jahr nach der Schaffung der gesetzlichen Regelung nutzten Bauherren für insgesamt 1 291 Wohnungen die vereinbarte Förderung, 1990 waren es bereits 1 774 (+ 37 %) geförderte Wohnungen. Zwar nehmen die Investoren höhere Risiken als bei der traditionellen Förderung in Kauf (kürzere Bindungsdauer erhöht den Wettbewerbsdruck), allerdings ist der Anreiz größer, kostengünstig Wohnraum zu schaffen und nachfragegerechte Standorte und Bauformen zu wählen.

Förderungsziel der vereinbarten Förderung muß es sein, daß der bewilligte Zuschuß in voller Höhe an die Mieter weitergegeben wird (deutliche Absenkung der Sozialmiete unter die Vergleichsmiete). Der Barwert der Miete (Summe der in Kauf genommenen Mietsenkung abgezinst auf den Investitionszeitpunkt) sollte aus der Sicht des Investors geringer sein als die Höhe des bewilligten Zuschusses, damit bei der vereinbarten Förderung im Vergleich zum freifinanzierten Wohnungsbau eine höhere, zumindest aber die gleiche Rendite erwirtschaftet werden kann.

Bei der vom Bauherren zugrunde gelegten Abschreibungsbasis ist der Betrag des Zuschusses nicht zu berücksichtigen. Die durch die degressive Abschreibung ausgelösten hohen steuerlichen Anfangsverluste (bei Verrechnung mit anderen Einkunftsarten) führen beim Bauherren zu einer Senkung der Steuerbelastung. Je höher der Grenzsteuersatz, desto größer die zu erwartende Rendite. Der Vergleich zwischen dem durch Abzinsung zu ermittelnden Barwert der „entgangenen Miete“ (Differenz vereinbarte Miete zur Marktmiete) und der Höhe des Zuschusses ist zulässig, da sowohl die Mieteinnahmen als auch der Zuschuß steuerpflichtig sind. Die Investitionsentscheidungen für den Bau einer oder mehrerer Wohnungen im Rahmen des 3. Förderungsweges wird demnach bestimmt durch die Abhängigkeit der Rendite vom Steuersatz des Investors und der erzielbaren Alternativverzinsung des eingesetzten Eigenkapitals nach Steuern.

Fast 4 800 Sozialwohnungen bewilligt

Mit insgesamt 4 777 Sozialwohnungen konnten in Rheinland-Pfalz 3 % mehr Sozialwohnungen bewilligt werden als 1989 (4 638). Die Krise im sozialen Wohnungsbau, die in den Jahren 1987 (3 115 geförderte Wohnungen) und 1988 mit 2 856 geförderten Einheiten ihren Höhepunkt erreicht hatte, scheint überwunden. Einen erheblichen Anteil an der Schaffung von Sozialwohnungen hatte die Nutzung des 1989 neu eingeführten Instruments der vereinbarten Förderung im Rahmen des 3. Förderungsweges. Bereits im ersten Jahr nutzten Bauherren die neue Fördervariante für den Bau von 1 291 Wohnungen. 1990 stieg die Zahl der Bewilligungen auf 1 774 Wohnungen um gut 37 %. Der gleiche Prozentsatz errechnet sich für den Anteil der im Rahmen des 3. Förderungsweges bewilligten Wohnungen an den geförderten insgesamt. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß die Bedeutung des 2. Förderungsweges immer weiter abnimmt. 1985 wurden noch knapp 3 000 Wohnungen mit Aufwendungsdarlehen bzw. -zuschüssen gefördert. Im Jahre 1986 halbierte sich diese Anzahl und

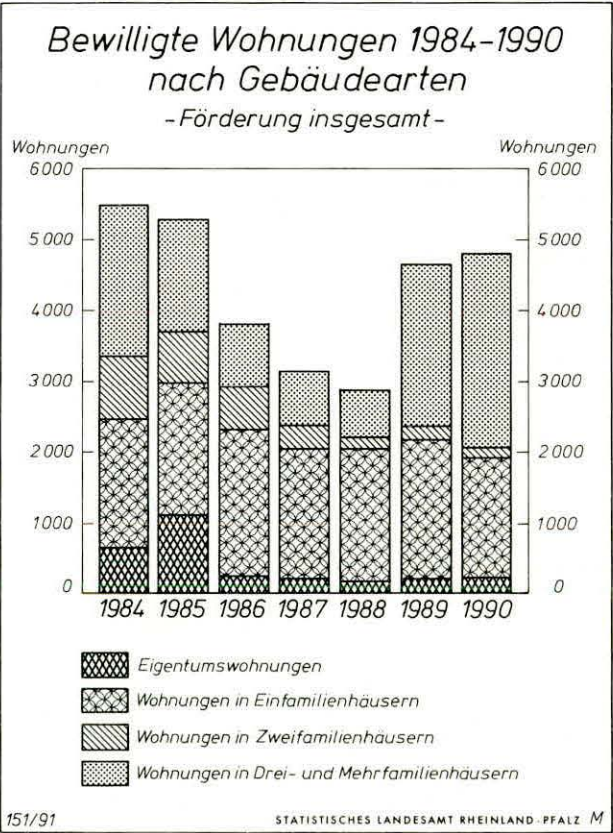
Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau
1984 bis 1990

Jahr ¹⁾	Geförderte Wohnungen insgesamt	davon im . . .			davon	
		1. Förderungsweg	2. Förderungsweg	3. Förderungsweg ¹⁾	Eigentums- bzw. Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen
1984	5 485	2 641	2 844	–	3 064	2 421
1985	5 269	2 283	2 986	–	3 476	1 793
1986	3 799	2 364	1 435	–	2 743	1 056
1987	3 115	1 937	1 178	–	2 290	825
1988	2 856	1 646	1 210	–	2 144	712
1989	4 638	2 414	933	1 291	2 219	2 419
1990	4 777	2 440	563	1 774	1 778	2 999
1984 – 1990	29 939	15 725	11 149	3 065	17 714	12 225

1) Von 1989 an gemäß § 88 d II. WoBauG.

ging bis 1990 auf 563 Wohneinheiten zurück. Augenscheinlich engen sich die Bewilligungsmöglichkeiten im 2. Förderungsweg (hier werden alle geförderten Ein- und Zweifamilienhauswohnungen vom Gebäudeeigentümer selbst genutzt) durch die in § 5 II. WoBauG gesetzlich verankerten Einkommensgrenzen bei allgemein steigenden Einkommen immer mehr ein, so daß sich die Zahl der bewilligten Sozialwohnungen rückläufig entwickelt.

Im traditionellen sozialen Wohnungsbau (1. Förderungsweg) blieben die Bewilligungen (2 440 Wohnun-



Veranschlagte Finanzierungsmittel nach Finanzierungsquellen 1990

Finanzierungsquelle	Förderung insgesamt	davon					
		1. Förderungs- weg	darunter für			2. Förderungs- weg	3. Förderungs- weg
			Wohngebäude ¹⁾ mit				
			1 und 2	3 und mehr	Eigentums- wohnungen		
			Wohnungen				
1 000 DM							
Mittel aus öffentlichen Haushalten							
Bundes- / Landesmittel							
für den 1. Förderungsweg	208 916	208 916	83 546	120 350	5 020	–	–
Familienzusatzdarlehen	6 113	6 113	5 773	–	340	–	–
für den 2. Förderungsweg	71 376	–	–	–	–	–	71 376
Mittel der Gemeinden und Gemeinde- verbände	3 747	1 902	2	1 900	–	–	1 845
Zusammen	284 039	210 818	83 548	122 250	5 020	–	73 221
Kapitalmarktmittel							
Pfandbriefinstitute	14 607	8 119	3 926	3 687	507	5 861	627
Sparkassen	114 577	47 346	31 853	13 346	2 148	26 908	40 323
Privatversicherungen	29 690	17 232	15 977	830	425	10 618	1 840
Sozialversicherungen	7 690	2 413	2 026	–	387	3 947	1 330
Bausparkassen	59 767	33 995	29 901	2 539	1 555	21 257	4 515
Sonstige Geldinstitute	192 779	94 459	58 965	31 202	4 292	41 881	56 439
Zusammen	419 110	203 564	142 648	51 604	9 314	110 472	105 074
Sonstige Mittel							
Arbeitgeberdarlehen und -zuschüsse	3 790	1 677	1 476	–	201	2 093	20
Aufbaudarlehen u. Hauptentschädigung	2 109	1 806	1 746	–	60	303	–
sonstige aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellte Mittel	28 546	14 362	548	13 807	6	96	14 088
Mieterdarlehen u. Mietvorauszahlungen	–	–	–	–	–	–	–
Eigenleistungen	361 561	192 896	122 511	63 327	7 058	67 631	101 034
Sonstiges	52 745	11 005	6 555	4 178	272	4 058	37 682
Zusammen	448 751	221 746	132 836	81 312	7 597	74 181	152 824
I n s g e s a m t	1 151 900	636 128	359 032	255 166	21 931	184 653	331 119

1) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime, einschl. Kleinsiedlerstellen).

gen) gegenüber dem Vorjahr (2 414) praktisch konstant. Hier waren 1 058 (43 %) der geförderten Wohnungen vom Gebäudeeigentümer zur Eigennutzung vorgesehen, 1 382 waren Mietwohnungen. Insgesamt wurden 447 000 m² Wohnfläche öffentlich gefördert. Gegenüber dem Vorjahr errechnet sich ein Rückgang von rund 12 000 m². Ursache dafür ist die stark gestiegene Anzahl von Bewilligungen für Mehrfamilienhauswohnungen, die in der Regel über weniger Wohnfläche verfügen als solche in Eigenheimen. Im Durchschnitt verfügt eine im Mietwohnungsbau geförderte Wohnung über rund 76 m² Raumangebot, Zweifamilienhauswohnungen haben eine Größe von fast 93 m² und geförderte Einfamilienhäuser weisen 125 m² Wohnfläche auf.

Die Struktur der am Bau von Sozialwohnungen beteiligten Bauherren hat sich gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr wenig verändert. Private Bauherren waren mit 2 898 Wohnungen zu gut 60 % beteiligt. 1 721 (36 %) hatten gemeinnützige oder sonstige Wohnungsunternehmen zum Bauherren (Vorjahr 32 %). Nur

wenige Sozialwohnungen sollen für öffentliche Bauherren (123) sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter (35) erstellt werden.

Finanzierungsmittel und Finanzierungsquellen

Je nach Mittelherkunft werden in der Bewilligungsstatistik drei Finanzierungsquellen unterschieden, aus denen sich die Finanzierung der Bauvorhaben zusammensetzt. Im einzelnen handelt es sich dabei um Mittel aus öffentlichen Haushalten, Kapitalmarktmittel und sonstige Mittel. Die Mittel aus öffentlichen Haushalten untergliedern sich weiter in die Bundes- bzw. Landesmittel sowie Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände. Bei den Kreditmitteln, die vom Kapitalmarkt stammen, wird die ganze Bandbreite von Geldinstituten und Versicherungsträgern genutzt (Sparkassen, Banken, Pfandbriefinstitute, Bausparkassen, Privat- und Sozialversicherungen usw.). Sonstige Mittel sind die vom Bauherrn zu erbringende Eigenleistung, Arbeitge-

berdarlehen, Aufbaudarlehen, Mieterdarlehen, sonstige aus öffentlichen Haushalten direkt bereitgestellte Gelder.

Für den Bau von Sozialwohnungen waren 1990 insgesamt 1,15 Mrd. DM zu finanzieren. Dabei stammte ein Viertel aus öffentlichen Haushalten (284 Mill. DM), rund 36 % (419 Mill. DM) vom Kapitalmarkt und 39 % waren sonstige Mittel. Innerhalb der sonstigen Mittel waren traditionell die vom Bauherrn veranschlagten und zu erbringenden Eigenleistungen von herausragender Bedeutung, denn ihr Anteil betrug fast 32 % (362 Mill. DM) am gesamten Finanzierungsvolumen.

Im 1. Förderungsweg, dem eigentlichen, traditionellen sozialen Wohnungsbau, war 1990 hinsichtlich der Finanzierungsquellen eine nahezu gleichmäßige Aufteilung erkennbar. So wurden von der öffentlichen Hand rund 211 Mill. DM bereitgestellt (33 %), auf dem Kapitalmarkt wurden fast 204 Mill. DM beschafft (32 %) und 221 Mill. DM waren sonstige Mittel (35 %). Im 1. Förderungsweg wurden insgesamt 636 Mill. DM veranschlagt, rund 25 Mill. DM mehr (+ 4 %) als im Berichtszeitraum 1989. Insbesondere war dieser Zuwachs auf den Anstieg der bereitgestellten Bundes- bzw. Landesmittel zurückzuführen. Diese erhöhten sich im Jahresvergleich 1989 zu 1990 um gut 21 Mill. DM auf insgesamt fast 209 Mill. DM (+ 11 %). Für den Bau von Mietwohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten wurden im Berichtsjahr mit 122 Mill. DM mehr an öffentlichen Mitteln bewilligt als für den Ein- und Zweifamilienhausbau (84 Mill. DM). Im Vorjahr war innerhalb dieser Gebäudekategorien noch eine Pari-Verteilung von je rund 90 Mill. DM zu beobachten gewesen. In den Bau von Eigentumswohnungen werden im Rahmen des 1. Förderungsweges insgesamt 5 Mill. DM aus öffentlichen Haushalten fließen (Vorjahr 6,7 Mill. DM).

Für Bauvorhaben des 2. Förderungsweges stammten die Gelder zu fast 60 % vom Kapitalmarkt (110 Mill. DM), rund 40 % waren sonstige Mittel (74 Mill. DM). Mittel aus öffentlichen Haushalten werden hier nicht eingesetzt (siehe § 6 Abs. 1 II. WoBauG).

Die veranschlagten Finanzierungsbeträge des 3. Förderungsweges stammten aus folgenden Quellen: 73 Mill. DM (22 %) waren Mittel aus öffentlichen Haushalten, 105 Mill. DM (knapp 32 %) wurden auf dem

Kapitalmarkt beschafft und 152 Mill. DM (46 %), darunter allein 101 Mill. DM Eigenleistungen der Bauherren, waren sonstige Mittel. Das gesamte Finanzierungsvolumen des 3. Förderungsweges bezifferte sich auf 331 - Mill. DM, rund 100 Mill. DM mehr als 1989.

Mehr Mittel aus öffentlichen Haushalten bereitgestellt

Der Anteil der aus öffentlichen Haushalten bereitgestellten Mittel am gesamten Finanzierungsbedarf im sozialen Wohnungsbau hat sich 1990 weiter erhöht. Die Quote erreichte im Berichtszeitraum 25 % (284 Mill. DM). Im Vorjahr errechnete sich ein prozentualer Anteil von 21 %, 1988 von 16 %. Das gestiegene Engagement von Bund, Ländern und Gemeinden beim Bau von Sozialwohnungen führte nach dem Tief im Jahre 1988 zu einer spürbaren Erholung am Sozialwohnungsmarkt. So wurden 1989 gegenüber dem Vorjahr rund 110 Mill. DM mehr bereitgestellt (235 Mill. DM), 1990 war eine weitere Aufstockung der Fördermittel um rund 50 Mill. DM zu verzeichnen.

Die finanziellen Investitionsanreize der öffentlichen Geldgeber fielen bei den Bauherren auf fruchtbaren Boden. Sie steigerten ihre Eigenleistungen von rund 260 Mill. DM im Jahre 1988 auf 366 Mill. DM im Jahre 1989 um 106 Mill. DM; 1990 blieben die von Bauherrenseite erbrachten Leistungen mit 362 Mill. DM fast unverändert. Die Eigenleistungsquote betrug 31,4 % am gesamten Finanzierungsvolumen. Während die Bedeutung der öffentlichen Mittel und der sonstigen Mittel seit 1988 zugenommen hat, verlor der Kapitalmarkt als Finanzierungsquelle zunehmend an Gewicht. Stammten 1988 noch 49 % der Gelder vom Kapitalmarkt, so ging die Quote 1989 auf 41 % und 1990 auf gut 36 % zurück. Offensichtlich wirkte sich der gestiegene Kapitalmarktzins für Baugeld auf das Finanzierungsverhalten der Bauherren und die Zusammensetzung hinsichtlich der Mittelherkunft aus.

Förderungsschwerpunkt auf Mietwohnungen verlagert

Nachdem die Förderung für den Mietwohnungsbau von 2 421 Einheiten im Jahre 1984 kontinuierlich auf nur

Finanzierungsmittel im sozialen Wohnungsbau 1985 bis 1990 nach Finanzierungsquellen

Jahr	Insgesamt	Mittel aus öffentlichen Haushalten		Kapitalmarktmittel		Sonstige Mittel			
						zusammen		darunter Eigenleistung	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1985	1 349 706	169 147	12,5	710 129	52,6	470 430	34,9	413 846	30,7
1986	1 076 008	178 624	16,6	511 789	47,6	385 595	35,8	352 170	32,7
1987	889 528	146 427	16,5	424 809	47,8	318 292	35,8	279 381	31,4
1988	805 666	125 331	15,6	395 686	49,1	284 648	35,3	259 818	32,3
1989	1 139 010	235 673	20,7	467 762	41,1	435 575	38,2	366 240	32,2
1990	1 151 900	284 039	24,7	419 110	36,4	448 751	39,0	361 561	31,4
1985 – 1990	6 411 818	1 139 241	17,8	2 929 285	45,7	2 343 291	36,5	2 033 016	31,7

Förderungsmittel und geförderte Wohnungen nach

Verwaltungsbezirk	Förderung insgesamt					1. Förderungs-			
	objekt- bezogene Beihilfen ¹⁾	geförderte Wohnungen				Förderungsmittel		geförderte Woh-	
		ins- gesamt	darunter in			Bundes-/ Landes- mittel	objekt- bezogene Beihilfen ¹⁾	ins- gesamt	dar- Wohn- gebäuden mit Eigen- tums- wohnungen
			Wohngebäuden mit		Wohn- gebäuden mit Eigen- tums- wohnungen				
			1 und 2	3 und mehr					
			Wohnungen ²⁾						
1 000 DM	Anzahl				1 000 DM		An-		
Kreisfreie Stadt Koblenz	238	162	22	137	3	10 245	134	100	-
Landkreise									
Ahrweiler	241	145	80	61	4	4 911	137	68	4
Altenkirchen (Ww.)	316	183	90	92	1	6 564	168	84	-
Bad Kreuznach	267	164	77	82	5	8 645	179	104	3
Bad Kreuznach, St	52	31	6	24	1	2 595	46	30	1
Birkenfeld	278	133	71	49	13	5 269	133	69	3
Idar-Oberstein, St	44	36	9	20	7	1 271	27	15	-
Cochem-Zell	143	77	50	27	-	3 411	92	51	-
Mayen-Koblenz	496	272	106	157	9	10 325	217	134	2
Andernach, St	52	46	12	33	1	2 448	38	32	-
Mayen, St	62	38	8	30	-	2 077	32	26	-
Neuwied	428	277	105	157	15	12 200	210	124	4
Neuwied, St	251	168	65	90	13	9 784	140	90	2
Rhein-Hunsrück-Kreis	234	147	56	90	1	6 278	122	80	-
Rhein-Lahn-Kreis	362	178	97	72	9	6 972	171	87	4
Lahnstein, St	22	21	3	14	4	672	11	7	-
Westerwaldkreis	443	228	130	77	21	8 054	228	119	1
RB Koblenz	3 446	1 966	884	1 001	81	82 874	1 791	1 020	21
Kreisfreie Stadt Trier	388	291	59	228	4	26 156	320	243	2
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	173	97	47	43	7	2 920	85	41	-
Bitburg-Prüm	153	70	50	16	4	2 827	82	39	-
Daun	154	110	66	41	3	1 568	47	23	-
Trier-Saarburg	300	127	86	41	-	4 444	140	60	-
RB Trier	1 168	695	308	369	18	37 915	674	406	2
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	116	81	20	60	1	5 984	77	63	-
Kaiserslautern	86	52	13	36	3	3 616	48	34	-
Landau i. d. Pfalz	85	57	17	33	7	737	25	12	4
Ludwigshafen a. Rhein	456	340	58	282	-	9 292	134	87	-
Mainz	99	74	2	72	-	8 453	94	73	-
Neustadt a. d. Weinstr.	133	58	22	34	2	3 291	69	38	1
Pirmasens	20	16	1	15	-	1 243	20	13	-
Speyer	129	97	13	83	1	7 422	115	83	-
Worms	166	143	16	127	-	8 650	122	95	-
Zweibrücken	22	20	6	14	-	1 133	22	14	-
Landkreise									
Alzey-Worms	197	103	53	48	2	4 150	113	56	1
Bad Dürkheim	169	111	23	85	3	5 705	109	71	3
Donnersbergkreis	138	135	40	72	23	1 903	65	28	-
Germersheim	233	221	46	154	21	4 963	114	63	13
Kaiserslautern	190	77	53	15	9	2 848	89	41	5
Kusel	128	51	38	9	4	1 812	57	28	3
Südliche Weinstraße	174	107	58	45	4	3 366	82	42	2
Ludwigshafen	250	149	40	92	17	4 095	90	51	11
Mainz-Bingen	311	147	71	61	15	6 610	143	81	9
Bingen am Rhein, St	33	23	4	17	2	1 499	29	18	2
Ingelheim am Rhein, St	29	20	3	16	1	967	16	9	1
Pirmasens	168	77	50	23	4	2 856	94	41	4
RB Rheinhessen-Pfalz	3 270	2 116	640	1 360	116	88 129	1 682	1 014	56
Rheinland-Pfalz	7 884	4 777	1 832	2 730	215	208 918	4 147	2 440	79
Kreisfreie Städte	2 684	1 812	395	1 370	47	100 642	1 487	1 040	20
Landkreise	5 200	2 965	1 437	1 360	168	108 276	2 660	1 400	59

1) Erste Jahresrate. - 2) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime einschließlich Kleinsiedlerstellen). - 3) In Wohngebäuden mit 3 und mehr

Förderungswegen in den Verwaltungsbezirken 1990

weg		2. Förderungsweg				3. Förderungsweg			Verwaltungsbezirk
nungen		objekt- bezogene Bei- hilfen ¹⁾	geförderte Wohnungen			geförderte Wohnungen			
unter in			ins- gesamt	darunter in Wohngebäuden mit		ins- gesamt	darunter in Wohngebäuden mit		
Wohngebäuden mit				1 und 2 Woh- nungen ²⁾	Eigen- tums- wohnungen		1 und 2 Woh- nungen ²⁾	3 und mehr Woh- nungen ²⁾	
1 und 2	3 und mehr								
Wohnungen ²⁾									
zahl		1 000 DM	Anzahl			Anzahl			
10	90	95	15	12	3	47	–	47	Kreisfreie Stadt Koblenz
49	15	79	13	13	–	64	18	46	Landkreise
64	20	147	27	26	1	72	–	72	Ahrweiler
44	57	77	15	13	2	45	20	25	Altenkirchen (Ww.)
5	24	6	1	1	–	–	–	–	Bad Kreuznach
45	21	138	25	22	3	39	4	28	Bad Kreuznach, St
6	9	17	3	3	–	18	–	11	Birkenfeld
41	10	46	9	9	–	17	–	17	Idar-Oberstein, St
62	70	270	48	41	7	90	3	87	Cochem-Zell
7	25	15	3	2	1	11	3	8	Mayen-Koblenz
3	23	30	5	5	–	7	–	7	Andernach, St
68	52	154	28	28	–	125	9	105	Mayen, St
40	48	87	16	16	–	62	9	42	Neuwied
30	50	99	17	16	1	50	10	40	Neuwied, St
53	30	166	31	30	1	60	14	42	Rhein-Hunsrück-Kreis
1	6	–	–	–	–	14	2	8	Rhein-Lahn-Kreis
88	30	205	36	34	2	73	8	47	Lahnstein, St
									Westerwaldkreis
554	445	1 476	264	244	20	682	86	556	RB Koblenz
46	195	55	9	7	2	39	6	33	Kreisfreie Stadt Trier
32	9	74	13	13	–	43	2	34	Landkreise
39	–	68	12	11	1	19	–	16	Bernkastel-Wittlich
23	–	89	17	17	–	70	26	41	Bitburg-Prüm
60	–	152	26	26	–	41	–	41	Daun
									Trier-Saarburg
200	204	438	77	74	3	212	34	165	RB Trier
3	60	32	6	5	1	12	12	–	Kreisfreie Städte
4	30	25	4	4	–	14	5	6	Frankenthal (Pfalz)
8	–	60	12	9	3	33	–	33	Kaiserslautern
30	57	155	28	28	–	225	–	225	Landau i. d. Pfalz
1	72	6	1	1	–	–	–	–	Ludwigshafen a. Rhein
16	21	43	7	6	1	13	–	13	Mainz
1	12	–	–	–	–	3	–	3	Neustadt a. d. Weinstr.
12	71	6	2	1	1	12	–	12	Pirmasens
9	86	33	5	5	–	43	2	41	Speyer
6	8	–	–	–	–	6	–	6	Worms
									Zweibrücken
39	16	84	15	14	1	32	–	32	Landkreise
13	55	42	8	8	–	32	2	30	Alzey-Worms
28	–	62	13	12	1	94	–	72	Bad Dürkheim
24	26	108	18	10	8	140	12	128	Donnersbergkreis
36	–	98	17	13	4	19	4	15	Germersheim
25	–	71	14	13	1	9	–	9	Kaiserslautern
28	12	77	14	12	2	51	18	33	Kusel
12	28	115	21	15	6	77	13	64	Südliche Weinstraße
34	38	145	25	19	6	41	18	23	Ludwigshafen
4	12	–	–	–	0	5	–	5	Mainz-Bingen
2	6	6	1	1	–	10	–	10	Bingen am Rhein, St
37	–	67	12	12	–	24	1	23	Ingelheim am Rhein, St
									Pirmasens
366	592	1 229	222	187	35	880	87	768	RB Rheinhessen-Pfalz
1 120	1 241	3 143	563	505	58	1 774	207	1 489	Rheinland-Pfalz
220	800	895	158	134	24	614	41	570	Kreisfreie Städte
900	441	2 248	405	371	34	1 160	166	919	Landkreise

Wohnungen (ohne Wohnheime).

noch 712 Mietwohnungen im Jahre 1988 zurückgegangen war, wurde im Berichtszeitraum 1989 ein deutlicher Anstieg auf 2 419 Wohneinheiten (+ 240 %) verzeichnet. 1990 hielt die positive Entwicklung an, denn die Anzahl der bewilligten Mietwohnungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nochmals um 580 Wohnungen (+ 24 %), so daß fast 3 000 Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau entstehen werden. Der Anteil der zur Vermietung vorgesehenen Wohnungen an allen geförderten Wohnungen lag 1990 bei fast 63 % (Vorjahr 52 %). 1988 hatte die Eigennutzung noch dominiert, denn nur eine von drei Wohnungen war zur Vermietung vorgesehen.

Zurückzuführen sind die hohen Steigerungsraten im Vermietungsbereich auf den im Jahre 1989 eingeführten 3. Förderungsweg: alle bewilligten Wohnungen in Wohngebäuden ohne Eigentumswohnungen sollen 1990 dem Mietwohnungsmarkt zugeführt werden. Der 2. Förderungsweg hatte 1990 auf die Anzahl der bewilligten Mietwohnungen keinerlei Einfluß, da alle Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern selbst genutzt werden und Bewilligungen für den Mehrfamilienhausbau nicht erteilt wurden. Im 1. Förderungsweg beabsichtigten fast alle Bauherren, ihre insgesamt 2 440 Wohnungen in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern selbst zu nutzen. Die 1 241 bezuschußten Mehrfamilienhauswohnungen dagegen waren ausschließlich zur Vermietung bestimmt.

Quadratmeter-Mieten unter 7 DM im sozialen Wohnungsbau

Die Mieter der im Jahre 1990 bewilligten Sozialwohnungen werden im Vergleich zum freifinanzierten Wohnungsmarkt deutlich niedrigere Mieten zu zahlen

haben. In geförderten Mehrfamilienhäusern mit Mietwohnungen errechnete sich für alle Wohnungen eine Durchschnittsmiete von 6,20 DM je m². Der Mietpreis für die im 1. bzw. 3. Förderungsweg geförderten Einheiten lag mit 6,12 DM bzw. 6,27 DM je Quadratmeter Wohnfläche nur unwesentlich unter bzw. über dem Mittelwert aller geförderten Mietwohnungen. Bei der Einteilung nach Mietgrößeklassen fällt auf, daß Quadratmeter-Mieten von 7 DM und mehr nicht vertreten sind. In der Größenklasse von 6 bis unter 6,50 DM waren 68 % aller Mieten. Dieser Prozentsatz errechnet sich sowohl für die geförderten Wohnungen insgesamt als auch für die im 1. und 3. Förderungsweg geförderten Mietwohnungen. Zwischen 5,50 bis unter 6 bzw. 6,50 bis unter 7 DM je m² kostete der Wohnraum bei je rund 15 % der Mietwohnungen.

Im Vergleich zu den Mieten waren die Belastungen je Quadratmeter Wohnfläche in Eigentumswohnungen und eigengenutzten Familienheimen höher. Hier hatten die Bauherren bei allen geförderten Wohnungen im Schnitt 9,32 DM monatlich je m² aufzubringen. Im 1. Förderungsweg beträgt die Durchschnittsbelastung 9 DM, im 2. Förderungsweg 10,28 DM je m². Im 3. Förderungsweg, bei dem der Eigennutzungsgrad der Mehrfamilienhauswohnungen sehr gering ist, errechneten sich für die Bauherren monatliche Belastungen von 6,94 DM je m² Wohnfläche.

Rund zwei Drittel der Bewilligungen im ländlichen Raum

Von den insgesamt 4 777 geförderten Sozialwohnungen des Jahres 1990 lagen 2 965 (62 %) in den rheinland-pfälzischen Landkreisen, 1 812 (38 %) in den kreisfreien Städten des Landes.

Streuung der Mieten (Belastungen) für geförderte Wohnungen 1990 nach Förderungswegen

Monatliche Miete Belastung	Insgesamt		davon					
			1. Förderungsweg		2. Förderungsweg		3. Förderungsweg	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Mietwohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen ¹⁾	2 501	100	1 198	100	–	–	1 303	100
davon mit monatlicher Miete je m ² Wohnfläche von . . . DM								
unter 4,00	–	–	–	–	–	–	–	–
4,00 bis unter 4,50	4	0,2	4	0,3	–	–	–	–
4,50 bis unter 5,00	–	–	–	–	–	–	–	–
5,00 bis unter 5,50	38	1,5	35	2,9	–	–	3	0,2
5,50 bis unter 6,00	370	14,8	331	27,6	–	–	39	3,0
6,00 bis unter 6,50	1 704	68,1	818	68,3	–	–	886	68,0
6,50 bis unter 7,00	385	15,4	10	0,8	–	–	375	28,8
7,00 und mehr	–	–	–	–	–	–	–	–
Durchschnittliche Miete je m ² (DM)	6,20	–	6,12	–	–	–	6,27	–
Eigentumswohnungen und eigen- genutzte Wohnungen in Familienheimen	1 706	–	1 087	–	541	–	78	–
Durchschnittliche Belastung je m ² (DM)	9,32	–	9,00	–	10,28	–	6,94	–

1) Ohne Wohnheime.

Im bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz wurden 2 116 Wohnungen gefördert (44 %), im Regierungsbezirk Koblenz 1 966 (41 %) und im Bezirk Trier 695 (15 %). Gemessen an der Einwohnerzahl (Stand 30. Juni 1990) ergab sich die umgekehrte Reihenfolge. Im Regierungsbezirk Trier wurden je 10 000 Einwohner 14,4 Sozialwohnungen bewilligt, im Bezirk Koblenz 14,2 und in Rheinhessen-Pfalz 11,4 Wohnungen. Für Rheinland-Pfalz errechneten sich je 10 000 Einwohner 12,8 bewilligte Wohnungen.

Kinderreiche Familien erwarben 158 Gebäude

Neben dem Bau neuer Sozialwohnungen kann auch der Erwerb von bereits bestehenden Wohnungen für kinderreiche Familien mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert werden. Im Jahre 1990 erwarben solche Familien 158 Wohngebäude, darunter 149 Einfamilienhäuser.

Die Finanzierungsmittel waren mit insgesamt gut 32 Mill. DM veranschlagt. Rund 11 Mill. DM stammten aus öffentlichen Haushalten, 13,6 Mill. DM waren Kapitalmarktmittel und 7,6 Mill. DM sonstige. Für die 149 Einfamilienhäuser mußten 29 Mill. DM aufgebracht werden. Rund ein Drittel des Finanzierungsvolumens wurde durch Bundes- bzw. Landesmittel gedeckt. Im vorangegangenen Berichtsjahr kauften kinderreiche Familien unter Einsatz öffentlicher Gelder insgesamt 98 Wohngebäude, 90 davon waren Einfamilienhäuser. Die bereitgestellten öffentlichen Mittel lagen 1989 beim Erwerb von Wohnungen mit knapp 7 Mill. DM um 61 % unter dem 1990 zur Verfügung gestellten Betrag (11 Mill. DM).

Mischförderung dominierende Förderungsart

Nach der Förderungsart sind in der Bewilligungsstatistik die Förderung durch Kapitalhilfen, die Förderung durch objektbezogene Beihilfen und die Mischförderung zu unterscheiden. Objektbezogene Beihilfen dienen zur Deckung laufender Aufwendungen einschließlich der für die Finanzierung zu entrichtenden Zinsen und Tilgungen (vgl. § 42 Abs. 1 und § 88 II. WoBauG). Im Rahmen der Statistik werden nur die vom Bund und Land gewährten Fördermittel nachgewiesen. Der Nachweis beschränkt sich auf die ausgezahlte erste Jahresrate.

Von den insgesamt 4 777 bezuschußten Wohnungen wurde 1990 der größte Teil (3 320 Wohnungen) sowohl mit Kapitalhilfen als auch mit objektbezogenen Beihilfen (Mischförderung) gefördert. 1 386 Wohnungen wurden ausschließlich mit objektbezogenen Beihilfen subventioniert. Kapitalhilfen allein erhielten die Bauherren für 71 Wohnungen.

Rund 30 % der Wohnungen zweckgebunden

Bei 1 407 Wohnungen war die erteilte Bewilligung für einen bestimmten Nutzerkreis reserviert. So sollen 591 Wohnungen für kinderreiche Familien errichtet werden, 551mal war der Wohnraum für Zugewanderte aus der ehemaligen DDR und für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern bestimmt. 130 Wohnungen wurden für ältere Menschen bewilligt, 119 Einheiten für junge Ehepaare und 16 Wohnungen für Schwerbehinderte.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Handel mit Polen

Die Staaten Mittel- und Osteuropas befinden sich im Umbruch, sie strukturieren ihre politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse neu und wenden sich verstärkt den westeuropäischen Ländern zu. Die Wirtschaftsgemeinschaft osteuropäischer Staaten, die sich im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) organisiert hatte, existiert nicht mehr. Dadurch und mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 gewinnen auch die Beziehungen des vereinten Deutschlands zum Nachbarn Polen eine neue Dimension.

Statistische Informationen zu Polen

Die Republik Polen ist bei einer Fläche von annähernd 313 Tsd. Quadratkilometern und 38,4 Mill. Einwohnern im Jahre 1990 im Durchschnitt mit 123 Einwohnern je Quadratkilometer bevölkert im Vergleich zu 188 in Rheinland-Pfalz. Die Pkw-Dichte Polens lag 1989 mit 127 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner vergleichsweise niedrig (Rheinland-Pfalz: 506 Fahrzeuge). Polen, ein bedeutender Ostseeanrainer, grenzt im Osten an die Sowjetunion, im Süden an die Tschechoslowakei und

im Westen an die Bundesrepublik Deutschland. Weichsel und Oder sind die bedeutendsten Flüsse des Landes. Die größten Städte des Landes sind die Hauptstadt Warschau mit 1,65 Mill. Einwohnern sowie Lodz, Krakau, Posen und Danzig. Hauptgewerbebezweige der Industrie sind die Textilindustrie um Lodz, die Maschinenindustrie in Oberschlesien, die Kraftfahrzeugproduktion in Warschau und Lublin sowie Hüttenwerke in Oberschlesien, Nowa Huta, Radom, Kielce und Tschenschau. Bedeutend sind zudem der petrochemische Sektor, die Steinkohlenförderung und die Rohstahlerzeugung. Des weiteren verfügt Polen über Zink-, Blei- und Steinsalzvorkommen.

Wichtige Erzeugnisse der Landwirtschaft sind Weizen, Roggen, Kartoffeln und Zuckerrüben. Im Bereich der tierischen Produktion sind Rinder- und Schweinezucht zu nennen. Nach der durchschnittlichen Netto-Lebensmittelversorgung der Jahre 1986/88 kann Polen 131 % seines Ernährungsbedarfs decken. Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand: 2. Oktober 1990) und die ehemalige DDR mit Berlin (Ost) lag der Wert bei 132 bzw. 147 % des Bedarfs. In Polen arbeiteten 21,5 % aller Erwerbspersonen 1989 in der Landwirtschaft. Von den Erwerbsperso-

Statistische Informationen über Polen

Gebiet	Einheit		
Gesamtfläche	km ²	1990: 312 683	
Bevölkerung			
Gesamtbevölkerung	1 000	1980: 35 578	1990: 38 423
Bevölkerungsdichte	Einwohner je km ²	113,8	122,9
Lebenserwartung bei der Geburt	Jahre	1965: 69	1988: 72
Gesundheitswesen			
Krankenhausbetten	je 10 000 Einwohner	1980: 71,6	1989: 69,7
Ärzte	je 10 000 Einwohner	22,5	20,9
Zahnärzte	je 10 000 Einwohner	6,4	6,4
Bildungswesen			
Schüler bzw. Studenten an allgemeinbildenden Schulen	1 000	1980/81: 4 602	1989/90: 5 623
berufsbildenden Schulen	1 000	749	823
Fach- und Fachmittelschulen	1 000	1 044	862
Hochschulen	1 000	454	361
Erwerbstätigkeit			
Erwerbstätige	1 000	1980: 17 875	1988: 17 705
materielle Produktion	%	83,6	80,7
produzierendes Gewerbe	%	38,9	37,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			
Ackerland	1 000 ha	1982: 14 484	1989: 14 414
Index der landwirtschaftlichen Produktion 1979/81 D = 100		1985: 110	115
Rinderbestand	1 000	1980: 11 337	10 277
Holzeinschlag	1 000 m ³	20 966	1988: 22 848
Fangmengen der Fischerei	1 000 t	1983: 735	1987: 671
Produzierendes Gewerbe			
Index der Bruttoproduktion der Industrie 1980 = 100		1985: 100	1989: 113
Elektrizitätserzeugung	Mrd. kWh	1980: 121,9	145,5
Steinkohlegewinnung	Mill. t	193,1	177,6
Produktion von Zement	Mill. t	18,4	17,1
Rohstahl	Mill. t	19,5	15,1
Außenhandel			
Einfuhr	Mrd. US-\$	1983: 10,0	1988: 12,2
Ausfuhr	Mrd. US-\$	11,0	14,0
Verkehr und Nachrichtenwesen			
Streckenlänge der Eisenbahn	km	1980: 27 185	1989: 26 644
Straßenlänge	1 000 km	254,1	1985: 253,9
Pkw je 1 000 Einwohner	Anzahl	66,7	1989: 127,4
Fernsehteilnehmer	je 10 000 Einwohner	2 226	2 651
Reiseverkehr			
Eingereiste Auslandsgäste	1 000	1980: 7 080	1989: 8 233
Deviseneinnahmen	Mill. US-\$	1984: 101	1988: 193
Geld und Kredit			
offizieller Kurs, Verkauf	Zl für 1 DM	JE 1986: 101,33	März 1990: 5 674,00
Öffentliche Finanzen			
Staatshaushalt, Einnahmen	Mrd. Zl	1985: 4 043	1989: 30 090
Ausgaben	Mrd. Zl	4 079	33 686
Auslandsschulden (netto)	Mrd. US-\$	1980: 23,5	37,6
Preise			
Preisindex für die Lebenshaltung	1985 = 100	1984: 87	1989: 812
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen			
produziertes Nationaleinkommen	Mrd. Zl	1980: 1 992	1988: 24 995

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Staaten Mittel- und Osteuropas 1991.

nen in den westlichen Bundesländern waren 1989 hin- gegen 3,8 % in der Landwirtschaft tätig.

Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate 1980 / 88 betrug 30,5 %, womit der Preisindex für die Lebens- haltung im Jahresmittel 1989 den Wert von 3 196 (1980 = 100) erreicht. Polen weist auch Ende 1989 / Anfang 1990 eine hohe Inflationsrate auf, die jedoch im Jahres- verlauf 1990 sank. Das Bruttosozialprodukt zu Markt- preisen bezifferte sich 1988 nach Berechnungen der Weltbank nominal auf 1 850 US-Dollar je Einwohner. In

den westlichen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Größenordnung um das Neunfache (18 530 US-Dollar je Einwohner) übertrof- fen.

Der Außenhandel von Polen

Die polnische Außenhandelsentwicklung kennzeich- nete sich in den 80er Jahren insgesamt durch einen Ausfuhrüberschuß, der 1988 bei Exporten im Wert von 14 Mrd. US-Dollar rund 1,7 Mrd. US-Dollar betrug. Im

Jahre 1988 machten Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel 37 % der polnischen Einfuhren und annähernd 53 % der polnischen Ausfuhren aus. Die zweitstärkste Warengruppe waren Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle mit 31 % aller Einfuhren, aber lediglich 18 % aller Ausfuhren.¹⁾

1988 importierte Polen aus anderen RGW-Ländern Waren im Wert von gut 5 Mrd. US-Dollar (darunter Sowjetunion: 2,5 Mrd. US-Dollar); der Warenwert der EG-Lieferungen betrug knapp 3 Mrd. US-Dollar (darunter Bundesrepublik Deutschland: 1,4 Mrd. US-Dollar). Aus den Vereinigten Staaten wurden für insgesamt 207 Mill. US-Dollar Güter bezogen. Die polnischen Exporte in RGW-Länder summierten sich 1988 auf 4,9 Mrd. US-Dollar (darunter Sowjetunion: 2,9 Mrd. US-Dollar). Weiterhin lieferte Polen Güter an die EG für 3,4 Mrd. US-Dollar (darunter Bundesrepublik Deutschland: 1,6 Mrd. US-Dollar) und in die USA für 311 Mill. US-Dollar.

Polen erwirtschaftete auch 1990 einen deutlichen Handelsüberschuß. Der Überschuß ist jedoch weniger auf einen verstärkten Export als auf Einschnitte beim Import zurückzuführen. Diese Importrestriktionen spiegeln sich 1990 auch in den rheinland-pfälzischen Warenexporten nach Polen wider. Die Bundesrepublik Deutschland bezieht aus Polen hauptsächlich NE-Metalle, Bekleidung und Bekleidungszubehör, Eisen und Stahl sowie Gemüse und Früchte und exportiert vornehmlich Maschinen, Getreide und Getreideerzeugnisse, Garne und Spinnstoffzeugnisse sowie Straßenfahrzeuge.

Gegenstand und Rechtsgrundlagen der Außenhandelsstatistik

Im folgenden wird der grenzüberschreitende Warenverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Polen erörtert, der mit Hilfe der Außenhandelsstatistik sehr differenziert abgebildet werden kann.

Gegenstand der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland ist der grenzüberschreitende Warenverkehr des Erhebungsgebietes mit dem Ausland, differenziert nach Bundesländern. Die Erfassung des Ursprungs- und Zielbundeslandes trägt dem fundamentalen wirtschaftspolitischen Interesse der Bundesländer an regionalisierten Daten Rechnung.

Die Rechtsgrundlagen der Außenhandelsstatistik sind:

- das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) in der Fassung vom 22. Januar 1987 (Bundesgesetzblatt I, S. 462, 565), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (Bundesgesetzblatt I, S. 2837),
- das Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz – AHStatGes) vom 1. Mai 1957 (Bundesgesetz-

blatt I, S. 413) geändert durch Artikel 9 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (Bundesgesetzblatt I, S. 294),

- die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik – AHStatDV) in der Fassung vom 8. Februar 1989 (Bundesgesetzblatt I, S. 203) geändert durch die achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 20. November 1989 (Bundesgesetzblatt I, S. 2042),
- ferner die in Titel I-Abschnitt D des Merkblattes zum Einheitspapier aufgeführten EG-Rechtsgrundlagen (vgl. Bekanntmachung über das Merkblatt zum Einheitspapier vom 23. Oktober 1987 im Bundesanzeiger vom 12. November 1987, Nr. 213 a).

Darstellungsformen des Außenhandels

Bei einer Erörterung von Außenhandelsdaten auf Bundesländerebene sind die unterschiedlichen Darstellungsformen des Außenhandels von Bedeutung. Der grenzüberschreitende Warenverkehr wird in der Außenhandelsstatistik als Generalhandel, als Spezialhandel oder als Durchfuhr nachgewiesen.

Die Ausfuhr nach der Darstellungsform des Spezialhandels auszuweisen, ist in den Statistischen Ämtern der Bundesländer gängige Praxis. Hierbei wird der unmittelbare Export von Waren aus dem freien Verkehr berücksichtigt. Dagegen wird der Import in der Regel nach der Abgrenzung des Generalhandels ausgewiesen, wobei neben der unmittelbaren Einfuhr auch die Einfuhr auf Lager erfaßt wird. Grundsätzlich dokumentiert der Spezialhandel den Warenverkehr an der Grenze des Zollinlandes, während der Generalhandel

Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und Polen
1980 bis 1990

Jahr	Einfuhr ¹⁾	Ausfuhr ²⁾	Außenhandels- volumen (Ein- u. Ausfuhr)
	Mill. DM		
1980	43,2	142,6	185,8
1981	49,4	75,6	125,0
1982	36,0	109,9	145,9
1983	32,8	105,0	137,7
1984	47,4	128,3	175,7
1985	31,2	159,8	191,0
1986	50,3	144,6	194,9
1987	52,6	178,0	230,6
1988	55,3	190,4	245,7
1989	77,6	219,4	297,1
1990	129,8	173,3	303,1

1) Die Warenstruktur des polnischen Außenhandels basiert hierbei auf den fünf Hauptgruppen der Klassifizierung nach der „Einheitlichen Außenhandels-Nomenklatur der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“.

1) Generalhandel. – 2) Spezialhandel.

Exporte nach Polen in den Jahren 1980, 1989 und 1990 nach Warengruppen
und ausgewählten Warenuntergruppen

Warengruppe Warenuntergruppe	1980	1989	1990	Veränderung 1990 gegenüber 1980
	1 000 DM			%
Ernährungswirtschaft	3 634,4	16 049,4	7 126,8	96,1
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	260,6	77,5	647,2	148,4
darunter Fleisch- und Fleischwaren	97,6	77,5	258,1	164,5
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	3 200,4	4 090,0	2 209,5	- 31,0
darunter Weizen	-	1 864,0	452,5	X
Genußmittel	173,5	11 881,9	4 270,0	X
darunter Wein	107,9	11 860,0	3 700,0	X
Gewerbliche Wirtschaft	138 934,4	203 385,3	166 200,0	19,6
Rohstoffe	150,1	349,9	663,6	341,9
darunter Steine und Erden	96,0	49,9	208,2	117,3
Halbwaren	1 473,5	3 079,2	3 694,1	150,7
darunter Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	55,5	293,4	849,0	X
sonstige chemische Halbwaren	341,1	1 786,0	1 228,4	260,1
Vorerzeugnisse	73 513,3	57 624,5	48 531,8	- 34,0
darunter Leder	6,5	780,0	7 676,3	X
Kunststoffe	27 524,0	23 832,4	14 232,4	- 48,3
Teerfarbstoffe	13 839,6	10 119,1	5 127,0	- 63,0
sonstige chemische Vorerzeugnisse	22 786,0	10 566,5	9 447,9	- 58,5
Enderzeugnisse	63 797,5	142 332,0	113 310,5	77,6
darunter Papierwaren	599,1	5 500,4	1 794,0	1 994
Kautschukwaren	91,3	2 409,4	1 913,2	X
Textil-, Lederindustriemaschinen	3 011,0	12 536,2	8 907,0	195,8
Pumpen, Druckluftmaschinen	1 328,0	8 772,5	13 930,7	949,0
Kunststoffwaren	537,3	7 826,3	6 073,0	X
pharmazeutische Erzeugnisse	5 195,6	38 883,0	16 568,0	218,9
sonstige chemische Erzeugnisse	31 719,3	25 284,0	16 823,0	- 47,0
Kraftfahrzeuge	8 924,6	11 445,0	5 682,0	- 36,3
I n s g e s a m t	142 568,8	219 435,0	173 326,8	21,6

die Warenströme an der Grenze des Erhebungsgebietes registriert. Der Generalhandel umfaßt den grenzüberschreitenden Warenverkehr, der sich nach Abzug der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs ergibt.

1990 deutlich abnehmender Ausfuhrüberschuß

Der rheinland-pfälzische Außenhandel mit Polen schloß 1990 mit dem Exportwert von 173,3 Mill. DM und dem Importwert von 129,8 Mill. DM ab. Gegenüber dem Vorjahr errechnen sich Veränderungsraten im Export von - 21 % und im Import von + 67 %, so daß der Ausfuhrüberschuß von 141,8 Mill. DM im Jahre 1989 auf 43,5 Mill. DM im Jahre 1990 zurückging. 1980 hatte Rheinland-Pfalz noch Waren im Wert von 43,2 Mill. DM eingeführt und einen Ausfuhrwert von 142,6 Mill. DM erzielt. Trotz rückläufiger Im- und Exportgeschäfte, insbesondere zu Beginn der 80er Jahre, stieg das Außenhandelsvolumen von 185,8 Mill. DM 1980 auf 303,1 Mill. DM im Jahre 1990.

Der Export ernährungswirtschaftlicher Güter sank vornehmlich durch den Rückgang der Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Weinen (- 69 %) von 1989 auf 1990 insgesamt um 56 %. Im Jahre 1989 erreichte der Weinexport einen Wert von 11,9 Mill. DM, ein Jahr später 3,7 Mill. DM. Bei Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs gingen die Lieferungen fast um die Hälfte (- 46 %) auf 2,2 Mill. DM zurück.

Seit 1980 Exportrückgang bei Vorerzeugnissen

Im Jahre 1990 wurden gegenüber dem Vorjahr 90 % mehr Rohstoffe nach Polen geliefert, wobei Steine und Erden vom Wert her annähernd ein Drittel (31,4 %) ausmachten. Während mehr Halbwaren (+ 20 %) ausgeführt wurden, sank der Wert der Vorerzeugnisse gegenüber 1989 um 16 % auf 48,5 Mill. DM. Bei Vorerzeugnissen, zu denen Kunststoffe, Teerfarbstoffe und sonstige chemische Vorerzeugnisse zählen, ist bereits seit 1980 ein Exportrückgang (- 34 %) zu verzeichnen. Indes gab es bei den Lieferungen von Leder (7,7 Mill. DM) starke Zuwächse. Unter der Position „sonstige chemische Vorerzeugnisse“ werden u.a. Wasserstoff, Alkalimetalle, Halogenderivate, Alkohole, Karbonsäuren und etherische Öle zusammengefaßt.

Die Exporte von Enderzeugnissen konnten 1990 das Vorjahresergebnis nicht behaupten. Sie beliefen sich auf 113,3 Mill. DM (- 20 % gegenüber 1989). Herausragend waren hier die sonstigen chemischen Erzeugnisse (16,8 Mill. DM; - 34 %), pharmazeutischen Erzeugnisse (16,6 Mill. DM; - 57 %), Pumpen und Druckluftmaschinen (13,9 Mill. DM; + 59 %) sowie Textil- und Lederindustriemaschinen (8,9 Mill. DM; - 29 %). Als „sonstige chemische Erzeugnisse“ gelten beispielsweise Insektizide, Additive für Mineralöle und Bindemittel. Längerfristig konnte seit 1980 die Ausfuhr von Enderzeugnissen um 78 % gesteigert werden. Der Anteil der Enderzeugnisse an den gesamten rheinland-pfälzischen Ausfuhren hat sich von 45 % im Jahre 1980 auf 65 % im Jahre 1990 erhöht.

Stark expandierende Lederimporte 1990

Die Importergebnisse für Vorerzeugnisse lassen in den 80er Jahren auf meist florierende Geschäfte schließen. Die Einfuhren im Jahre 1989 beliefen sich auf 18 Mill. DM. Der Warenwert stieg seit 1980 fast auf das Doppelte (+ 97 %). Von 1989 auf 1990 wurde der Wert importierter Vorerzeugnisse dann sogar mehr als verdoppelt (+ 114 %; 38,6 Mill. DM), wobei insbesondere mit sonstigen chemischen Vorerzeugnissen (+ 159 %; 21,5 Mill. DM) und Leder (+ 686 %; 4,4 Mill. DM) überdurchschnittlich hohe Importergebnisse erzielt wurden.

Der Anteil der Enderzeugnisse an den Importen insgesamt lag 1980 bei einem Fünftel und erhöhte sich bis 1990 auf mehr als drei Fünftel, wobei im letztgenannten Jahr Enderzeugnisse für 76,2 Mill. DM nach Rheinland-Pfalz gelangten. Gegenüber 1989 beträgt der Zuwachs 67 %. Ein starkes Einfuhrwachstum wurde vornehmlich bei Lederschuhen (+ 290 %; 22,3 Mill. DM), Kleidung aus Seide und Chemiefasern (+ 194 %; 11,3 Mill. DM) sowie bei Holzwaren (+ 172 %; 4,8 Mill. DM) registriert; hingegen blieben die Kraftfahrzeugimporte (- 74 %; 2,1 Mill. DM) deutlich rückläufig.

56 % der ernährungswirtschaftlichen Importe sind Obst und Gemüse

Aus Polen wurden im Jahre 1990 für 4 Mill. DM (+ 32 % gegenüber 1989) Güter der Ernährungswirtschaft importiert. Hierbei wurden für Nahrungsmittel

Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und ausgewählten osteuropäischen Ländern im 1. Halbjahr 1990 und 1991

Land	Ausfuhr ¹⁾		Einfuhr ²⁾	
	1. Halbjahr 1991	Veränderung gegenüber 1. Hj. 1990	1. Halbjahr 1991	Veränderung gegenüber 1. Hj. 1990
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Sowjetunion	191,8	- 52,4	61,3	- 28,5
Polen	112,0	64,4	87,6	74,9
Tschechoslowakei	82,8	7,6	62,6	21,4
Ungarn	127,4	19,6	90,2	8,2
Rumänien	19,6	- 56,6	15,6	- 23,9
Bulgarien	16,0	- 38,0	8,6	28,0

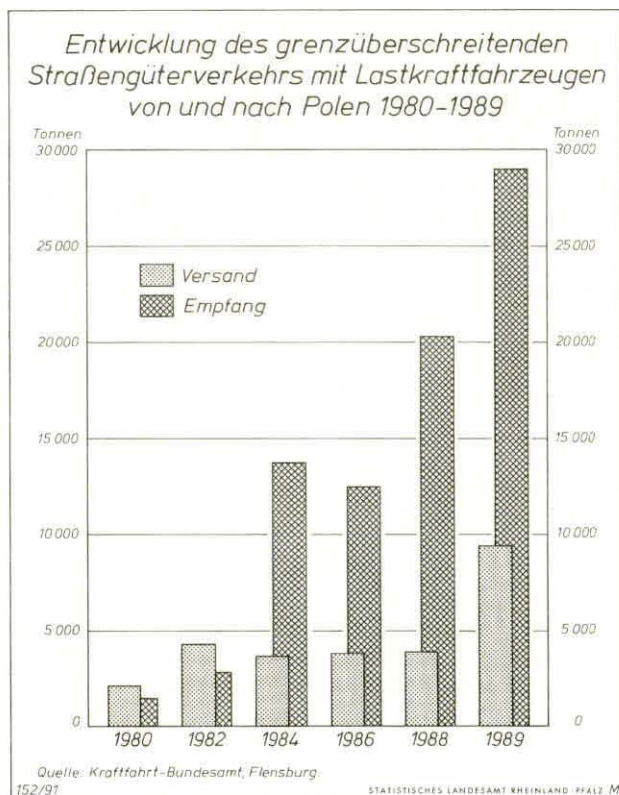
1) Spezialhandel. - 2) Generalhandel.

pflanzlichen Ursprungs 3,1 Mill. DM erzielt. In dieser Warengruppe erreichten Obst (1,4 Mill. DM) sowie Gemüse und sonstige Küchengewächse (866 Tsd. DM) zusammen einen Anteil von 56 % an allen ernährungswirtschaftlichen Güterimporten. Von 1980 bis 1990 wurde im Bereich der Ernährungswirtschaft ein Importwachstum von 85 % registriert.

Bei der Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft im Wert von 125,8 Mill. DM (+ 69 % gegenüber 1989) spielen Rohstoffeinfuhren für 2,9 Mill. DM eine untergeordnete Rolle. Mit einem Anteil von einem Drittel

Importe aus Polen in den Jahren 1980, 1989 und 1990 nach Warengruppen und ausgewählten Warenuntergruppen

Warengruppe Warenuntergruppe	1980	1989	1990	Veränderung 1990 gegenüber 1980
	1 000 DM			%
Ernährungswirtschaft	2 190,0	3 059,5	4 041,7	84,5
Lebende Tiere	-	159,2	302,4	X
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	-	205,8	619,1	X
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1 248,5	2 683,8	3 117,1	149,7
darunter Gemüse, sonstige Küchengewächse	305,5	655,4	866,4	183,6
Obst	314,6	1 585,0	1 384,5	340,1
Genußmittel	941,6	10,8	3,0	- 99,7
Gewerbliche Wirtschaft	41 011,2	74 569,3	125 771,2	206,7
Rohstoffe	15 614,0	1 091,2	2 890,1	- 81,5
darunter Bettfedern	1 370,0	504,6	538,8	- 60,7
Steinkohle einschließlich Preßkohle	1 330,3	-	553,7	- 58,4
Steine und Erden	-	549,9	1 196,8	X
Halbwaren	7 445,4	9 704,7	8 074,9	8,5
darunter Blei	-	2 953,8	2 626,7	X
sonstige chemische Halbwaren	5 088,6	6 102,5	2 064,0	- 59,4
Vorerzeugnisse	9 144,9	18 007,1	38 581,5	321,9
darunter Leder	-	558,9	4 393,8	X
Kunststoffe	220,2	4 235,4	5 708,3	X
sonstige chemische Vorerzeugnisse	4 333,3	8 293,6	21 484,7	395,8
Enderzeugnisse	8 807,0	45 766,3	76 224,7	765,5
darunter Schuhe aus Leder	32,7	5 717,2	22 267,5	X
Holzwaren	714,0	1 758,0	4 788,5	570,6
sonstige Eisenwaren	1 825,5	6 933,4	6 960,2	281,3
elektrotechnische Erzeugnisse	948,7	6 743,4	6 711,8	607,5
Kraftfahrzeuge	11,0	7 891,2	2 072,6	X
Insgesamt	43 201,2	77 628,8	129 812,9	200,5



stellt Blei bei Halbwarenimporten im Wert von insgesamt 8,1 Mill. DM mittlerweile die wichtigste Unterposition dar, da 1990 deutlich weniger sonstige chemische Halbwaren (– 66 % bei 2,1 Mill. DM) eingeführt wurden als noch 1989. Zu „sonstigen chemischen Halbwaren“ zählen u.a. anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, Kohlenwasserstoffe und Eiweißstoffe.

Im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern weist der Außenhandel mit Polen im ersten Halbjahr 1991 die stärkste Dynamik auf

Nach Polen wurden im ersten Halbjahr 1991 Waren im Wert von 112 Mill. DM exportiert. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung um 64 %. Die Importe aus Polen stiegen um 75 % auf 87,6 Mill. DM. Im Vergleich zu anderen osteuropäi-

schen Ländern weist der Außenhandel mit Polen somit momentan die größte Dynamik auf.

In den Wirtschaftsraum der ehemaligen europäischen Staatshandelsländer, zu denen neben der Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien auch Albanien zählte, exportierte Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 1991 Waren für insgesamt 553,6 Mill. DM und blieb dabei um 24 % unter dem Betrag im ersten Halbjahr 1990. Die Importe aus diesen Staaten ergaben indes ein Plus von 9,2 %, so daß Rheinland-Pfalz mit Waren im Wert von 326,7 Mill. DM beliefert wurde.

Im grenzüberschreitenden Gütertransport dominiert noch der Eisenbahnverkehr; Straßenverkehr erzielt höchste Zuwachsraten

Im grenzüberschreitenden Güterverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Polen wurden 1989 im Eisenbahnverkehr 42 Tsd. Tonnen befördert. Neben diesem Güterumschlag wurden im Straßenverkehr 38,4 Tsd. Tonnen transportiert, im Binnenschiffsverkehr 4,5 Tsd. Tonnen. Somit wurden im Güterverkehr mit Polen 1989 insgesamt 84,9 Tsd. Tonnen umgeschlagen, 1987 waren es 62,1 Tsd. Tonnen.

Der Anteil des Straßenverkehrs am gesamten grenzüberschreitenden Güterverkehr stieg – gemessen am Transportgewicht – von 38 % im Jahre 1987 auf 45 % im Jahre 1989. Dagegen sank der Anteil des Eisenbahnverkehrs von 57 % auf 49 %. Indes wurde die per Lastkraftfahrzeug transportierte Gütermenge im Versand mehr als verdoppelt (+ 117 %), und im Empfang stieg sie um 51 %. Im Eisenbahnverkehr lagen die entsprechenden Zuwachsraten bei + 27 bzw. + 12 %.

Die längerfristige Entwicklung seit 1980 verdeutlicht, daß Rheinland-Pfalz seit 1983 stets mehr Güter per Lastwagen empfängt als es per Lastwagen nach Polen liefert. Der grenzüberschreitende Güterumschlag auf der Straße in Höhe von 3,6 Tsd. Tonnen (Versand: 2,1 Tsd. Tonnen; Empfang: 1,4 Tsd. Tonnen) im Jahre 1980 stieg bis 1989 mit 38,4 Tsd. Tonnen (Versand: 9,4 Tsd. Tonnen; Empfang: 29 Tsd. Tonnen) fast auf das Elffache.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 670	...	3 732	3 739	3 746
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 022	2 097 ^p	3 233 ^p	2 515 ^p	3 652 ^p	3 761 ^p	2 578 ^p	2 384 ^p	3 462 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,7 ^p	10,4 ^p	7,9 ^p	11,5 ^p	11,8 ^p	8,4 ^p	7,5 ^p	10,9 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 304	3 561 ^p	3 320 ^p	3 914 ^p	3 990 ^p	3 528 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	11,4 ^p	10,7 ^p	12,3 ^p	12,6 ^p	11,1 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 545	3 651 ^p	3 407 ^p	3 497 ^p	3 587 ^p	3 591 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,7 ^p	10,9 ^p	11,0 ^p	11,3 ^p	11,3 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	25	29 ^p	24 ^p	21 ^p	30 ^p	25 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	7,7	8,1 ^p	7,3 ^p	5,7 ^p	7,9 ^p	6,9 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 241	- 90 ^p	- 87 ^p	417 ^p	403 ^p	- 63 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,3 ^p	- 0,3 ^p	1,3 ^p	1,3 ^p	- 0,2 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 078	...	11 823	14 752	15 536
* Fortgezogene	Anzahl	6 795	...	6 633	7 727	8 613
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 283	...	5 190	7 025	6 923
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 448	...	10 468	11 813	12 376
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	101 666	93 064	90 126	92 458	86 963	76 857	79 911	83 431	78 532
* Männer	Anzahl	51 504	45 652	42 398	43 581	40 951	38 379	39 597	41 211	38 581
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 974	4 783	3 958	-	-	-	3 584	-	-
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	34 227	30 495	29 274	-	-	-	26 067	-	-
Arbeitslosenquote	%	6,9	6,3	6,1	6,2	5,8	5,0	5,2	5,5	5,1
Offene Stellen	Anzahl	11 481	13 956	14 750	14 854	13 541	18 919	19 483	19 951	21 657
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	-	-	943	-	-	-	1 317	-	-
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	-	-	5 576	-	-	-	5 826	-	-
Kurzarbeiter	Anzahl	4 833	4 227	5 395	4 776	4 595	5 794	4 642	1 859	6 461
Männer	Anzahl	3 620	3 289	4 226	3 911	3 679	4 357	3 359	1 301	4 782
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 014	14 754	13 425	13 215	15 567	15 611	14 130	13 872	14 904
* Rinder	t	4 151	4 786	4 366	3 877	5 369	6 080	4 974	4 682	5 592
* Kälber	t	21	26	14	14	20	42	33	36	38
* Schweine	t	9 703	9 788	8 926	9 192	10 030	9 368	8 981	9 059	9 147
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	71	69	75	76	72	76	73	71	69
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	95,8	95,9	95,0	95,5	96,1	95,9	95,1
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 581	2 614	2 584	2 604	2 614	2 665	2 665	2 662	2 658
* Beschäftigte	1000	373	386	372	387	391	393	394	396	398
* Arbeiter ⁸⁾	1000	254	263	253	264	267	267	268	269	271
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 617	35 196	36 254	31 801	36 187	34 846	35 067	33 236	35 994
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 497	1 608	1 527	1 561	1 580	1 727	1 757	1 695	1 663
* Löhne	Mill. DM	854	917	864	909	925	1 009	973	993	969
* Gehälter	Mill. DM	643	691	663	652	655	719	784	702	694
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 976	8 555	8 393	8 340	8 515	8 922	9 232	9 257	8 795
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 142	3 133	3 062	2 999	2 901	2 973	3 045	3 096	2 758
* Exportquote ⁹⁾	%	39,4	36,6	36,5	36,0	34,1	33,3	33,0	33,4	31,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000 t SKE	248	257	274	.	.	.	257	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	1 000 m ³	674	672	632	.	.	.	662	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	150	131	121	.	.	.	113	.	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	66	56	73	.	.	.	66	.	.
* schweres Heizöl	1 000 t	84	75	48	.	.	.	48	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 100	1 121	1 118	1 108	1 146	1 120	1 120	1 131	1 153
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	202	198	161	160	163	201	184	173	182
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	116	116	110	123	116	118	114	116
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	115	119	120	116	122	118	120	120	115
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	105	110	119	116	126	122	127	125	128
Chemische Industrie	1985 = 100	118	122	123	120	123	120	121	124	114
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	111	112	103	121	105	106	97	101
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	80	120	123	124	157	95	87	90	91
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	93	91	90	75	84	94	97	79	83
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	111	103	118	123	126	116	133
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	67	63	48	47	77	52	45	48	73
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	115	131	121	126	157	148	147	162	162
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	399	421	373	356	312	412	379	302	379
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 394	2 484	3 066	2 845	2 984	3 208	3 244	3 193	3 500
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	878	883	1 521	1 440	1 391	1 730	1 796	1 717	2 030
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 888	1 994	1 892	1 734	1 879	1 732	1 800	1 752	1 818
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	413	419	327	286	269	373	332	298	315
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	91	...	88
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	158	...	167
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 288	61 218	62 601	62 052	62 500	61 234 ^p	62 147 ^p	61 692 ^p	61 892 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 393	31 745	35 949	31 459	31 766	30 771 ^p	35 824 ^p	31 145 ^p	31 046 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 422	14 907	12 339	15 998	15 734	15 714 ^p	11 853 ^p	16 187 ^p	16 143 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 071	7 077	7 352	6 807	8 281	7 209 ^p	7 544 ^p	6 996 ^p	8 039 ^p
Privater Bau	1 000	4 449	4 635	4 729	4 469	5 304	4 716 ^p	4 860 ^p	4 648 ^p	5 206 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 509	2 659	2 684	2 470	3 113	2 739 ^p	2 824 ^p	2 668 ^p	2 963 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	56	55	43	25	31	40 ^p	75 ^p	40 ^p	183 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 884	1 921	2 002	1 974	2 160	1 937 ^p	1 961 ^p	1 940 ^p	2 060 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 622	2 442	2 623	2 338	2 977	2 493 ^p	2 684 ^p	2 348 ^p	2 833 ^p
Hochbau	1 000	625	523	541	530	564	512 ^p	554 ^p	515 ^p	572 ^p
Tiefbau	1 000	1 997	1 919	2 082	1 808	2 413	1 981 ^p	2 130 ^p	1 833 ^p	2 261 ^p
Straßenbau	1 000	1 062	995	1 065	983	1 281	1 040 ^p	1 130 ^p	1 001 ^p	1 259 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	212	212	219	226	235 ^p	226 ^p	240 ^p	234 ^p
* Löhne	Mill. DM	161	173	173	182	188	193 ^p	180 ^p	198 ^p	193 ^p
* Gehälter	Mill. DM	35	39	39	37	38	42 ^p	46 ^p	42 ^p	41 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	661	689	663	702	731 ^p	801 ^p	778 ^p	806 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	837	933	1 089	1 086	1 015	876	1 099	1 046	922
* mit 1 Wohnung	Anzahl	653	670	757	791	729	601	731	743	637
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	125	164	210	177	179	158	216	164	151
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	100	122	118	107	117	152	139	134
* Umbauter Raum	1 000 m³	839	1 025	1 269	1 182	1 108	1 019	1 369	1 168	1 042
* Wohnfläche	1 000 m²	140	175	215	204	188	177	244	206	180
Wohnräume	Anzahl	6 482	8 100	9 971	9 631	8 619	8 099	11 451	9 368	8 377
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	274	345	432	396	375	355	492	416	374
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	8	2	3	3	6	8	2
Unternehmen	Anzahl	153	151	142	163	122	105	139	237	136
Private Haushalte	Anzahl	682	779	939	921	890	768	954	801	784
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	169	195	208	203	189	243	183	163
* Umbauter Raum	1 000 m³	828	915	758	994	911	718	1 490	1 044	689
* Nutzfläche	1 000 m²	137	144	125	172	137	117	238	161	107
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	148	177	156	171	168	163	324	274	131
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	24	25	25	28	35	35	40	27	27
Unternehmen	Anzahl	139	139	165	174	165	147	194	150	126
Private Haushalte	Anzahl	3	5	5	6	3	7	9	6	10
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 518	2 036	2 446	2 421	2 186	2 083	3 327	2 440	2 110
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	3 013	2 962	3 064	2 841	2 904	2 926
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 668	1 655	1 612	1 670	1 469	1 563	1 644
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	223	202	202	225	230	225
Dänemark	Mill. DM	45	45	47	37	46	47	53
Frankreich	Mill. DM	432	446	431	460	372	379	429
Griechenland	Mill. DM	29	30	33	30	24	32	26
Großbritannien	Mill. DM	314	285	272	342	266	252	260
Irland	Mill. DM	12	12	9	11	12	11	11
Italien	Mill. DM	274	273	284	255	169	257	263
Niederlande	Mill. DM	209	210	212	202	229	208	220
Spanien	Mill. DM	106	108	102	108	101	123	132
Portugal	Mill. DM	23	23	20	23	24	24	25
USA und Kanada	Mill. DM	204	205	212	212	214	190	213
Japan	Mill. DM	70	66	62	73	62	81	61
Entwicklungsländer	Mill. DM	351	397	385	448	403	425	349
Staatshandelsländer	Mill. DM	147	120	124	126	106	114	102
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 873	2 047	2 025	2 087	1 936	2 372	2 360
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 042	1 155	1 142	1 204	1 034	1 397	1 341
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	224	235	208	213	321	336
Dänemark	Mill. DM	26	30	26	36	28	39	33
Frankreich	Mill. DM	241	282	265	276	258	320	302
Griechenland	Mill. DM	8	8	8	7	8	9	7
Großbritannien	Mill. DM	88	96	94	98	94	102	102
Irland	Mill. DM	8	11	16	12	12	17	10
Italien	Mill. DM	177	195	200	232	143	215	198
Niederlande	Mill. DM	212	213	213	227	191	249	233
Spanien	Mill. DM	63	80	69	88	71	107	103
Portugal	Mill. DM	17	17	16	20	16	17	17
USA und Kanada	Mill. DM	146	142	144	142	146	167	188
Japan	Mill. DM	108	100	104	123	101	137	141
Entwicklungsländer	Mill. DM	266	287	271	280	342	324	325
Staatshandelsländer	Mill. DM	62	78	70	66	81	85	89

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	104	103 ^r	102	103	102	102	103
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113	119	114	116	120	124	121
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	98	107 ^r	107	108	108	112	112
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108	116	117	114	122	130	132
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	102	96	100	98	99	97	97
Teilbeschäftigte	1986 = 100	110	99	103	101	102	98	98
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	106	113	110	117	120	120
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	111	122	117	127	129	128
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	103	107	107	111	115	115
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	506	516	633	595	616	624	580
* Ausländer	1000	120	122	166	218	192	131	140
* Fremdenübernachtungen	1000	1 719	1 757	2 062	2 375	2 314	2 095	2 087
* Ausländer	1000	382	386	466	794	707	420	457
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 505	1 509	1 591	1 596	1 441
* Güterversand	1000 t	935	931	921	910	1 023
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 665	15 289	15 786	15 272	14 351	20 945	21 792	26 210	9 137
Krafträder	Anzahl	501	564	657	584	463	1 069	915	786	565
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 215	13 731	14 022	13 608	12 901	18 651	19 565	24 254	7 522
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	662	712	721	679	803	863	834	791
Zugmaschinen	Anzahl	202	197	248	192	193	213	238	175	153
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 594	10 466	10 768	9 385	10 938	10 303	10 123 ^p	9 451 ^p	10 321 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 651	1 601	1 837	1 659	1 941	1 606	1 684 ^p	1 724 ^p	1 946 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 943	8 865	8 931	7 726	8 997	8 697	8 439 ^p	7 727 ^p	8 375 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 194	2 496	2 287	2 703	2 101	2 321 ^p	2 265 ^p	2 595 ^p
* Getötete	Anzahl	42	44	65	51	62	37	39 ^p	39 ^p	41 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	41	27	44	15	19 ^p	13 ^p	15 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	14	14	8	9	9 ^p	11 ^p	14 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	5	4	4	2	4 ^p	7 ^p	6 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	6	4	2	5	8	5 ^p	6 ^p	5 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	606	575	670	653	737	597	629 ^p	594 ^p	745 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	348	336	376	331	396	299
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	110	97	148	150	163	148
Radfahrer	Anzahl	60	57	72	89	99	64
Fußgänger	Anzahl	70	64	51	52	52	74
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	56	57	52	56	74	75	63	71	58
Angemeldete Forderungen	1000 DM	22 644	21 884	26 162	11 498	36 836	33 193	34 239	50 898	56 282
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	1	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	454	356	414	414	341	333	331	382	357
* Wechselsumme	1000 DM	3 117	3 163	3 379	2 700	3 627	3 757	3 767	3 163	4 810

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	94 423	100 419	96 867	96 631	97 446	95 296	96 096	96 391	96 744
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	92 039	97 964	94 765	94 510	95 208	93 225	93 973	94 307	94 687
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 130	17 679	17 271	16 732	16 645	18 455	18 963	18 978	19 109
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 933	17 388	16 894	16 313	16 109	17 877	18 635	18 667	18 596
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	197	291	377	419	536	578	327	311	513
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 278	8 838	7 869	7 966	8 069	9 285	9 451	9 673	9 688
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 070	6 729	6 293	6 348	6 366	7 054	7 094	7 212	7 285
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 207	2 109	1 576	1 618	1 703	2 231	2 357	2 461	2 403
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	68 630	71 447	69 625	69 813	70 494	65 486	65 559	65 656	65 890
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	57 557	59 818	58 421	58 581	59 012	57 255	57 315	57 542	57 833
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 073	11 628	11 204	11 232	11 481	8 231	8 244	8 114	8 057
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	87 693	92 721	87 908	87 919	88 438	91 865	92 005	91 798	92 209
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 941	14 511	12 473	12 533	12 629	13 251	13 449	13 358	13 460
* Termineinlagen	Mill. DM	34 394	39 025	37 675	37 895	38 390	40 842	40 938	41 106	41 515
* Spareinlagen	Mill. DM	40 358	39 184	37 761	37 491	37 418	37 772	37 617	37 334	37 233
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 961	3 659	1 527	1 989	1 970	1 817	1 709	2 241	2 073
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 092	1 901	1 765	2 258	2 043	2 007	1 864	2 525	2 174
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 684 151	1 619 863	1 912 165	1 338 927	1 531 415	1 676 292	2 084 576	1 738 914	1 881 667
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	1 198 337	1 120 714	1 466 990	840 261	1 019 498	1 129 410	1 549 585	1 151 571	1 274 983
* Lohnsteuer	1 000 DM	810 867	812 781	597 613	671 151	1 022 525	1 077 313	730 454	834 034	1 195 825
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1 000 DM	147 927	148 868	–	–	407 758	423 433	–	–	479 997
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	129 669	115 837	380 872	– 42 635	– 70 130	– 43 396	429 865	9 784	– 5 080
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	42 405	41 749	23 539	246 301	25 895	29 159	24 549	265 609	21 817
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	215 397	150 346	464 966	– 34 556	41 208	66 334	364 717	42 144	62 421
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1 000 DM	4 580	19 563	–	–	46 424	50 286	–	–	63 362
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	485 813	499 150	445 175	498 666	511 917	546 882	534 991	587 343	606 684
* Umsatzsteuer	1 000 DM	304 982	339 379	292 029	343 245	331 622	356 851	361 909	417 545	411 949
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	180 832	159 771	153 146	155 421	180 295	190 031	173 082	169 798	194 735
* Zölle	1 000 DM	15 982	11 877	11 532	10 788	15 132	16 343	13 027	13 511	17 912
* Bundessteuern	1 000 DM	119 811	80 544	70 425	88 916	71 993	84 924	82 181	90 518	161 700
Kapitalverkehrssteuern	1 000 DM	2 501	1 859	1 453	2 382	3 133	1 518	887	891	2 124
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	115 073	76 260	66 962	84 473	66 641	80 971	79 011	86 374	114 068
* Landessteuern	1 000 DM	99 837	91 563	60 316	71 605	125 833	147 042	80 399	84 071	161 677
* Vermögensteuer	1 000 DM	24 161	21 432	1 287	5 039	58 090	61 655	4 650	6 336	58 844
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	48 635	42 963	30 387	41 869	40 671	43 326	41 995	47 102	69 474
* Biersteuer	1 000 DM	6 349	6 392	7 901	6 580	7 562	10 652	8 019	6 842	9 380

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	657 925	639 479	619 390	-	-	-	684 909 ^p	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 297	8 102	8 926	-	-	-	9 321 ^p	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 130	104 286	114 488	-	-	-	106 509 ^p	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	491 393	466 448	432 717	-	-	-	506 001	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	41 661	45 384	42 303	-	-	-	41 040	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	975 505	908 052	1 019 924	817 741	843 137	927 735	1 117 699	1 021 525	1 104 397
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 629	490 710	660 109	372 991	438 320	487 162	687 769	512 510	548 176
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	315 783	324 453	289 369	324 137	332 751	355 478	347 748	381 776	394 348
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	857 267	841 589	983 832	689 968	857 525	883 005	1 006 765	893 342	978 355
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	523 922	486 496	657 476	367 562	426 007	482 569	685 196	507 487	538 447
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	222 226	251 184	266 019	219 104	305 612	253 223	241 169	265 063	278 058
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	1 009 201	989 035	906 740	-	-	-	1 024 460 ^p	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	419 514	398 194	369 177	-	-	-	429 136	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	423 154	417 809	350 891	-	-	-	416 416	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1985 = 100	104,2	107,0	106,8	106,8	107,1	109,9	110,5	111,5	111,5
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	106,2	105,9	105,6	108,7	109,3	109,6	109,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1985 = 100	109,4	116,4	-	-	117,6	124,3	-	-	---
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	19,04	20,01	-	20,21	-	-	-	21,63	-
* Männliche Arbeiter	DM	19,94	20,97	-	21,16	-	-	-	22,64	-
* Facharbeiter	DM	20,94	22,05	-	22,27	-	-	-	23,76	-
* Angelernte Arbeiter	DM	19,19	20,15	-	20,35	-	-	-	21,92	-
* Hilfsarbeiter	DM	17,29	18,05	-	18,19	-	-	-	19,28	-
* Weibliche Arbeiter	DM	14,03	14,71	-	14,88	-	-	-	15,98	-
* Hilfsarbeiter	DM	13,95	14,60	-	14,82	-	-	-	15,86	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,5	39,9	-	39,9	-	-	-	39,4	-
* Männliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	-	40,2	-	-	-	39,7	-
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,9	38,4	-	38,3	-	-	-	38,1	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 731	4 942	-	4 948	-	-	-	5 312	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 251	4 443	-	4 444	-	-	-	4 764	-
* männlich	DM	5 096	5 311	-	5 307	-	-	-	5 659	-
* weiblich	DM	3 300	3 474	-	3 487	-	-	-	3 766	-
* Technische Angestellte	DM	5 131	5 346	-	5 355	-	-	-	5 748	-
* männlich	DM	5 252	5 468	-	5 481	-	-	-	5 882	-
* weiblich	DM	3 723	3 924	-	3 920	-	-	-	4 265	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 215	3 389	-	3 400	-	-	-	3 589	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 197	3 366	-	3 367	-	-	-	3 557	-
* männlich	DM	3 801	3 983	-	3 988	-	-	-	4 155	-
* weiblich	DM	2 676	2 824	-	2 823	-	-	-	3 024	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. - 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 103	...	63 148	63 232	63 348
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	33 109 ^p	34 504 ^p	54 559 ^p	49 455 ^p	38 915 ^p	26 778 ^p	58 870 ^p	39 372 ^p	...
Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	56 451 ^p	60 303 ^p	61 344 ^p	56 487 ^p	65 933 ^p	60 785 ^p	61 146 ^p	57 526 ^p	...
Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 727 ^p	59 142 ^p	58 104 ^p	54 130 ^p	56 890 ^p	59 595 ^p	57 770 ^p	52 745 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 1 276 ^p	1 161 ^p	3 240 ^p	2 357 ^p	9 043 ^p	1 190 ^p	3 376 ^p	4 781 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 038	1 883	1 823	1 808	1 864	1 652	1 604	1 593	1 694
Männer	1 000	1 070	968	918	906	931	871	842	835	885
Arbeitslosenquote	%	7,9	7,2	7,0	6,9	7,1	6,2	6,0	5,9	6,3
Offene Stellen	1 000	251	314	335	337	332	349	358	364	353
Kurzarbeiter	1 000	108	56	44	38	30	145	111	163	146
Männer	1 000	91	45	33	28	23	118	85	135	123
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾										
Beschäftigte	1 000	7 213	7 412	7 354	7 382	7 494	7 506	7 500	7 504	7 550
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666	687	644	643	697	649	666	662
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142 021	152 000	153 778	148 646	144 294	167 500	155 794	168 422	161 986
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 766	44 389	46 961	44 599	39 095	45 501	41 518	44 844	42 028
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	113	118	121	117	113	127	118	129	121
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	109	111	114	110	110	118	111	117	115
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	123	127	123	115	132	120	136	122
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	118	119	112	108	129	115	127	122
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	106	119	116	113	119	130	126	129	133
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 452	...	30 436	28 182	28 012
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 739	2 730	2 412	2 393	2 328
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	999	1 034	1 037	1 043	1 051	1 045 ^p	1 050 ^p	1 054 ^p	1 063
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112	128	117	123	128 ^p	117 ^p	123 ^p	129
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	10 378	11 639	11 824	12 073	12 816	11 919 ^p	12 646 ^p	14 114 ^p	15 095
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 355	12 747	15 134	14 514	14 513	12 956	12 052
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 254	10 912	13 210	12 499	12 418	11 016	10 087
Wohnfläche	1 000 m ²	2 018	2 572	2 882	2 856	2 921	2 713	2 555
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 793	2 904	3 161	3 194	3 463	3 009	3 022
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 002	32 612	35 095	35 610	37 039	34 589	32 887
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113,6	125,6	124,7	116,2	126,2	138,5	135,4	132,0	140,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110,5	116,3	129,2	122,4	125,3	118,6 ^p	129,5 ^p	131,6	130,0 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 4) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel) ¹⁾	Mill. DM	53 420	53 554	55 783	50 511	54 010	53 985
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	29 389	29 188	30 537	27 541	28 944	30 101
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 832	3 980	3 993	3 598	3 394	4 141
Frankreich	Mill. DM	7 026	6 981	6 970	6 211	6 872	7 292
Großbritannien	Mill. DM	4 947	4 559	4 992	4 709	4 980	4 166
Italien	Mill. DM	4 984	4 998	5 503	4 940	5 155	5 184
Niederlande	Mill. DM	4 533	4 523	4 665	4 158	4 407	4 796
Einfuhr (Spezialhandel) ¹⁾	Mill. DM	42 205	45 881	43 745	42 308	45 855	55 383
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	21 555	23 882	22 546	22 112	24 323	28 611
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 914	3 313	3 267	3 248	2 915	4 213
Frankreich	Mill. DM	5 034	5 425	4 712	4 754	5 646	7 033
Großbritannien	Mill. DM	2 891	3 087	2 903	2 922	2 989	3 475
Italien	Mill. DM	3 766	4 319	4 226	4 187	5 074	5 087
Niederlande	Mill. DM	4 325	4 662	4 516	4 121	4 583	5 153
Geld und Kredit ³⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 411	2 815	2 461	2 475	2 480	2 866	2 890	2 922	2 941 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 863	2 210	1 908	1 928	1 930	2 257	2 276	2 309	2 326 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	548	604	553	547	550	609	614	613	616 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 766	2 066	1 762	1 755	1 757	2 020	2 034	2 042	2 030 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	706	756	673	671	665	737	733	731	718 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	33 521	34 127	25 120	41 636	31 544	29 568	31 976	51 399	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	22 122	21 253	13 249	31 100	17 250	15 422	15 891	37 193	...
Lohnsteuer	Mill. DM	15 153	14 799	12 937	14 202	15 819	14 742	15 344	18 366	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 067	3 043	- 11	8 345	- 872	- 291	- 339	9 452	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 957	12 410	11 491	10 533	13 281	13 136	15 769	14 199	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 666	6 612	5 888	5 606	6 494	6 180	8 579	6 847	...
Zölle	Mill. DM	566	597	569	568	507	687	715	674	...
Bundessteuern	Mill. DM	5 112	5 490	5 307	5 032	5 511	5 810	6 850	5 757	...
Versicherungssteuer	Mill. DM	349	369	328	235	243	311	366	278	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 620	4 964	4 829	4 603	5 122	5 412	6 416	5 379	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁴⁾	1985 = 100	96,4	95,7	96,7	96,2	95,7	97,1	98,2	98,8	99,5
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴⁾	1985 = 100	99,8	94,7	98,7	98,9	98,1	94,2	95,9	95,4	94,1 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁴⁾	1985 = 100	99,3	101,0	100,8	100,8	100,7	102,9	103,0	103,1	104,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	109,1	115,9	115,7	.	.	.	124,6	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	109,4	116,4	116,2	.	.	.	124,3	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	106,6	113,2	113,1	.	.	.	121,0	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0	106,7	106,8	106,8	109,5	109,9	110,5	111,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	106,3	106,2	105,9	108,2	108,7	109,3	109,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	106,0	107,5	107,2	107,2	107,3	109,5	109,8	109,9	110,0
Wohnungsmieten	1985 = 100	108,8	112,5	112,0	112,3	112,7	116,2	116,8	117,3	117,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	82,0	85,5	83,1	82,7	82,6	87,3	88,2	88,0	89,0
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	104,9	107,3	107,1	107,2	107,5	109,6	110,3	110,5	110,6
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	108,6	110,3	110,1	110,3	110,3	112,7	112,9	113,3	113,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	103,3	106,1	104,7	104,8	104,8	109,5	110,0	110,4	114,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	103,8	106,1	106,1	106,0	105,7	107,8	107,8	108,2	108,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	113,1	115,3	115,8	116,1	116,1	116,1	116,2	118,2	119,4

Außenhandel: Ab Berichtsmonat Oktober 1990 einschl. der neuen Bundesländer, Monatsdurchschnitt nach Stand 2. 10. 1990.

1) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 2) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986. - 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 4) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 5) Ohne Baunebenleistungen.

Fast 4 800 Sozialwohnungen bewilligt

Mit insgesamt 4 777 Sozialwohnungen wurden im Jahre 1990 in Rheinland-Pfalz 3 % mehr Sozialwohnungen bewilligt als 1989 (4 638 Wohnungen). Im 1. Förderungsweg, dem traditionellen sozialen Wohnungsbau, blieb die Anzahl der bewilligten Wohnungen mit 2 440 Einheiten gegenüber dem Vorjahr (2 414) praktisch konstant. Während die Inanspruchnahme des 2. Förderungsweges mit 563 Wohnungen erneut stark rückläufig war (- 40 %), nutzten die Bauherren der Sozialwohnungen zunehmend die Möglichkeiten des im Jahre 1989 neu geschaffenen 3. Förderungsweges. Insgesamt sollen in dieser Fördervariante (vereinbarte Förderung) 1 774 Sozialwohnungen entstehen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum errechnet sich eine Steigerung von gut 37 Prozent.

Für den Bau von Sozialwohnungen waren 1990 insgesamt 1,15 Mrd. DM bereitzustellen. Dabei stammten ein Viertel der Gelder aus öffentlichen Haushalten (284 Mill. DM) und rund 36 % (419 Mill. DM) vom Kapitalmarkt. 39 % (449 Mill. DM) waren sonstige Mittel.

Der Anteil der zur Vermietung vorgesehenen Sozialwohnungen an allen geförderten Wohnungen erhöhte sich gegenüber 1989 (52 %) auf nunmehr 63 % (3 000 Mietwohnungen). hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 241

Kommunale Bauausgaben im 1. Halbjahr 1991 kräftig gestiegen

Die bundesweite Hochkonjunktur im Baugewerbe spiegelt sich auch in den Zahlen der vierteljährlichen Kassenstatistik wider. Für Baumaßnahmen haben die rheinland-pfälzischen Kommunen in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres 66 Mill. DM mehr (+ 9,8 %) als im ersten Halbjahr 1990 aufgewendet. Das kommunale Investitionsvolumen belief sich damit auf 737 Mill. DM, das sind rund 16 % der Gesamtausgaben. Von diesem Betrag entfielen auf die Ortsgemeinden mit 321 Mill. DM (+ 8,1 %) fast die Hälfte der Bauausgaben. Die stärkste Zunahme war bei den Verbandsgemeinden festzustellen. Ihre Aufwendungen stiegen um knapp 20 % auf 101 Mill. DM. Die kreisfreien Städte investierten 158 Mill. DM (+ 8,3 %), die verbandsfreien Gemeinden gaben 96 Mill. DM (+ 7,1 %) und die Landkreise 61 Mill. DM (+ 12 %) für Baumaßnahmen aus. pf

Hohe Zunahme der kommunalen Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1991

Im ersten Halbjahr 1991 haben die rheinland-pfälzischen Kommunen 2 047 Mill. DM an Steuern eingenom-

men, das sind 9 % oder 170 Mill. DM mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung betraf sowohl die kreisfreien Städte, die knapp 8 % auf 808 Mill. DM zulegten, als auch die verbandsfreien Gemeinden mit + 12 % (344 Mill. DM) und die Ortsgemeinden mit + 11 % (830 Mill. DM).

Das Gewerbesteueraufkommen belief sich auf 958 Mill. DM (+ 11 %). Nach Abzug der an den Bund und das Land abzuführenden Gewerbesteuerumlage verblieben 812 Mill. DM in den Kassen der Kommunen. Ein besonders kräftiger Zuwachs ist, nach den steuerreformbedingten Einnahmeausfällen des Vorjahres, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer festzustellen. Aus dieser Verbundsteuer flossen den rheinland-pfälzischen Kämmerern 876 Mill. DM (+ 12 %) zu. Die Grundsteuern blieben bei 227 Mill. DM (+ 0,5 %) fast konstant. Bei der Grunderwerbsteuer mit 94 Mill. DM wurde ein Rückgang um etwas über 5 % verzeichnet. Die sogenannten „Bagatellsteuern“ (Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer, Spielbankabgaben) erbrachten 38 Mill. DM (+ 12 %). pf

Themen der letzten Hefte**Heft 6 / Juni 1991**

Die Wahl zum 12. Landtag Rheinland-Pfalz
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1985 bis März 1991

Heft 7 / Juli 1991

Die Bauwirtschaft
Nichtwohnbau 1990
Einkommensschichtung 1986
Neuberechnung des Index der Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe

Heft 8 / August 1991

Mädchen und Frauen im Bildungsbereich
Wohnungsbau 1990
Ernteerträge und -aussichten 1991
Kostenrechnung für die automatische Datenverarbeitung

Heft 9 / September 1991

Baulandmarkt 1980 bis 1990
Bruttojahresverdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich 1990
Umweltschutzinvestitionen im produzierenden Gewerbe
Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen
Rehabilitationsmaßnahmen 1989

Rheinland-Pfalz heute – 1991

Neuerscheinung



Der Prospekt „**Rheinland-Pfalz heute – 1991**“ ist eine Broschüre in handlichem Hochformat, die jetzt mit erneut höherer Auflage erschienen ist.

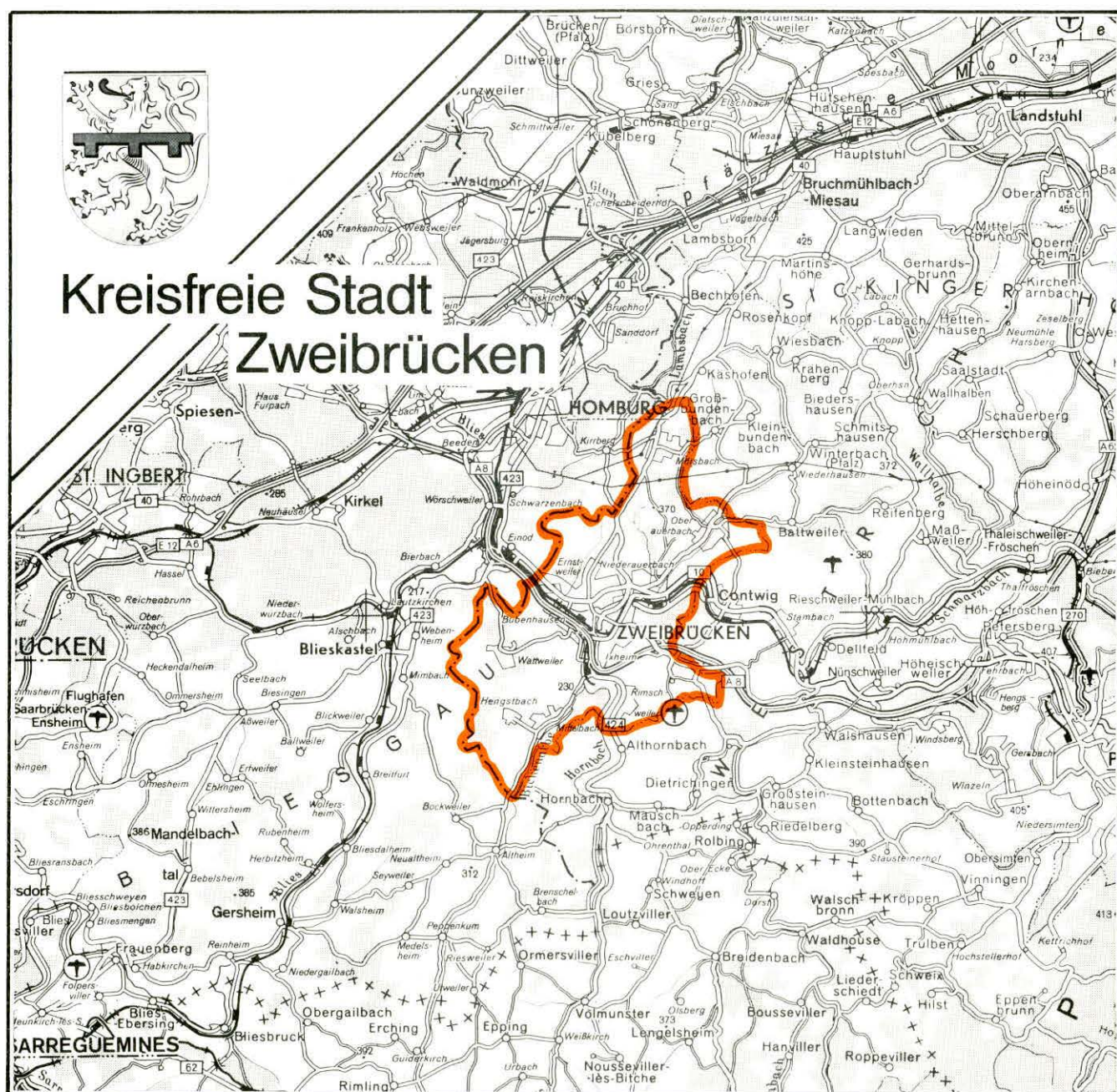
Auf 20 Seiten werden Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat präsentiert. Vergleichszahlen für die Flächenländer und das Bundesgebiet sowie statistische Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise ergänzen den Prospekt. Eine eigene Seite ist der Stadt Ludwigshafen gewidmet, die den nächsten Rheinland-Pfalz-Tag ausrichten wird.

Einzelexemplare werden zum Preis von 1,-- DM abgegeben. Ab 100 Exemplare wird Mengenrabatt gewährt. Sie können „**Rheinland-Pfalz heute – 1991**“ auch telefonisch unter der Nummer 026 03/ 71 245 bestellen.

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Die kreisfreie Stadt Zweibrücken

Landeskundliche Angaben

Die Stadt Zweibrücken liegt in der Westpfalz in der sogenannten Westricher Hochfläche, und zwar in einem etwa einen Kilometer breiten Talkessel, den der Schwarzbach bei der Einmündung in den Hornbach bildet. Das 71 km² große Stadtgebiet wird im Osten vom Landkreis Pirmasens umschlossen und grenzt im Westen an das Saarland.

Die relativ junge Stadt verdankt ihre Entstehung vermutlich ihrer günstigen Lage an der Salzstraße von Dieuze in Lothringen nach Kaiserslautern und zum Rhein, die hier über zwei Brücken führte. Urkundlich erwähnt ist eine Burg gleichen Namens erstmals im Jahre 1170. Bereits 1352 erhielt Zweibrücken Hagenauer Stadtrechte durch Kaiser Karl IV. Gut 30 Jahre später kam die Stadt mit der Burg durch Verkauf an die Kurpfalz und wurde 1410 Hauptort des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken. In den folgenden drei Jahrhunderten wurde die Stadt mehrfach zerstört. Eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit erlebte Zweibrücken nach den Reunionskriegen, als die schwedischen Könige Karl XI. und Karl XII. in Personalunion Herzöge von Zweibrücken waren. In der Besatzungszeit nach der franzö-

sischen Revolution war die Stadt Sitz eines französischen Arrondissements und gelangte 1816, wie die übrigen Teile der Pfalz, zum Königreich Bayern. Seit 1920 ist Zweibrücken kreisfreie Stadt. Ihre jetzigen Grenzen erhielt sie im Rahmen der territorialen Verwaltungsreform 1972, als fünf Gemeinden aus dem ehemaligen Landkreis Zweibrücken eingemeindet wurden.

Zweibrücken ist Mittelzentrum des gleichnamigen Mittelbereichs in der Region Westpfalz, zu dem außer der Stadt noch die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land gehört. Neben den für ein Mittelzentrum obligatorischen zentralörtlichen Einrichtungen domizilieren hier ein Oberlandesgericht, ein Landgericht, ein Finanzamt, ein namhaftes Land- und Stammgestüt und die Bibliotheca Bipontina. Weit bekannt ist der Zweibrücker Rosengarten.

Politische Struktur

Die Stadtratswahl am 18. Juni 1989 ergab für die SPD 46,7 % der gültigen Stimmen, für die CDU 27,7 %. Die F.D.P. schnitt mit 7,4 % der gültigen Stimmen ab, die Wählergruppen erreichten 8,5 %, die GRÜNEN 5,3 %, auf die ÖDP entfielen 4,4 %. Im derzeitigen Stadtparla-

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf						
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen	
	Anzahl	%							
Stadtratswahl									
1979	28 008	70,6	37,8	48,1	5,8	–	–	8,3	
1984	27 793	69,5	33,4	49,1	5,8	5,2	–	6,4	
1989	27 164	70,0	27,7	46,7	7,4	5,3	4,4	8,5	
Landtagswahl									
1983	28 125	88,2	42,4	47,6	4,4	4,7	0,9	–	
1987	27 452	71,5	37,2	47,7	7,0	4,8	2,0	1,3	
1991	27 281	67,2	30,8	53,1	6,9	4,6	4,6	–	
Bundestagswahl									
1983	28 168	88,2	41,1	47,4	6,4	4,4	0,7	–	
1987	27 596	83,7	37,1	45,4	8,4	7,2	2,0	–	
1990	27 447	77,9	37,6	43,7	10,5	3,0	5,1	–	
Europawahl									
1979	28 072	70,6	40,1	50,3	6,6	2,2	0,9	–	
1984	27 897	69,8	35,9	49,0	5,4	6,0	3,8	–	
1989	27 361	70,3	28,9	46,6	6,6	5,8	12,1	–	

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

ment hat die SPD 18 der insgesamt 39 Sitze inne, die CDU 11, F. D. P. und Wählergruppen jeweils 3, die GRÜNEN und die ÖDP jeweils 2.

Bei der gleichzeitigen Wahl zum Europäischen Parlament erreichte die SPD 46,6 % und die CDU 28,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Die F. D. P. konnte 6,6 %, die GRÜNEN 5,8 % und die sonstigen Parteien 12,1 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 entfielen auf die SPD 43,7 %, auf die CDU 37,6 %, auf die F. D. P. 10,5 % und auf die GRÜNEN und sonstigen Parteien 3 bzw. 5,1 % der gültigen Zweitstimmen.

Bei der Landtagswahl 1991 errang die SPD 53,1 %, die CDU 30,8 %, die F. D. P. 6,9 % der gültigen Landesstimmen, auf die GRÜNEN und die sonstigen Parteien entfielen jeweils 4,6 %.

Bevölkerung

Mit 33 496 Einwohnern Ende 1989 ist Zweibrücken die kleinste der zwölf kreisfreien Städte von Rheinland-Pfalz. Der Anteil der weiblichen Bevölkerung weicht mit 53 % nicht wesentlich vom Mittel ab. Die Siedlungsdichte liegt mit 474 Einwohnern je km² erheblich unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (915).

Zweibrücken weist in der Zeit von 1939 bis 1989 eine negative Bevölkerungsbilanz auf: Die Einwohnerzahl hat sich um 5,9 % verringert (Durchschnitt der kreisfreien Städte + 12 %). Von 1939 bis 1950 ergab sich per Saldo eine Verminderung der Bevölkerung um 14 % auf 30 700, dagegen von 1950 bis 1970 ein Anstieg um mehr als 25 % auf 38 300, dann aber bis 1989 wiederum ein Rückgang um 12 % auf 33 500. Diese Entwicklung entspricht in etwa auch der in den anderen kreisfreien Städten des Landes. Allerdings sind hier in den genannten Zeiträumen die Rückgänge geringer bzw. die Zuwächse höher ausgefallen (1939 – 1950 – 13,1 %, 1950 – 1970 + 35,2 %, 1970 – 1989 – 4,4 %).

Die Altersstruktur der Bevölkerung weicht ab vom Durchschnitt der kreisfreien Städte. Rund 25 % der Bevölkerung sind 60 Jahre und älter. Dieser Anteil wird nur noch in den Städten Pirmasens und Neustadt übertroffen. Auf der Ebene der kreisfreien Städte errechnet sich für diese Altersgruppe eine Quote von 23 %. Für die unter 20jährigen liegt sie in der Stadt Zweibrücken mit 20 % geringfügig über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte, in der Gruppe der 20 bis unter 60jährigen mit 56 % um rund 3 Prozentpunkte darunter.

Der evangelische Bevölkerungsanteil überwiegt. Nach den Ergebnissen der Volkszählung am 25. Mai 1987 beträgt er 64 % und ist damit der höchste Wert unter allen kreisfreien Städten, römisch-katholisch sind 29 % der Stadtbewohner.

Erwerbstätigkeit

Anlässlich der Volkszählung 1987 wurden 13 600 in der Stadt wohnende Erwerbstätige gezählt. Davon waren 8 500 oder 62 % Männer und 5 200 Frauen. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung unterschritt mit 41 % den Durchschnitt der kreisfreien Städte

(43 %). Die für die Stadt ermittelte Erwerbstätigenquote ist nach Trier (39 %), den Landkreisen Altenkirchen und Daun die viertniedrigste aller kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz. Die Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf zeigt einen unterdurchschnittlichen Anteil von Angestellten; er erreichte 36 % gegenüber 40 % im Durchschnitt der kreisfreien Städte. Dagegen gehörten 37 % der Erwerbstätigen zu der Gruppe der Arbeiter, deren Anteil im Schnitt der kreisfreien Städte 34 % betrug. Der Anteil der Beamten, Richter und Soldaten lag mit 11 % leicht darüber (10 %). Eine selbständige Erwerbstätigkeit übten knapp 8 % aus, rund 2 % eine Tätigkeit als mithelfende Familienangehörige. Die restlichen gut 7 % befanden sich noch in Ausbildung. Die meisten Erwerbstätigen sind in den Dienstleistungsbereichen; die Quote lag mit 44 % geringfügig über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (43 %). Das produzierende Gewerbe (Energie, Industrie, Handwerk, Baugewerbe) hat seine führende Stellung, die es 1970 mit fast 47 % der Erwerbstätigen noch inne hatte, verloren. 1987 waren hier 38 %, also rund 9 Prozentpunkte weniger als 17 Jahre zuvor, beschäftigt. Trotzdem lag der Anteil um fast 1 % über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (38 %). Auf Handel und Verkehr entfielen 1987 knapp 16 % der Erwerbstätigen (Durchschnitt der kreisfreien Städte 18 %). Annähernd die gleiche Quote wurde für die Stadt auch 1970 errechnet. Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen (27 %) lag mit 2 % leicht über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (1,5 %), ging aber gegenüber 1970, als er noch 3 % betrug, zurück.

Berufseinpender in die kreisfreie
Stadt Zweibrücken 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Contwig (Landkreis Pirmasens)	939
Homburg, Kreisstadt (Saarland)	708
Blieskastel, Stadt (Saarland)	554
Hornbach, Stadt (Landkreis Pirmasens)	364
Kreisfreie Stadt Pirmasens	269
Dellfeld (Landkreis Pirmasens)	221
Rieschweiler-Mühlbach (Landkreis Pirmasens)	201
Übrige Gebiete	3 888
Einpendler insgesamt	7 144

1) Kamen mindestens 200 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

Die Zahl der Berufseinpender, vor allem aus dem Landkreis Pirmasens und dem benachbarten Saarland, belief sich auf fast 7 150; es wurden rund 3 300 Berufseinpender ermittelt. Die meisten Berufseinpender kamen aus Contwig (939), Homburg / Saar (708), Blieskastel (554), Hornbach (364), Dellfeld (221), Rieschweiler-Mühlbach (201) und der kreisfreien Stadt Pirmasens (269). Auffällig ist, daß sich gegenüber 1970 die Zahl der Berufseinpender aus dem benachbarten Saarland beträchtlich erhöht hat (+ 46 %).

Einkommen

Die 12 124 Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen erzielten 1986 Einkünfte im Gesamtbetrag von mehr als

470 Mill. DM. Das entspricht einem Pro-Kopf-Betrag von rund 38 800 DM. Mit diesem Wert liegt die Stadt Zweibrücken am Ende der Skala der zwölf kreisfreien Städte des Landes, für die ein Durchschnitt von gut 41 600 DM errechnet wurde. Auch auf Landesebene konnte mit gut 39 700 DM je Steuerpflichtigen ein um rund 3 % höherer Betrag ermittelt werden.

Mehr als 75 % der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen erzielten Einkünfte unter 50 000 DM. Sie vereinigten 48 % des Gesamtbetrages der Einkünfte auf sich. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte errechnete sich hier bei einer Quote der Steuerpflichtigen von 72 % ein Wert von knapp 43 %. Auf die Einkommensgrößenklasse von 50 000 bis unter 100 000 DM entfielen 21 % der Steuerpflichtigen mit einem Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte von annähernd 36 % (kreisfreie Städte insgesamt 23 bzw. 37 %). Einkünfte von 100 000 DM und mehr erzielten in der Stadt 3,3 % der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen im Vergleich zu einer Quote der kreisfreien Städte von 4,4 %. Auch der Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte konnte mit 16 % den Mittelwert der kreisfreien Städte nicht erreichen (20 %).

Aufschlußreich ist die Gliederung nach Einkunftsarten. Rund zwei Drittel der Steuerpflichtigen bezogen Einkünfte aus unselbständiger Arbeit und erzielten mehr als 81 % der Einkünfte. Diese Quoten entsprechen in etwa dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. Auf Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfielen knapp 9 % (1971 : 15 %) und auf solche aus selbständiger Arbeit nahezu 5 %. Die übrigen vier Einkunftsarten (Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte) partizipierten mit 5,5 %.

Bildungswesen

Im Schuljahr 1989 / 90 wurden an den elf Grund- und Hauptschulen in 90 Klassen rund 2 000 Schüler von 131 hauptberuflichen Lehrern unterrichtet. Die durchschnittliche Klassengröße entsprach mit gut 22 Schülern etwa dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. An den beiden Sonderschulen unterrichteten 20 hauptberufliche Lehrer 136 Schüler. Außerdem befinden sich in der Stadt eine Realschule, die im Herbst 1989 von 634 Schülern besucht wurde, und zwei Gymnasien mit insgesamt 1 990 Schülern. Von den letztgenannten Schülern gehörten 1 307 den Klassenstufen 5 bis 10 und 683 den Jahrgangsstufen 11 bis 13 an. Während die mittlere Klassenstärke der Realschulen mit 25 Schülern etwas über dem Durchschnitt liegt, ist sie bei den Gymnasien mit 25,1 geringfügig günstiger. Als hauptberufliche Lehrkräfte sind an den weiterführenden Schulen 42 Realschullehrer und 147 Gymnasiallehrer eingesetzt.

Die berufsbildenden Einrichtungen gliedern sich in eine Berufsschule mit 49 Klassen und 802 Schülern, eine Berufsfachschule (16 / 309), eine Berufsaufbauschule (3 / 56), eine Fachoberschule (3 / 69) und eine Fachschule (1 / 26). Mit Ausnahme der beruflichen Gymnasien werden hier alle Schulformen angeboten.

Sportstätten

Für die sportliche Betätigung standen der Bevölkerung im Jahre 1989 insgesamt 21 Turn- und Sporthallen

sowie 13 Sportplatzanlagen mit 22 Sportplätzen zur Verfügung. Von den letztgenannten sind fünf vereinseigene Anlagen, acht befinden sich in kommunaler Trägerschaft. Die Sportstadien und Sportplätze fassen rund 9 000 Zuschauer. Weiterhin gibt es in der Stadt drei Hallenbäder und ein öffentliches Freibad.

Gesundheitswesen

Die Bevölkerung wurde am Jahresende 1989 von 125 Ärzten versorgt. 53 dieser Ärzte sowie 21 Zahnärzte führten eine eigene Praxis. In den zwei Akutkrankenhäusern standen zum gleichen Zeitpunkt 564 Betten bereit.

Jugend- und Altenpflege

Am Jahresende 1990 standen in Zweibrücken 14 Kindergärten mit 955 Plätzen zur Verfügung. Die Kinder wurden von rund 82 Personen betreut, unter denen 75 eine abgeschlossene Fachausbildung vorweisen konnten. Alle Kindergärten werden von Trägern der freien Jugendhilfe geführt, und zwar 12 von der evangelischen und 2 von der katholischen Kirche. Als weitere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche kommen zwei Jugendheime und ebenfalls zwei Jugendzentren / -freizeitheime hinzu.

Für ältere Menschen sind zwei Altenwohn- und -pflegeheime mit 265 und ein Altenpflegeheim mit 41 Plätzen vorhanden.

Wohnungsversorgung

Ende des Jahres 1989 wurden in der Stadt Zweibrücken knapp 15 300 Wohnungen gezählt. Das entspricht einer Relation von 457 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Der Wohnungsbestand hat sich gegenüber der Zählung 1968 um 9,2 % erhöht und erreichte damit eine der niedrigsten Steigerungsraten der kreisfreien Städte (+ 29 %). Die Altersstruktur der Wohngebäude weicht vom Mittel der kreisfreien Städte ab. Nach dem Ergebnis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1987 befinden sich weit mehr als die Hälfte (57 %) der Wohnungen in Gebäuden, die bereits vor 1958 errichtet wurden. Auf der Ebene aller kreisfreien Städte sind es mit 49 % annähernd neun Prozentpunkte weniger. Rund 10 % der Wohnungen sind bereits vor der Jahrhundertwende erbaut worden, ein ebenso hoher Anteil fällt auf die in der Zeit zwischen 1901 und 1918 (9,4 %) erstellten. Die Wohnungen der Jahrgänge 1919 bis 1948 bzw. 1949 bis 1958 machen knapp 17 und gut 21 % aus. Bei einem Viertel fällt das Baujahr in die Zeit zwischen 1958 und 1968, und 19 % der Wohnungen sind nach 1968 errichtet worden; für die kreisfreien Städte errechnet sich bei der letztgenannten Altersgruppe ein Anteil von 28 %.

Annähernd zwei Drittel der Wohnungen hatten den höchsten Ausstattungsgrad, nämlich Bad, WC und Sammelheizung, 30 % hatten Bad und WC, aber keine Sammelheizung. Nur mit WC ausgestattet waren 3,7 % der Wohnungen. Der Standard liegt geringfügig unter

dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte, bei denen Quoten in Höhe von 69, 27 und 3 % ermittelt wurden. Mit 5,58 DM je m² Wohnfläche erreichte die Miete in Zweibrücken nach Pirmasens (5,43 DM) den niedrigsten Stand aller kreisfreien Städte (6,68 DM).

Mit 44 % lag der Anteil der Eigentümerwohnungen 1987 weit über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (30 %). Nur in der Stadt Landau wurde mit 47 % eine höhere Quote ermittelt. Auch die Wohnfläche je Wohnung ist in der Stadt Zweibrücken mit durchschnittlich 90 m² höher als im Mittel der kreisfreien Städte (80 m²).

Verkehr

Die Stadt ist durch die Linien Saarbrücken-Landau-Karlsruhe sowie Saarbrücken-Kaiserslautern an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Über die Autobahn A 8, welche in Verbindung mit der A 1 nach Trier führt, sind es nur wenige Kilometer bis zur Autobahn Saarbrücken-Mannheim (A 6). Im Osten verbindet die B 10 Zweibrücken mit Pirmasens; im Westen führen die B 423 in das benachbarte Saarland und in südlicher Richtung die B 424 nach Frankreich.

Dem überörtlichen Verkehr steht ein 84 km langes Straßennetz zur Verfügung. Gut 10 km entfallen auf Bundesautobahnen, 11 km auf Bundesstraßen und jeweils gut 30 km auf Landes- und Kreisstraßen. 32 km oder 38 % der Straßen des überörtlichen Verkehrs dienen zur Stadtdurchfahrt. Bei sieben der zwölf kreisfreien Städte liegt der Anteil im Stadtgebiet höher.

Die Stadt ist durch den im Osten gelegenen Verkehrslandeplatz Pirmasens-Zweibrücken (Pottschütt) an den innerdeutschen Luftverkehr, von dem 1990 über 13 000 Flüge gestartet worden sind, angeschlossen. Rund 1 900 Starts mit Motorflugzeugen dienen dem gewerblichen und 7 400 dem nichtgewerblichen Verkehr.

Entsprechend der allgemeinen Entwicklung ist der Bestand an Kraftfahrzeugen in den vergangenen Jahren ganz erheblich angewachsen. Lag vor knapp 15 Jahren der Motorisierungsgrad noch bei 344 Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohner, so ergibt sich Mitte 1990 ein solcher von 571. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte entfallen zum gleichen Zeitpunkt auf 1 000 Einwohner 555 Kraftfahrzeuge. Die Bevölkerung der Stadt verfügte Mitte 1990 über einen Bestand von mehr als 19 000 Kraftfahrzeugen, darunter alleine 17 000 Personenkraftwagen (einschließlich Kombifahrzeuge). An Krafträdern sind

767 angemeldet, 1976 waren es 333. Außerdem sind 673 Lastkraftwagen, rund 400 Zugmaschinen und 44 Omnibusse zugelassen.

Sozialprodukt

In der Stadt Zweibrücken wurde 1988 ein Sozialprodukt von 1 091 Mill. DM erwirtschaftet, das ist 1 % des auf Landesebene erzielten Wertes. Damit nahm die kleinste unter den zwölf kreisfreien Städten den letzten Platz ein. Gegenüber 1986 hat sich die Bruttowertschöpfung in der Stadt nominal um 4,4 % erhöht, während die Steigerung im Durchschnitt der kreisfreien Städte mehr als doppelt so hoch lag (9,3 %). Auch im langfristigen Vergleich von 1980 bis 1988 ist eine ähnliche Tendenz zu erkennen (22 % gegenüber 46 %). Das produzierende Gewerbe hat 1988 mit 49 % den höchsten Anteil an der wirtschaftlichen Leistung der Stadt, gefolgt von den Bereichen Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (23 %), Dienstleistungsunternehmen (19 %) sowie Handel und Verkehr (9,3 %). Im Vergleich zum Durchschnitt der kreisfreien Städte war in Zweibrücken ein stärkerer Rückgang des produzierenden Gewerbes zu beobachten. Dort betrug der Anteil im Jahre 1980 noch 52 % und sank in den acht Jahren um gut drei Prozentpunkte. Auf der Ebene der kreisfreien Städte ergibt sich ein Rückgang um 0,2 Punkte auf 46,7 %. Auffällig ist der hohe Anteil des Bereichs Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck, der im Jahre 1988 mit 23 % um mehr als 7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte lag (16 %).

Bezogen auf den Einwohner erreichte die Bruttowertschöpfung der Stadt Zweibrücken im Jahre 1988 insgesamt 32 710 DM und übertraf damit die Werte der Städte Frankenthal (31 520 DM) und Neustadt an der Weinstraße (28 670 DM). Den Durchschnitt der kreisfreien Städte (51 610 DM) unterschritt sie allerdings um fast 19 000 DM. Hier ist allerdings anzumerken, daß die Einwohnerzahl als Bezugsgröße nur mit Einschränkungen geeignet ist, da die wirtschaftliche Leistung nicht von den in einem Gebiet Wohnenden, sondern von den dort Arbeitenden erbracht wird.

Landwirtschaft

Rund die Hälfte der 7 000 Hektar Bodenfläche der Stadt entfielen im Jahre 1989 auf die Landwirtschaft. Mit

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM			%			DM	krfr. Städte = 100
1980	895	·	51,6	10,1	16,0	21,8	25 590	74,1
1982	987	·	51,8	9,1	16,8	21,7	28 710	72,9
1984	949	·	45,5	10,3	20,0	23,5	28 190	64,8
1986	1 045	·	48,9	9,9	18,4	22,3	31 780	67,4
1988	1 091	·	48,5	9,3	18,8	22,9	32 710	63,4

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

diesem überdurchschnittlich hohen Anteil lag Zweibrücken nicht nur über dem Landesdurchschnitt von 45 %, sondern vor allem über dem der kreisfreien Städte, in denen 37 % der Bodenfläche landwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist seit 1960 – sie betrug damals 504 – stark zurückgegangen und belief sich 1990 auf 116. Indes kam es zu einer deutlichen Vergrößerung der Fläche je Betrieb. Noch 1960 bewirtschafteten 93 % der Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche bis 20 Hektar. 1990 waren es noch 56 %, ein Wert, der unter dem Mittel der kreisfreien Städte lag. Besonders stark sind die Anteile der Betriebe mit 30 bis 50 und über 50 Hektar gestiegen ; sie erreichten 15 bzw. 22 % und liegen damit deutlich über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (8,2 bzw. 4,2 %).

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche besteht zu mehr als zwei Dritteln aus Acker- und zu knapp einem Drittel aus Dauergrünland. Als wichtigste Fruchtarten wurden 1987 angebaut : Getreide auf fast zwei Dritteln des 2 000 Hektar umfassenden Ackerlandes, wobei auf Sommergerste und Weizen die größten Anteile entfielen, gefolgt von Futterpflanzen und Ölfrüchten. Die Ernte erbrachte über 5 000 t Getreide, darunter 1 600 t Weizen, 1 500 t Sommer- und 1 100 t Wintergerste ; hinzu kamen gut 300 t Raps.

Die Rinderhaltung ist gegenwärtig neben der Schweinehaltung der bedeutendste Zweig der Viehwirtschaft. Für Ende 1990 wurden insgesamt 2 714 Rinder und 5 221 Schweine gezählt. Bei leicht erhöhtem Rinderbestand (+ 1 %) und überdurchschnittlich gestiegenem Schweinebestand (+ 107 %) verminderte sich seit 1950 die Zahl der Rinderhalter um 87 % auf 51, die der Schweinehalter um 94 % auf 38.

Industrie und Handwerk

Unter den knapp 1 500 nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten mit mehr als 17 000 Beschäftigten, die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 in Zweibrücken ermittelt wurden, gehörten 288 mit nahezu 6 900 Beschäftigten zum produzierenden Gewerbe. Damit entfallen rund 20 % der Arbeitsstätten und 40 % der Beschäftigten auf diesen Wirtschaftszweig, dessen

Bedeutung auch in der Stadt Zweibrücken zugunsten der Dienstleistungsbereiche abnimmt. Gegenüber 1970 ist die Anzahl der Arbeitsstätten um 24 % zurückgegangen, landesweit waren es 15 %. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im gleichen Zeitraum um 35 %, auf Landesebene um 11 %. Betroffen war in der Stadt vor allem das verarbeitende Gewerbe, in dem alleine in den Branchen Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie dem Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe die Zahl der Arbeitnehmer von 7 186 im Jahre 1970 auf 4 512 abgenommen hat.

Der Industrialisierungsgrad, d.h. die Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner, liegt 1989 mit 147 auf einem niedrigeren Niveau als 1975 (152). Damit erreichte Zweibrücken zwar nicht den Durchschnittswert der kreisfreien Städte (180), wohl aber nach den Städten Ludwigshafen (411), Pirmasens (212), Frankenthal (194) und Kaiserslautern (182) den fünften Platz.

In der Stadt sind insgesamt 34 Industriebetriebe (ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 tätigen Personen) mit rund 5 000 Beschäftigten ansässig. Gegenüber 1975 ist die Anzahl der Betriebe um knapp ein Drittel gesunken, die der Beschäftigten ging um 11 % zurück. Die wichtigsten Bereiche sind die Investitionsgüterproduktion (17 Betriebe mit rund 4 000 Beschäftigten) und die Verbrauchsgüterindustrie (8 Betriebe). Unter den einzelnen Wirtschaftszweigen überwiegt der Maschinenbau, in dem acht von zehn Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz haben. Mehr als vier Fünftel der Arbeitnehmer in der Industrie sind in Betrieben tätig, die 200 und mehr Beschäftigte haben.

Die Betriebe erzielten 1989 einen Gesamtumsatz von 1 047 Mill. DM, das sind 66 % oder 414 Mill. DM mehr als vor 15 Jahren. Eine bedeutende Rolle kommt schon seit längerer Zeit dem Export der Zweibrückener Industrie zu. 1989 wurde knapp die Hälfte der Industrieproduktion ausgeführt, damit konnte ein Exportanteil erreicht werden, der nur in der Stadt Ludwigshafen (63 %) übertroffen wird.

Von den 1987 bei der Arbeitsstättenzählung ermittelten 292 Handwerksunternehmen waren mehr als die

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeiten- den Gewerbe	Anteil am Land		
	Anzahl		%		Mill. DM		
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	6	·	·	·	·	·	·
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	17	3 958	233	80,5	2,4	199,1	886,2
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	12	3 866	322	78,6	7,3	195,8	875,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	8	·	·	·	·	·	·
Druckereien, Vervielfältigung	3	25	8	0,5	0,3	1,2	2,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3	177	59	3,6	0,8	6,5	·
I n s g e s a m t	34	4 919	145	100,0	1,2	227,3	1 046,9

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Hälfte im verarbeitenden Gewerbe tätig. Auch das Baugewerbe ist mit 78 Unternehmen, von denen 55 auf das Ausbau- und 23 auf das Bauhauptgewerbe entfallen, bedeutend. Daneben gab es 46 Handwerksunternehmen im Dienstleistungsbereich und 20 im Handel.

Handel

Die Versorgung der Bevölkerung wurde von mehr als 2 000 Beschäftigten des Handels gewährleistet, die 1987 im Rahmen der Arbeitsstättenzählung in 385 Arbeitsstätten tätig waren. Das entspricht gegenüber der Zählung des Jahres 1970 einem Rückgang von 59 Betrieben oder 13 %. Auch die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um mehr als 6 %. Diese Entwicklung des Handels zeigte sich auch auf Landesebene, allerdings waren hier die Veränderungsraten mit - 11 % bzw. - 0,4 % etwas niedriger.

Mehr als 60 % der Arbeitsplätze haben weibliche Arbeitskräfte inne. Im Einzelhandel, mit über 300 Arbeitsstätten und nahezu 1 600 Beschäftigten die größte Gruppe dieses Wirtschaftszweiges, waren es sogar 70 %. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Textilien, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren. Auch der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art war 1987 mit 51 Arbeitsstätten und rund 480 Beschäftigten für die Stadt bedeutend. Weiterhin nehmen 16 % der Betriebe als Großhändler und 6 % als Handelsvermittler am Wirtschaftsgeschehen teil. In der Tendenz ähnliche Anteile errechneten sich auch im Landesdurchschnitt.

Der Anteil der Teilzeitkräfte an den im Handel Beschäftigten liegt mit 29 % um vier Prozentpunkte über dem Landesmittel. Die Anzahl hat sich gegenüber 1970 um 150 % erhöht, auf Landesebene errechnet sich ein Anstieg um gut 120 %. Nur wenige ausländische Arbeitnehmer waren in den Handelsgeschäften der Stadt beschäftigt; ihr Anteil liegt mit 0,3 % unter den Quoten auf Landesebene von 1,5 %.

Der Handel zahlte im Jahre 1986 an seine Bediensteten insgesamt 35,6 Mill. DM an Löhnen und Gehältern, das sind im Durchschnitt 21 900 DM je Beschäftigten.

Dienstleistungen

Die seit Jahren zunehmende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs gilt auch für die Stadt Zweibrücken.

Zwischen 1970 und 1987 mehrten sich die Arbeitsplätze in den privaten Dienstleistungsbereichen, zu denen die Banken und Versicherungen und die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen gehören, um 39 % auf über 2 800. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe entstanden per Saldo 160 Arbeitsplätze (+ 58 %) und bei Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen weitere 630 (+ 37 %). Dennoch liegt Zweibrücken mit dieser Entwicklung unter dem Landesdurchschnitt. Hier stieg die Zahl der Beschäftigten im privaten Dienstleistungsbereich insgesamt um nahezu 85 % auf über 291 000, die der Kredit- und Versicherungsinstitute nahm dabei um 65 %, die der Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen um 89 % zu.

Bei den Arbeitsstätten der öffentlichen Dienstleistungen in der Stadt, zu denen die Organisationen ohne Erwerbszweck, die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger zählen, wurden 1987 über 5 200 Erwerbstätige registriert, das sind 18 % mehr als 1970. Auf Landesebene beträgt die Zunahme 39 %.

Fremdenverkehr

Zu Saisonbeginn 1989 wurden in Deutschlands „Rosen- und Pferdestadt“ 541 Fremdenbetten gezählt, von denen sich fast zwei Drittel in Hotels befinden. Knapp 28 000 Gäste beherbergte die Stadt 1989. Gut drei Zehntel davon waren Ausländer, vor allem Besucher aus den USA; sie standen mit 15 % an der Spitze. Auf Landesebene entfielen auf die Ausländer knapp 24 % des Gästeaufkommens, auf die amerikanischen Besucher gut 3 %. Die Zahl der Übernachtungen in Zweibrücken belief sich auf 78 000. Die Gäste blieben im Durchschnitt knapp drei Tage, im Mittel der kreisfreien Städte liegt die Verweildauer bei zwei Tagen. Die Bettenkapazität war zu 40 % ausgelastet. Auch dieser Wert liegt über dem Schnitt der kreisfreien Städte (31 %).

Öffentliche Finanzen

Das Finanzvolumen belief sich 1988, gemessen an den bereinigten Gesamteinnahmen, auf 93 Mill. DM. Das sind 2 790 DM je Einwohner, rund 130 DM weniger als im Durchschnitt der kreisfreien Städte. Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen hatten einen Anteil an den Gesamteinnahmen von 31 %, der damit allerdings

Fremdenverkehr 1989

Betriebsart ¹⁾	Betriebe ²⁾	Betten	Gäste	Über- nachtungen	Aufenthalts- dauer	Auslastung
	Anzahl				Tage	%
Insgesamt	11	541	27 561	77 582	2,8	39,3
davon:						
Hotels	7	349	20 542	45 523	2,2	35,7
Hotels garnis	4	163	6 335	29 323	4,6	49,3
Privatquartiere ³⁾	-	29	684	2 736	4,0	25,8

1) Selbsteinstufung der Betriebe. - 2) Ohne Privatquartiere und ohne gewerbliche Kleinbetriebe. - 3) Einschließlich gewerbliche Kleinbetriebe (Betriebe mit weniger als 9 Fremdenbetten).

Unmittelbare Ausgaben der kreisfreien Stadt Zweibrücken 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachinve- stitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	12 196	366,04	69,3	13,2	17,5
Schulen und vorschulische Bildung	9 146	274,50	36,9	17,9	45,2
Kulturelle Angelegenheiten	2 120	63,63	69,8	1,1	29,1
Soziale Sicherung	18 913	567,63	16,5	0,0	83,5
Gesundheit, Sport und Erholung	5 875	176,33	67,0	6,8	26,2
Wohnungswesen und Raumordnung	3 206	96,22	37,4	52,0	10,6
Kommunale Gemeinschaftsdienste	4 326	129,84	50,5	12,3	37,2
Wirtschaftsförderung	3 865	116,00	26,4	61,3	12,3
Verkehrswesen	10 933	328,13	8,2	61,2	30,6
Wirtschaftsunternehmen	7 918	237,64	11,1	–	88,9
Übrige Aufgabenbereiche	9 594	287,95	22,6	9,0	68,4
I n s g e s a m t	88 092	2 643,91	32,6	17,9	49,5

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

erheblich hinter dem für alle kreisfreien Städte ermittelten Durchschnittswert (52 %) zurückblieb. Mit einer Steuereinnahmekraft von 804 DM je Einwohner steht Zweibrücken an letzter Stelle unter den kreisfreien Städten, die einen Durchschnittswert von 1 330 DM je Einwohner verzeichnen.

Die zur kommunalen Aufgabenerfüllung geleisteten unmittelbaren Ausgaben beliefen sich auf 88 Mill. DM, das waren 2 644 DM je Einwohner gegenüber 2 624 DM im Mittel der kreisfreien Städte. Die größten Anteile entfielen mit 19 bzw. 11 Mill. DM auf die soziale Sicherung und das Verkehrswesen. Auch die Aufwendungen für Schulen und vorschulische Bildung waren mit rund 9 Mill. DM – das sind mehr als 10 % der unmittelbaren Ausgaben – sehr hoch. Gemessen an den einwohnerbezogenen DM-Beträgen wurden für die Aufgabengebiete zentrale Verwaltung, Gesundheit, Sport und Erholung sowie Wirtschaftsförderung und Verkehrswesen

mehr als im Durchschnitt der kreisfreien Städte ausgegeben. Unterdurchschnittliche Ausgaben errechneten sich bei den übrigen Aufgabengebieten.

Von Interesse ist auch der Vergleich der Personalausgaben und Sachinvestitionen. Wurden im Durchschnitt der kreisfreien Städte für Personal 891 DM pro Kopf der Bevölkerung verausgabt, waren es in Zweibrücken 861 DM. Mit 474 DM je Einwohner wurde dagegen im Jahre 1988 mehr investiert als in den meisten kreisfreien Städten des Landes.

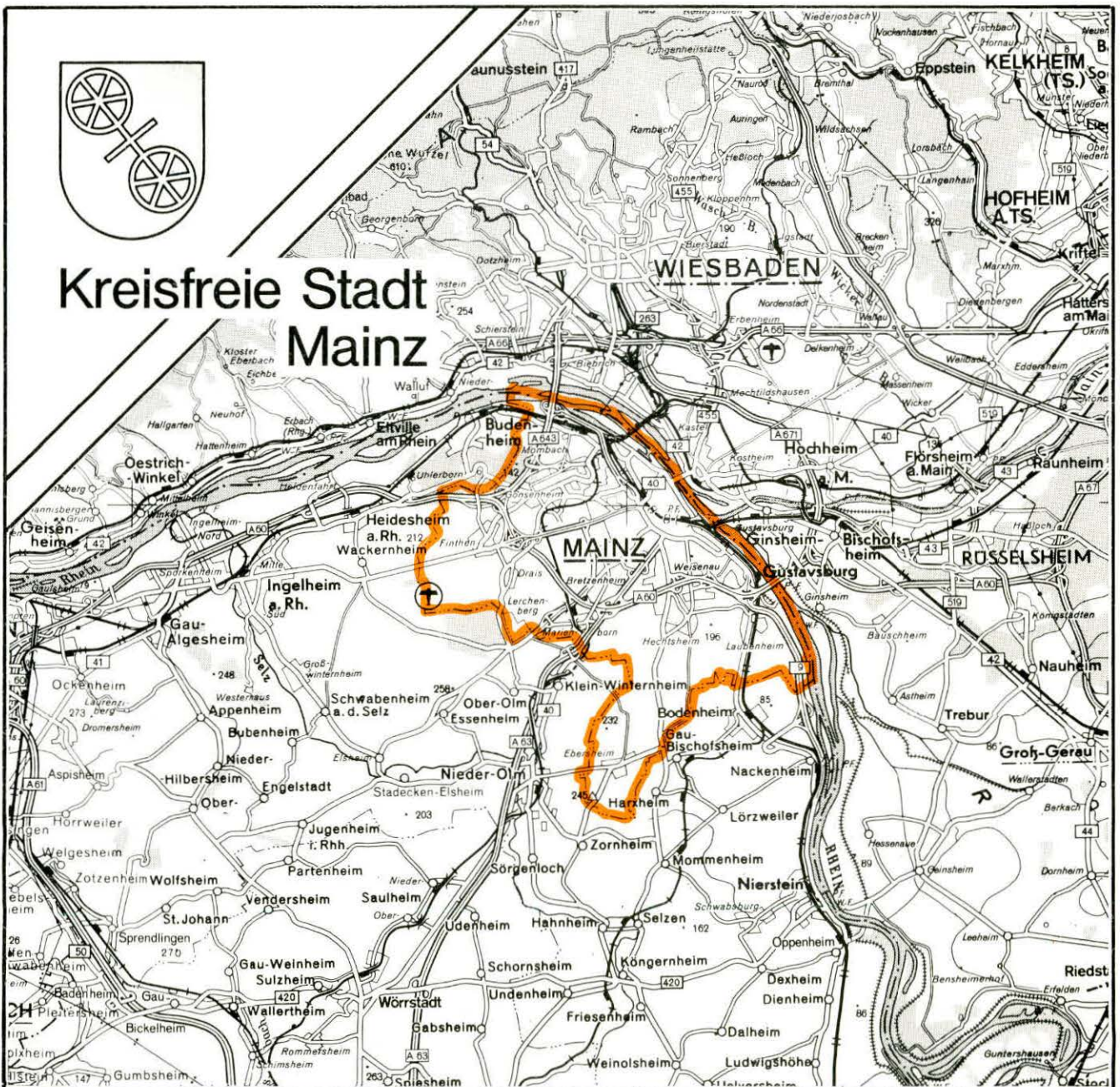
Die Stadt Zweibrücken hatte Ende 1988 Schulden in Höhe von 87,7 Mill. DM. Das sind 2 632 DM je Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte von 2 897 DM.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Manfred Wagner

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Die kreisfreie Stadt Mainz

Landeskundliche Angaben

Mainz, die Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz, liegt am linken Rheinufer gegenüber der Mainmündung. Ihre knapp 98 km² umfassende Fläche erstreckt sich von der Rheinebene in das Rheinhessische Tafel- und Hügelland hinein. Das Landschaftsbild um Mainz wird bestimmt durch den Gegensatz von modernen Industrieansiedlungen, Wohnsiedlungen und den Anbau von landwirtschaftlichen Sonderkulturen, insbesondere Obst, Wein und Gemüse. Die Stadtgrenze bildet im Süden und Westen der Landkreis Mainz-Bingen, im Norden und Osten der Rhein mit den heute zu Wiesbaden gehörenden früheren Mainzer Vororten Amöneburg, Kastel und Kostheim am gegenüberliegenden Ufer.

Seit der Jungsteinzeit ist das Gebiet um Mainz besiedelt; ein altsteinzeitlicher Rastplatz wurde auf dem Linsenberg gefunden. Um 38 v. Chr. richtete Agrippa hier ein Lager für zwei römische Legionen ein, das die Basis für den Ausbau zur Hauptstadt der Provinz Germania Superior darstellte. Der römische Name Moguntiacum geht möglicherweise auf eine Kultstätte des keltischen Gottes Mogon zurück. Nach der fränkischen Landnahmezeit gelangte Mainz unter seinen Bischöfen wieder zu Einfluß, insbesondere als Bonifatius, der Erzbischof für Germanien, im Jahre 746 die Stadt zur kirchlichen Metropole Deutschlands machte. 1115 erlangte Mainz erste städtische Freiheiten, die es 50 Jahre später wieder verlor und 1244 erneut erhielt. Das Goldene Mainz war Haupt des 1254 gegründeten Rheinischen Städtebundes. 1462 erlangte der Erzbischof wieder die Regierungsgewalt, die er bis ins ausgehende 18. Jahrhundert behielt. Im Jahre 1792 erstmals von französischen Revolutionstruppen besetzt, mußte die Stadt 1798 an Frankreich abgetreten werden und blieb bis 1814 Hauptstadt des Departements Donnersberg. Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses wurde Mainz 1816 dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt zugeschlagen und neue Hauptstadt der Provinz Rheinhessen. Mainz blieb bis 1866 von Preußen, Österreich und Hessen gemeinsam besetzte Festung des Deutschen Bundes. Die Umwandlung des Großherzogtums in den Freistaat Hessen 1919 brachte für die Stadt keine nennenswerten administrativen Veränderungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem in der Altstadt vier Fünftel aller Bauten zerstört wurden, kam es durch die Bildung der Besatzungszonen zur Abtrennung der rechtsrheinischen Stadtteile, die schließlich auch dem neugebildeten Land

Hessen zugeordnet wurden, während das linksrheinische Stadtgebiet zum Land Rheinland-Pfalz kam. 1950 wurde der Regierungssitz des Bundeslandes Rheinland-Pfalz von Koblenz nach Mainz verlegt.

Die Ende des 19. Jahrhunderts begonnene Industrieansiedlung wurde in den 50er und 60er Jahren forciert vorangetrieben; dem trugen die Eingemeindungen von vormals selbständigen Gemeinden Rechnung, zuletzt im Rahmen der territorialen Verwaltungsreform 1969.

Als Landeshauptstadt und Oberzentrum der Region Rheinhessen-Nahe verfügt die Stadt über alle Einrichtungen von zentralörtlicher Bedeutung. Sie ist Sitz der Landesregierung und des Landtags sowie der Verwaltungen des Landkreises Mainz-Bingen. In der Stadt befinden sich ein Landgericht, das Landessozialgericht, das Landesarbeitsgericht und zahlreiche andere Landesbehörden sowie eine Wasser- und Schifffahrtsdirektion. Dort ansässig sind ebenfalls die Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, die Handwerkskammer Rheinhessen, die Landeszentralbank als Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank mit einer Hauptstelle, das Zweite Deutsche Fernsehen, das Landesstudio Rheinland-Pfalz des Südwestfunks, SAT 1 sowie ein privater Rundfunksender und zwei Tageszeitungen. Die Stadt besitzt neben dem Staatstheater die weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Kleinkunsthöhle „Unterhaus“. Ebenso ist sie Sitz der größten rheinland-pfälzischen Universität, der Akademie der Wissenschaften und der Literatur sowie des Max-Planck-Institutes für Chemie. Von den Museen sind hervorzuheben das Römisch-Germanische Zentralmuseum, das Landesmuseum, das Gutenbergmuseum als Weltmuseum der Druckkunst und das Naturhistorische Museum.

Politische Struktur

Bei den Stadtratswahlen im Jahre 1989 mußten die beiden großen Parteien CDU und SPD Wählerstimmenverluste hinnehmen, während kleinere Parteien mehr Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die CDU erhielt bei der Stadtratswahl 33,5 % der gültigen Wählerstimmen. Die SPD konnte 40,6 % der Stimmen für sich verbuchen. Für die F. D. P. entschieden sich 7,6 % der Wähler und für die GRÜNEN sogar 12 %. Sonstige Parteien erhielten 6,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Bei der Bundestagswahl 1990 erreichte die CDU 40,1 % der gültigen Zweitstimmen, die SPD 35,5 %, die

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf					
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen
	Anzahl	%						
Stadtratswahl								
1979	120 286	74,3	42,5	48,1	8,0	–	1,4	–
1984	124 891	70,5	40,4	43,7	6,1	9,2	0,4	–
1989	132 439	71,4	33,5	40,6	7,6	12,0	6,3	–
Landtagswahl								
1983	121 926	89,6	47,3	42,5	3,3	6,5	0,4	–
1987	130 834	75,7	41,3	37,7	8,8	10,1	1,5	0,6
1991	133 729	71,4	34,9	40,8	8,9	11,4	3,9	–
Bundestagswahl								
1983	122 450	89,6	43,6	40,2	8,7	6,9	0,6	–
1987	131 702	84,6	39,5	34,8	11,3	13,2	1,3	–
1990	134 696	79,9	40,1	35,5	12,6	7,1	4,7	–
Europawahl								
1979	120 952	74,1	43,7	44,2	7,9	3,1	1,2	–
1984	125 675	70,8	41,3	39,7	5,8	9,7	3,6	–
1989	133 388	71,9	33,4	37,2	7,0	12,5	9,9	–

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

F. D. P. 12,6 %, die GRÜNEN 7,1 %, 4,7 % entfielen auf die sonstigen Parteien.

Das Ergebnis der Landtagswahl 1991 stellt sich folgendermaßen dar: CDU 34,9 %, SPD 40,8 %, F. D. P. 8,9 %, GRÜNE 11,4 % und sonstige Parteien 3,9 % der gültigen Landesstimmen.

Bevölkerung

Mainz ist mit mehr als 177 000 Einwohnern (Ende 1989) die größte Stadt in Rheinland-Pfalz. Die Siedlungsdichte beträgt 1811 Einwohner je km² und liegt weit über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (915). Übertroffen wird die Stadt nur von Ludwigshafen mit einer Siedlungsdichte von 2 054.

Obwohl Mainz im Zweiten Weltkrieg große Bevölkerungsverluste hinnehmen mußte, lebten im Jahr 1987 fast 35 000 Menschen mehr in dieser Stadt als 1939, was einem Bevölkerungszuwachs von 25 % entspricht. Zwischen 1987 und 1989 ist die Bevölkerungszahl nochmals um 4 500 gestiegen und hat so den höchsten Wert in den vergangenen 50 Jahren erreicht. Nur Frankenthal und Speyer verbuchten prozentual höhere Zuwächse. Die kreisfreien Städte hatten zwischen 1939 und 1987 im Durchschnitt ein Plus von 11 % zu verzeichnen.

Im Jahr 1989 befanden sich 72 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 65-jährig), 13 % waren jünger, und 15 % waren 65 Jahre und älter. Landesweit und in den kreisfreien Städten betrug der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 69 bzw. 70 %. In den beiden übrigen Altersgruppen blieb Mainz unter dem Landesdurchschnitt und dem Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Von den 173 000 Einwohnern im Jahr 1987 waren 51 % römisch-katholisch und 32 % evangelisch.

Erwerbstätigkeit

Durch die Volkszählung 1987 wurden 78 300 in Mainz wohnende Erwerbstätige ermittelt, wovon 45 900 männlich und 32 400 weiblich waren. Die Erwerbstätigenquote betrug 45,4 % und lag deutlich über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Die meisten Erwerbstätigen entfielen auf den Dienstleistungssektor (52 %). In den kreisfreien Städten insgesamt betrug der Anteil 43 %. Im Jahr 1970 machte der Dienstleistungsbereich in Mainz 40 % aus. Im produzierenden Gewerbe waren 1987 31 % der Erwerbstätigen beschäftigt (1970: 38 %), im Vergleich zu 17 % in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung (20 %) und 1,2 % in Land- und Forstwirtschaft (2 %). In diesen drei Bereichen lag der Anteil unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Beamte und Angestellte sind unter den Berufsgruppen am stärksten vertreten. Gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen machten sie einen Anteil von 58 % aus. Diese Berufsgruppe hatte in Mainz den zweitgrößten Anteil unter den kreisfreien Städten, Arbeiter waren 28 %, Selbständige 7 % und mithelfende Familienangehörige machten 1 % aus. In einem Ausbildungsverhältnis befanden sich 5,9 % der Erwerbstätigen.

Durch die überörtliche Bedeutung und die Zugehörigkeit zum Rhein-Main-Gebiet ist die Stadt Einpendlerzentrum. Von den in Mainz erwerbstätigen Personen waren 1987 über 53 000 Einpendler. Dem standen fast 17 000 Auspendler gegenüber, was einen positiven Pendlersaldo von 32 %, bezogen auf die Erwerbstätigen am Arbeitsort, ergab. Das entsprach genau dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. Die Einpendler kamen überwiegend aus den Landkreisen Mainz-Bingen, Alzey-Worms und Bad Kreuznach, aber auch aus Hessen. Bei den Ausbildungspendlern nahm die Stadt mit einem positiven Pendlersaldo von 12 600 im Land eine Spitzenstellung ein.

Berufseinpender in die kreisfreie Stadt Mainz 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Kreisfreie Stadt Worms	577
Landkreis Bad Kreuznach Bad Kreuznach, große kreisangehörige Stadt	670
Landkreis Alzey-Worms Saulheim	1 052
Wörrstadt	967
Alzey, Stadt	959
Landkreis Mainz-Bingen Ingelheim am Rhein, große kreisangehörige Stadt	1 958
Bingen am Rhein, große kreisangehörige Stadt	1 614
Budenheim	1 520
Nieder-Olm	1 376
Bodenheim	1 337
Heidesheim am Rhein	1 116
Nierstein	933
Ober-Olm	905
Oppenheim, Stadt	815
Zornheim	812
Nackenheim	761
Stadecken-Elsheim	682
Gau-Algesheim, Stadt	621
Hessen	
Kreisfreie Stadt Wiesbaden	6 715
Ginsheim-Gustavsburg	1 395
Bischofsheim	869
Hochheim am Main, Stadt	769
Rüsselsheim, Stadt	644
Kreisfreie Stadt Frankfurt am Main	551
Übrige Gebiete	22 644
Einpendler insgesamt	53 092

1) Kamen mindestens 500 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

Einkommen

Im Jahr 1986 zahlten 69 900 Steuerpflichtige 652 Mill. DM Lohn- oder Einkommensteuer. Das durchschnittliche Einkommen je Steuerpflichtigem betrug 45 350 DM. Mainz nimmt damit einen Spitzenplatz unter den kreisfreien Städten und im Land ein (Durchschnittswerte: 41 640 bzw. 39 740 DM). Über ein Einkommen von bis zu 25 000 DM verfügten 33 % der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen, über 25 000 bis 50 000 DM 36 % und über mehr als 50 000 DM 32 %. Auf Landesebene betrugen die Anteile 35 %, 40 % und 25 %. Der Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte der Steuerpflichtigen, die über 100 000 DM und mehr verfügten, betrug in der Stadt 24 %, während es im Durchschnitt der kreisfreien Städte 20 % und auf Landesebene 17 % waren. Bei der Aufteilung nach der Art der Einkünfte entfiel auf Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit ein Anteil von 82 % (Land: 81 %), gefolgt von 7 % bei Einkünften aus Gewerbebetrieben (Land: 9 %) und 5 % bei Einkünften aus selbständiger Arbeit (Land: 4 %). Der Anteil der Einkommen aus Gewerbebetrieben in der Stadt war unterdurchschnittlich, bei den Einkommensarten aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit überdurchschnittlich. Die übrigen Anteile der Einkunftsarten entsprachen in etwa dem Landesmittel.

Bildungswesen

In Mainz wurden im Schuljahr 1989/90 an 31 Grund- und Hauptschulen 8 700 Schüler in 380 Klassen gezählt. Die durchschnittliche Klassenstärke belief sich auf 23 Schüler. Sie war etwas höher als der Durchschnitt der kreisfreien Städte (22,2). 370 Schüler besuchten in 35 Klassen drei Sonderschulen. Als durchschnittliche Klassenstärke wurde 10,6 im Vergleich zu 9,4 der kreisfreien Städte errechnet.

Des weiteren besuchten etwa 2 250 Schüler die fünf Realschulen und 7 440 die acht Gymnasien in der Stadt. Die Integrierte Gesamtschule Mainz-Bretzenheim zählte 701 Jungen und Mädchen und die Freie Waldorfschule 401.

Unterrichtet wurden die Schüler in Mainz von 587 hauptamtlichen Lehrern an Grund- und Hauptschulen und 46 Lehrern an Sonderschulen. An Realschulen zählte man 160 und an Gymnasien 550 Lehrkräfte.

Zur beruflichen Ausbildung standen in Mainz zehn berufsbildende Schulen zur Verfügung. In diesen Einrichtungen waren verschiedene Schulformen untergebracht. So gab es vier Berufsschulen mit 364 Klassen und 7 566 Schülern, sechs Berufsfachschulen (46/1 071), drei Berufsaufbauschulen (4/69) sowie vier Fachoberschulen (19/471), zwei Berufliche Gymnasien (23/474) und sechs Fachschulen (29/663). Darüber hinaus bestanden zehn Schulen des Gesundheitswesens mit insgesamt 705 Auszubildenden.

Mainz beherbergt auch Hoch- und Fachhochschuleinrichtungen. Im Wintersemester 1989/90 studierten 23 249 junge Leute an der Johannes Gutenberg-Universität (ohne Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft in Gernersheim) – der größten Universität des Landes –, 1 352 darunter waren Ausländer. Darüber hinaus bereiteten sich zu Beginn des Jahres 1991 insgesamt 163 ausländische Studienbewerber am Staatlichen Studienkolleg auf das Hochschulstudium vor. An den Abteilungen Mainz I (ohne Fachbereich Edelstein- und Schmuckdesign in Idar-Oberstein) und II der Fachhochschule Rheinland-Pfalz wurden 1 599 bzw. 1 699 Studenten gezählt, während es an der Katholischen Fachhochschule 482 und im Fachbereich Eisenbahnen der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung 746 Studenten waren (WS 1989/90). Außerdem befinden sich hier die Präsidialämter der Universität Koblenz-Landau und der Fachhochschule Rheinland-Pfalz.

Sportstätten

Als Teil der Infrastruktur standen im Jahr 1989 insgesamt 31 Sportplatzanlagen mit 55 Spielfeldern, 83 Turn- und Sporthallen sowie sechs Hallen- und zwei Freibäder bereit. Von den Sportanlagen wurden über 80 % von kommunalen oder staatlichen Trägern unterhalten. In Sportstadien und auf Sportplätzen wurden 24 000 Zuschauerplätze gezählt.

Gesundheitswesen

Ende des Jahres 1989 gab es in vier Akutkrankenhäusern insgesamt 2 710 Betten, wovon die meisten

Betten auf die Universitätskliniken entfielen (1 752). Es wurden zum gleichen Zeitpunkt 1 300 Ärzte in Mainz gezählt. Davon waren 322 oder 25 % frei praktizierend. Außerdem gab es noch 138 frei praktizierende Zahnärzte. Die große Krankenhausbetten- und Ärztezahl resultiert aus der überörtlichen Funktion der Stadt Mainz.

Jugend- und Altenpflege

In der Stadt standen Anfang 1991 für die Drei- bis Sechsjährigen in 62 Kindergärten 4 104 Plätze bereit. 37 Einrichtungen befanden sich in freier und 25 in öffentlicher Trägerschaft. Um die Kinder kümmerten sich 402 Betreuungskräfte, von denen 380 oder 95 % fachlich ausgebildete Kräfte waren. Die übrigen waren sonstige Fachkräfte und Berufspraktikanten. Für Jugendliche bestanden 13 Jugendheime, 21 Jugendzentren und eine Jugendherberge mit 174 Betten.

Für die alten Menschen gab es zwei Altenpflegeheime mit 154 Betten, drei Altenheime (185 Betten) und acht gemischte Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheime (1 559 Betten).

Wohnungsversorgung

Zu Beginn des Jahres 1990 standen für 1 000 Einwohner 493 Wohnungen zur Verfügung. Das ist die zweithöchste Relation unter den kreisfreien Städten hinter Kaiserslautern. Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 wurden nahezu 87 000 Wohnungen registriert. Das entspricht gegenüber 1968 einem Zuwachs von 53 %, während in den kreisfreien Städten die Zuwachsrate durchschnittlich 29 % betrug.

Relativiert wird dies jedoch, wenn man die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung betrachtet. Sie lag 1987 in Mainz bei 73,8 m², während alle anderen kreisfreien Städte durchschnittlich größere Wohnungen aufweisen konnten (Durchschnitt der kreisfreien Städte: 80,1 m²). Fast jede zweite Wohnung (48 %) wurde zwischen 1958 und 1978 gebaut (kreisfreie Städte: 42 %), 12 % seit 1979 (10 %) und 18 % stammen aus der Zeit von 1949 bis 1957 (18 %). Bei Wohnungen, die vor 1949 gebaut wurden, liegt die Stadt unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Drei von vier Wohnungen verfügten über Bad, WC und Sammelheizung. Ohne Sammelheizung, aber mit Bad

und WC waren 19 % ausgestattet und 2,7 % nur mit WC. Die Quadratmetermiete lag für bewohnte reine Mietwohnungen 1987 bei 8,28 DM. Damit liegt Mainz in Rheinland-Pfalz an der Spitze.

Verkehr

Mainz ist ein bedeutender Eisenbahnknotenpunkt. Hier treffen sich die von Norden nach Süden verlaufende Hauptstrecke von Köln nach Basel bzw. München und die Ost-West-Magistrale Berlin-Frankfurt-Paris. Weitere die Stadt berührende Bundesbahnstrecken sind die Abschnitte Mainz-Alzey bzw. Mainz-Bad Kreuznach-Kaiserslautern. Zur Bewältigung des kommunalen öffentlichen Nahverkehrs dienen 283 km städtische Omnibus- und 34 km Straßenbahnlinien, wobei eine enge Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben der Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main besteht.

Mitte des Jahres 1991 wurden 88 800 in der Stadt zugelassene Personenkraftwagen (einschließlich Kombis) gezählt, das sind 499 auf 1 000 Einwohner (Durchschnitt der kreisfreien Städte: 493). Im Jahr 1976 lag der Motorisierungsgrad in der Stadt bei 293. Darüber hinaus gab es 3 800 Motorräder, 3 700 Lastkraftwagen und 1 300 Zugmaschinen (1976: 1 300; 3 200; 800).

Die Stadt ist durch einen Autobahnring vollständig in das Autobahnnetz einbezogen. Insgesamt verfügt sie über 21 km Autobahn, 12 km Bundes-, 49 km Landes- und 59 km Kreisstraßen. Große Bedeutung kommt der Binnenschifffahrt durch den Mainzer Hafen zu. Hier wurden im Jahr 1990 rund 3,6 Mill. Tonnen Güter umgeschlagen, davon waren fast ein Drittel Steine, Erden und Baustoffe sowie 27 % landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel. Weiter von Bedeutung waren feste Brennstoffe (19 %), Erdöl und Gase (9 %), chemische Erzeugnisse und Düngemittel (2 %) sowie Eisen, Stahl, Erze und sonstige Metalle (1 %).

Auf den Flugplätzen in Mainz-Finthen, -Lerchenberg und an den Universitätskliniken wurden 1989 insgesamt fast 5 500 Starts von Flugzeugen und Hubschraubern registriert, darunter waren fast drei Viertel nicht gewerbliche Motorflüge.

Sozialprodukt

Das Sozialprodukt ist seit dem Beginn der achtziger Jahre um 45 % gestiegen. Im Jahr 1988 betrug es

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM	%					DM	Krfr. Städte = 100
1980	7 470	·	36,2	11,8	35,3	16,5	40 000	115,8
1982	9 032	·	33,4	10,1	41,0	15,3	48 380	122,8
1984	9 441	·	30,8	11,0	42,5	15,5	50 470	116,0
1986	10 012	·	31,2	10,5	42,1	16,1	53 070	112,6
1988	10 855	·	30,0	10,9	43,0	16,0	62 400	120,9

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

10 855 Mill. DM gegenüber 7 470 Mill. DM im Jahr 1980. Ähnlich wie in den anderen kreisfreien Städten fand auch in Mainz eine Verlagerung vom produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor statt. Der Anteil des produzierenden Gewerbes am Sozialprodukt sank von 36 % (1980) auf 30 %. Gleichzeitig stieg der Anteil der Dienstleistungsunternehmen von 35 % auf 43 %. Die Bereiche Handel und Verkehr machten 11 % (1980: 12 %) aus. 16 % entfielen auf den Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (1980: 17 %).

Die Bruttowertschöpfung je Einwohner stieg ebenfalls an. Sie lag 1988 bei 62 400 DM. 1980 waren 40 000 DM je Einwohner errechnet worden. Hier ist allerdings anzumerken, daß die Einwohnerzahl als Bezugsgröße nur mit Einschränkungen geeignet ist, da die wirtschaftliche Leistung nicht von den in einem Gebiet Wohnenden, sondern von den dort Arbeitenden erbracht wird.

Landwirtschaft

In den Randgebieten der Stadt ist auch die Landwirtschaft von Bedeutung. Bei einer Gesamtbodenfläche von mehr als 9 700 ha wurden 1989 immerhin 47 % landwirtschaftlich genutzt. Der Durchschnitt der kreisfreien Städte lag hier bei 37 %. Dreiviertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind Ackerland, in den meisten Fällen für Zuckerrüben- und Weizenanbau.

Im Jahre 1990 wurden über 370 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, gegenüber 1949 bedeutet dies einen Rückgang um 78 %. 1990 bearbeiteten mehr als drei Viertel der Betriebe weniger als 20 ha, 20 % hatten 20 bis 50 ha und 2 % über 50 ha. Im Jahre 1949 verfügten demgegenüber 0,5 % der landwirtschaftlichen Betriebe über 20 ha und mehr.

Neben dem Getreideanbau – es wurden 1987 fast 7 000 t Weizen, 1 500 t Sommer- und 700 t Wintergerste geerntet – ist auch der Obstanbau erwähnenswert. Westlich des Stadtzentrums befindet sich das größte deutsche Aprikosenanbaugbiet.

Industrie und Handwerk

Im Jahr 1989 lag der Grad der Industrialisierung bei 140 Beschäftigten je 1 000 Einwohner und damit weit höher als das Landesmittel (108), aber unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (180). In 171 Industriebetrieben wurden 24 900 Beschäftigte gezählt. Die durchschnittliche Betriebsgröße (145 Beschäftigte) ist doppelt so hoch wie auf Landesebene (72) und liegt nur wenig unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (155).

Vorherrschende Industriezweige sind nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung von 1987, bei denen auch Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten erfaßt wurden, die chemische Industrie (15 Betriebe mit 3 050 Beschäftigten), die Herstellung und Verarbeitung von Glas (6/4 890), der Fahrzeugbau (3/5 050) und die Herstellung von ADV-Einrichtungen (9/3 810). Zu erwähnen sind außerdem noch die Bereiche Elektrotechnik, Papier- und Pappeverarbeitung sowie das Druckereigewerbe.

1989 betrug die Exportquote 30 %. Die in der Stadt produzierten Güter waren also überwiegend für die Inlandsnachfrage bestimmt. Die Exportquote ist seit 1975 um 7 Prozentpunkte gestiegen. Sie liegt aber unter dem Landesdurchschnitt (39 %) und dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (47 %).

Die Zahl der Handwerksunternehmen belief sich 1987 auf 850. Fast die Hälfte dieser Unternehmen (411) zählten zum verarbeitenden Gewerbe, gefolgt vom Bau-gewerbe (232), dem Dienstleistungsbereich (151) und dem Handel (55).

Handel

In der Stadt wurden bei der Arbeitsstättenzählung im Jahr 1987 in 1 448 Arbeitsstätten des Handels ins-gesamt 12 500 Beschäftigte registriert, darunter waren fast 60 % Frauen. Acht von zehn Arbeitsstätten des Handels und sieben von zehn Beschäftigten gehörten zum Ein-

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			Mill. DM
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	27	4 145	154	16,7	3,4	213	1 190
chemische Industrie	17	3 564	210	14,3	4,5	188	1 014
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	61	11 965	196	48,1	7,3	695	1 579
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	5	389	78	1,6	4,6	12	38
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	14	1 228	88	4,9	5,7	62	263
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	4	132	33	0,5	3,3	5	8
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	6	307	51	1,2	1,5	11	47
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	65	7 556	116	30,4	8,2	401	1 401
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	18	1 204	67	4,8	5,5	52	1 181
Insgesamt	171	24 870	145	100,0	6,2	1 362	5 350

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Fremdenverkehr 1989

Betriebsart ¹⁾	Betriebe ²⁾	Betten	Gäste	Über- nachtungen	Aufenthalts- dauer	Auslastung
	Anzahl				Tage	%
Insgesamt	40	4 181	335 979	660 008	2,0	43,2
davon:						
Hotels	16	2 973	234 283	455 185	1,9	41,9
Hotels garnis	21	971	-	-	-	-
Gasthöfe	2	25	-	-	-	-
Jugendherbergen, Hütten ³⁾	1	174	21 009	36 546	1,7	57,5

1) Selbsteinstufung der Betriebe. - 2) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe. - 3) Einschl. jugendherbergsähnliche Einrichtungen, z. B. von Wandervereinen.

zelhandel. Hier war auch der Frauenanteil mit über 70 % außerordentlich hoch (Landesdurchschnitt: 66 %).

Von den 12 500 im Handel Beschäftigten gehörte fast jeder dritte (30 %) zur Gruppe der Teilzeitarbeitnehmer (Einzelhandel: 36 %). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist in den vergangenen Jahren immer mehr gestiegen. Im Jahr 1970 lag ihr Anteil noch bei 16 % im Handel insgesamt und 19 % im Einzelhandel. 3,1 % der Arbeitnehmer im Handel waren ausländische Arbeitnehmer im Vergleich zu 1,5 % im Land.

Dienstleistungen

In privaten Dienstleistungsbetrieben (Banken, Versicherungen, Dienstleistungen von freien Berufen und Unternehmen) hat sich zwischen 1970 und 1987 die Zahl der Beschäftigten um 75 % auf 28 700 erhöht. Ähnliches gilt für die öffentlichen Dienstleistungen (Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen). Hier stieg die Beschäftigtenzahl um 51 % auf über 30 300. Damit liegt der Zuwachs der beiden Dienstleistungsbereiche in der Stadt über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (69 % bzw. 38 %).

Der Anteil der Arbeitsstätten im Dienstleistungssektor an der Gesamtzahl der Arbeitsstätten ist seit 1970 eben-

falls gestiegen. Bei den privaten Dienstleistungen stieg der Anteil von 34 % (1970) auf 43 % (1987), im öffentlichen Dienstleistungssektor von 9,0 % auf 10,6 %. Auch hier liegen die Werte der Stadt über den Durchschnittswerten der kreisfreien Städte (41 % bzw. 8,4 %) im Jahr 1987.

Im privaten Dienstleistungssektor kommt den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (z. B. Rechts- und Steuerberatung, technische Beratung und Planung, Datenverarbeitung, Vermögensverwaltung), dem Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung sowie den Kreditinstituten die größte Bedeutung zu. Bei den öffentlichen Dienstleistungen gilt dies sowohl für die Einrichtungen von Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser) als auch für die Gebietskörperschaften.

Fremdenverkehr

Im Jahr 1989 wurden in Mainz 4 181 Fremdenbetten gezählt, davon 71 % in Hotels. Die verbleibenden Fremdenbetten verteilten sich auf Hotels garnis, Jugendherbergen, Privatquartiere und Gasthöfe. Die Gästezahl betrug 336 000. Die Zahl der Übernachtungen lag bei 660 000. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2 Tagen. Auf Landesebene beträgt

Unmittelbare Ausgaben der kreisfreien Stadt Mainz 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachinve- stitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	67 523	388,65	76,4	1,7	21,9
Schulen und vorschulische Bildung	58 600	337,29	39,4	26,8	33,8
Kulturelle Angelegenheiten	36 223	208,49	75,9	2,9	21,2
Soziale Sicherung	117 978	679,06	20,0	0,2	79,8
Gesundheit, Sport und Erholung	21 977	126,50	55,5	12,8	31,7
Wohnungswesen und Raumordnung	27 285	157,05	38,7	13,8	47,5
Kommunale Gemeinschaftsdienste	26 167	150,61	24,1	2,5	73,4
Wirtschaftsförderung	2 250	12,95	16,2	4,0	79,8
Verkehrswesen	25 990	149,59	1,1	78,4	20,5
Wirtschaftsunternehmen	22 459	129,27	13,8	63,3	16,9
Übrige Aufgabenbereiche	71 616	412,20	33,3	16,2	50,5
Insgesamt	478 069	2 751,66	38,1	15,3	46,6

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

die entsprechende Quote 3,4 Tage. Die unterdurchschnittliche Aufenthaltsdauer ist in Mainz auf die hohe Anzahl von Dienst- und Geschäftsreisenden zurückzuführen.

Von den Fremdenverkehrsgästen kamen 44 % von außerhalb der Bundesrepublik im Vergleich zu 24 % im Landesdurchschnitt.

Öffentliche Finanzen

Die bereinigten Gesamteinnahmen der Stadt beliefen sich im Jahr 1988 auf 550 Mill. DM, auf jeden Einwohner verteilt ergaben das 3 160 DM. Die Steuereinnahmekraft je Einwohner betrug 1 490 DM. Die beiden letztgenannten Werte lagen über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte von 2 920 DM bzw. 1 330 DM. 58 % der Einnahmen kamen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, während 10 % aus Zuweisungen und

Zuschüssen für laufende Zwecke und für Investitionen und 3 % aus Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt stammten. Bei dem Durchschnitt der kreisfreien Städte betrugen die Anteile 52, 8 und 3 %.

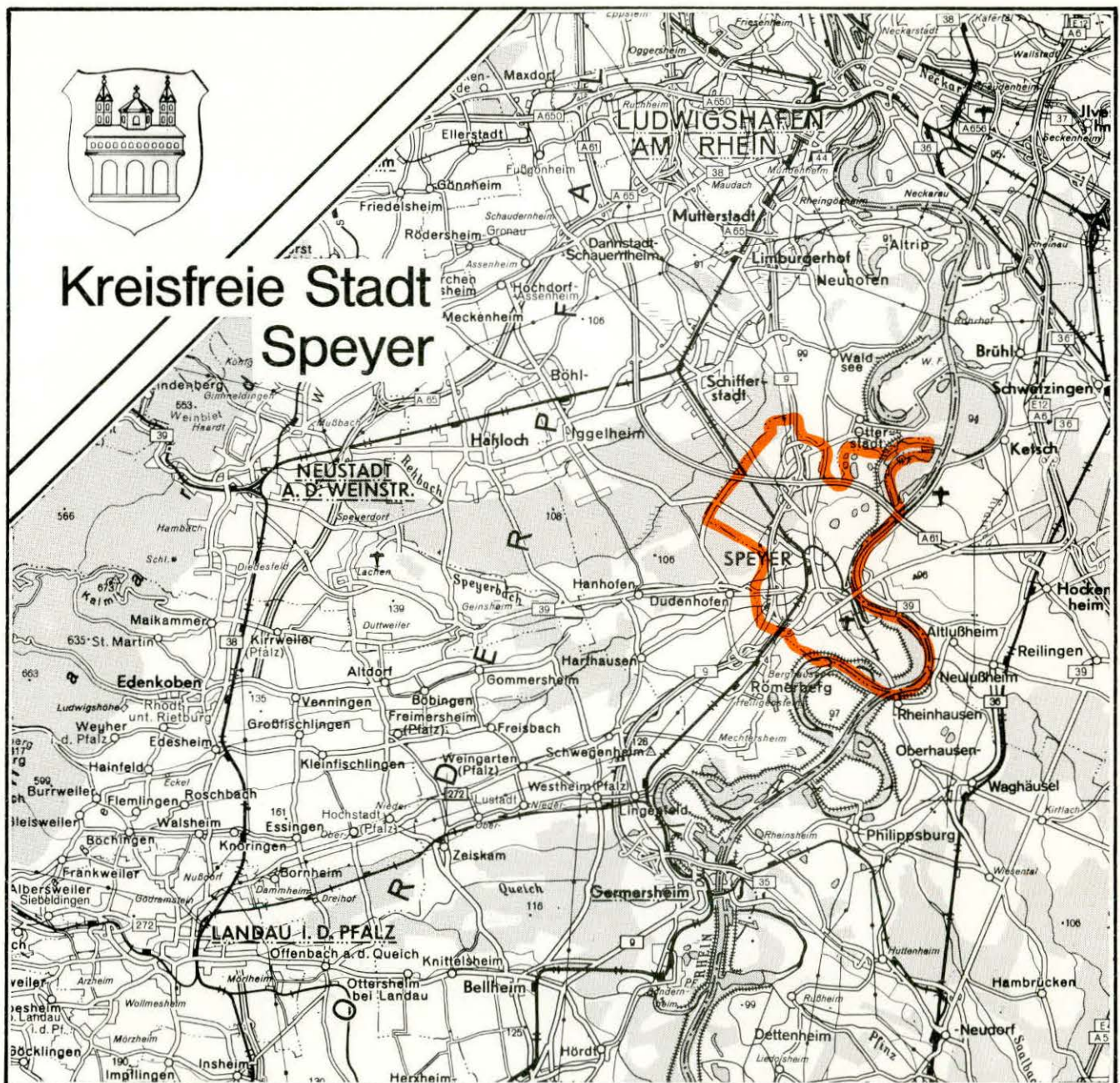
Den Einnahmen standen unmittelbare Ausgaben in Höhe von 480 Mill. DM gegenüber. Pro Einwohner waren das 2 750 DM (Durchschnitt der kreisfreien Städte: 2 620 DM). Wichtige Ausgabenschwerpunkte waren die Personalausgaben (182 Mill. DM) und die Sachinvestitionen (73 Mill. DM), die insgesamt über 53 % der Ausgaben ausmachten. Als bedeutendste Aufgabenbereiche sind die soziale Sicherung (118 Mill. DM) sowie die Schulen und die vorschulische Bildung (59 Mill. DM) zu nennen. Der Schuldenstand der Stadt betrug Ende 1988 rund 457 Mill. DM, das sind 2 630 DM je Einwohner. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte lag die Pro-Kopf-Verschuldung bei rund 2 900 DM.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Marion Monreal-Körber

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Abbildung Titelseite: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz

Die kreisfreie Stadt Speyer

Landeskundliche Angaben

Die kreisfreie Stadt Speyer liegt im Norden der Pfälzischen Rheinniederung an der Mündung des Speyerbaches in den Rhein. Ihre westlichen Ausläufer erstrecken sich in die Pfälzische Rheinebene. Ringsum ist sie vom Landkreis Ludwigshafen umgeben. Auf dem gegenüberliegenden Rheinufer liegt der baden-württembergische Rhein-Neckar-Kreis.

Speyer ist eine der ältesten deutschen Städte. Archäologische Untersuchungen belegen, daß um das Jahr 10 v. Chr. eines der ersten römischen Militärlager an dem linken Rheinufer entstanden ist. Um dieses Lager entwickelte sich die Zivilsiedlung Novogiamus. Sie wuchs allmählich zu einer repräsentativen Stadt und avancierte zu einem regionalen Verwaltungszentrum im Territorium der germanischen Nemetes. In späteren Urkunden wurde der Name „Civitas Nemetum“ genannt. Seit dem frühen 6. Jahrhundert findet sich zunehmend die Bezeichnung „Spira“.

Als ständiger Sitz des Bischofs wird Speyer zweifelsfrei seit dem Jahr 614 nachgewiesen. 1030 legte der aus dem Speyergau stammende Salierkönig Konrad II. den Grundstein zum Bau des Doms, der in der Folgezeit Grabstätte des salischen Herrscherhauses wurde. Der Speyerer Dom ist der größte und bedeutendste erhaltene Kirchenbau der romanischen Epoche. Anfang des 12. Jahrhunderts erlangte Speyer durch kaiserliche Privilegien mehr Selbstverwaltungsrechte und wurde 1294 eine „Freie Reichsstadt“ des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Die Stadt war Tagungsort zahlreicher, teilweise sehr bedeutender Reichstage.

Im Pfälzischen Erbfolgekrieg wurde Speyer 1689 auf Befehl Ludwig XIV. fast völlig zerstört. Die Stadt verlor ihre Funktion als politisches und wirtschaftliches Zentrum im Oberrheingebiet. 1792 wurde die Stadt von französischen Revolutionstruppen erneut erobert und blieb bis 1814 unter dieser Fremdherrschaft. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde sie Kreishauptstadt der Pfalz und Sitz der Regierung des Bayerischen Rheinkreises. Seit 1946 ist Speyer eine kreisfreie Stadt. Sie blieb als einzige rheinland-pfälzische Stadt von der territorialen Verwaltungsreform 1969/74 unberührt.

Speyer ist Mittelzentrum des gleichnamigen Mittelbereichs in der Region Rheinpfalz. Zu diesem zählen außer der Stadt selbst noch die Gemeinde Römerberg sowie

die Verbandsgemeinden Dudenhofen und Waldsee (Landkreis Ludwigshafen). Oberzentrum ist die Stadt Ludwigshafen. Folgende Institutionen haben ihren Sitz in Speyer: Der Landesrechnungshof, die Hochschule für Verwaltungswissenschaften, die Landesversicherungsanstalt, die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Rheinhessen-Pfalz, die pfälzische Landesbibliothek, das Staatsarchiv und das historische Museum der Pfalz sowie das bischöfliche Ordinariat und der Landeskirchenrat der evangelischen Kirche der Pfalz. Hinzu kommen noch Sozialgericht, Amtsgericht, Finanzamt, Gesundheitsamt und Forstamt.

Politische Struktur

Bei den Kommunalwahlen am 18. Juni 1989 waren in Speyer 34 245 Bürger aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Mit einem Stimmenanteil von 42,2 % ging die SPD als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Die CDU errang einen Anteil von 31,8 %. Auf die Wählervereinigungen entfielen 8,8 %, auf die GRÜNEN 8,3 %, auf die F.D.P. 4,7 % und auf die ÖDP 4,2 % der gültigen Stimmen.

Der Stadtrat besteht aus 43 Mitgliedern. Davon entfallen auf die SPD 18, die CDU 14, die Wählervereinigungen 4, die GRÜNEN 3 sowie die F.D.P. und die ÖDP je 2 Sitze.

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 errang die CDU einen Anteil von 44,6 % der gültigen Zweitstimmen, die SPD 35,2 %. Es folgen die F.D.P. mit einem Stimmenanteil von knapp 10 % und die GRÜNEN mit 5,5 %.

Bei der Landtagswahl im April 1991 erhielt die SPD 44,9 % der gültigen Landesstimmen. Auf die CDU entfielen 35,9 %, auf die GRÜNEN 7,7 % und auf die F.D.P. 6,5 %.

Bevölkerung

Ende 1989 waren in Speyer 45 674 Einwohner gemeldet. Die Stadt zählt bevölkerungs- und flächenmäßig zu den kleinsten Verwaltungsbezirken in Rheinland-Pfalz. Lediglich in Landau und Zweibrücken waren weniger Einwohner registriert. Bei einer Fläche von knapp 43 qkm errechnet sich eine Siedlungsdichte von 1 073 Einwohnern je qkm. Dieser Wert wurde nur von den Großstädten Ludwigshafen (2 054) und Mainz (1 811) übertroffen.

Wahlen 1979 – 1991

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf					
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen
	Anzahl	%						
Stadtratswahl								
1979	31 651	73,8	38,4	45,0	5,1	–	2,3	9,1
1984	32 790	70,6	35,8	42,2	6,0	6,1	0,7	9,2
1989	34 245	70,9	31,8	42,2	4,7	8,3	4,2	8,8
Landtagswahl								
1983	32 589	89,0	49,1	41,8	2,9	5,6	0,6	–
1987	33 700	72,9	45,2	38,2	6,4	7,6	2,1	0,5
1991	35 061	69,5	35,9	44,9	6,5	7,7	5,1	–
Bundestagswahl								
1983	32 648	89,1	45,5	41,4	6,7	5,8	0,7	–
1987	33 686	84,6	41,8	37,9	8,8	9,6	1,8	–
1990	35 043	79,6	44,6	35,2	9,9	5,5	4,9	–
Europawahl								
1979	31 825	73,6	44,9	45,1	5,6	3,0	1,4	–
1984	32 942	71,0	42,0	41,2	4,6	7,7	4,5	–
1989	34 449	71,3	34,5	40,7	5,2	9,1	10,5	–

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen, bei der Landtagswahl 1991 Landesstimmen.

Speyer ist die einzige kreisfreie Stadt, die langfristig gesehen eine kontinuierliche Bevölkerungszunahme verzeichnen kann. Von 1939 bis 1989 stieg die Einwohnerzahl um 52 %. Diese Steigerungsrate konnte nur von der Stadt Frankenthal übertroffen werden. Bereits in den Jahren zwischen 1939 und 1950 errechnet sich eine vergleichsweise überproportionale Zuwachsrate von fast 6 %. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Bevölkerung der kreisfreien Städte um durchschnittlich 13 %. Ein weiterer Anstieg von 31 % war zwischen 1950 und 1970 zu verzeichnen, etwas weniger als im Mittel der kreisfreien Städte (+ 35 %). In den nachfolgenden zwei Jahrzehnten setzte sich der positive Trend weiter fort. Während die meisten kreisfreien Städte einen zum Teil erheblichen Rückgang der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen hatten, registrierte die Stadt Speyer Ende 1989 gut 9 % mehr Einwohner als zwanzig Jahre zuvor. Diese Entwicklung basiert in erster Linie auf einem positiven Wert des Wanderungssaldos. Bei einem Vergleich der Geburtenraten mit der Zahl der Gestorbenen ergibt sich, daß seit 1972 mehr Einwohner verstorben sind als geboren wurden.

Die Altersstruktur der Bevölkerung unterscheidet sich teilweise von den Vergleichswerten der kreisfreien Städte. Ende 1989 waren in Speyer mehr als 15 % der Einwohner jünger als 15 Jahre (kreisfreie Städte: knapp 14 %), der Anteil der Senioren lag bei 16 % (17 %). Im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren befanden sich 69 % der Bevölkerung. Im Mai 1987 lag der Ausländeranteil bei 9 %, das ist etwas mehr als der Mittelwert der kreisfreien Städte (8,3 %). Jeder vierte ausländische Einwohner besaß die jugoslawische Staatsangehörigkeit.

Erwerbstätigkeit

Bedingt durch die Zunahme der Bevölkerung stieg auch die Zahl der erwerbstätigen Personen. 1970 wurde im Rahmen der Volkszählung 18 100 in Speyer

wohnende Erwerbstätige erfaßt. Ihr Anteil an der Bevölkerung belief sich auf gut 43 %. 1987 wurden fast 19 500 erwerbstätige Personen – darunter 7 800 Frauen – registriert. Das sind fast 8 % mehr als im Jahr 1970. Die Erwerbstätigenquote lag mit 44 % über dem Vergleichswert der kreisfreien Städte (43 %).

Die Bedeutung der Stadt als Schul- und Verwaltungszentrum findet ihren Ausdruck in dem hohen Anteil an Beamten und Angestellten (49 % der Erwerbstätigen). Die zweitstärkste Gruppe mit knapp 36 % stellten die Arbeiter, 7,4 % waren selbständig. Gegenüber 1970 hat sich der Anteil der Beamten und Angestellten um drei Prozentpunkte erhöht, dagegen nahm der Arbeiteranteil im gleichen Maß ab. Die meisten Erwerbstätigen waren mit je 42 % im Dienstleistungsbereich und im produzie-

Berufseinpender in die kreisfreie Stadt Speyer 1987

Herkunftsort	Berufs- einpender ¹⁾
Römerberg	1 142
Dudenhofen	977
Schifferstadt, Stadt	776
Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt	390
Neustadt an der Weinstraße, kreisfreie Stadt	389
Harthausen	386
Otterstadt	300
Lingenfeld	294
Haßloch	293
Böhl-Iggelheim	275
Hanhofen	269
Schwegenheim	254
Germersheim, Stadt	244
Waldsee	214
Übrige Gebiete	4 179
Einpender insgesamt	10 382

1) Kamen mindestens 200 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

renden Gewerbe tätig, weitere 15 % im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Das in Speyer bestehende Arbeitsplatzangebot wurde nicht allein von den in der Stadt lebenden Erwerbstätigen genutzt. 1987 kamen fast 10 400 Berufstätige nach Speyer, um dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die meisten Pendler kamen aus den Gemeinden Römerberg (1 142), Dudenhofen (977) und Schifferstadt (776). Der Anteil der Berufseinpender an der Gesamtzahl der in der Stadt arbeitenden Erwerbstätigen lag bei 44 %. Etwa 6 200 Personen übten ihren Beruf außerhalb der Stadt aus. Speyer als Einpendlerzentrum ist auch für die schulische und berufliche Ausbildung von Bedeutung. 1987 wurden über 2 200 Ausbildungseinpender gezählt. Diesen standen nur knapp 600 Auspendler gegenüber.

Einkommen

Im Jahr 1986 erarbeiteten sich die 16 545 Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in Speyer fast 690 Mill. DM. Das entspricht einem Pro-Kopf-Einkommen von 41 466 DM. Dieser Wert liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt von 39 700 DM. Im Vergleich zu den kreisfreien Städten wurden nur in Mainz, Frankenthal und Neustadt an der Weinstraße höhere Einkommen erzielt.

37 % der Steuerpflichtigen bezogen ein mittleres Einkommen zwischen 25 000 und 50 000 DM. Dieser Anteil entspricht dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte. Überdurchschnittlich vertreten waren die Bezieher höherer Einkommen (über 50 000 DM) mit einem Anteil von 29 % (kreisfreie Städte: knapp 28 %). Bei gut einem Drittel der Steuerpflichtigen lag der Jahresverdienst unter 25 000 DM.

83 % der Einkünfte entfielen 1986 auf die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit. Zwei Drittel der Steuerpflichtigen erzielten in diesem Bereich Einkünfte von fast 600 Mill. DM. Von Bedeutung sind noch die Einkünfte aus Gewerbebetrieb (53 Mill. DM) und aus selbständiger Arbeit (34 Mill. DM).

Bildungswesen

Im Schuljahr 1989/90 unterrichteten in Speyer an acht Grund- und Hauptschulen mit 119 Klassen 187 hauptamtliche Lehrer. Diese betreuten 2 873 Schüler. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Klassenstärke von 24 Schülern. Speyer weist in diesem Bereich damit den ungünstigsten Wert aller kreisfreien Städte auf. Die beiden Sonderschulen wurden von 206 Schülern besucht. An weiterführenden Schulen gab es zwei Realschulen mit 852 Schülern und fünf Gymnasien mit 2 543 Schülern. Die Klassengröße liegt bei den Realschulen über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. Dagegen weisen die Gymnasien mit 24 Schülern je Klasse einen wesentlich besseren Wert auf als die meisten vergleichbaren Verwaltungsbezirke.

Für die berufliche Aus- und Weiterbildung steht ein breitgefächertes Angebot zur Verfügung. Neben der Berufsschule, die 1989/90 fast 1 600 Schüler besuch-

ten, gab es noch zwei Berufsfachschulen und eine Berufsaufbauschule. Hinzu kommt noch eine Fachoberschule für die Bildungsgänge Technik und Wirtschaft und zwei private Fachschulen für den Bereich Sozialwesen. Zwei private Krankenpflege- und eine Kinderkrankenpflegeschule runden den Katalog der Ausbildungsmöglichkeiten ab.

Eine besondere Bedeutung für Speyer hat die Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Sie ist eine vom Bund und den Ländern gemeinsam getragene und verwaltete postuniversitäre Einrichtung. Als Zentrum der Verwaltungswissenschaften obliegen ihr die verwaltungswissenschaftliche Aus- und Fortbildung sowie Forschung. Im Wintersemester 1989/90 waren 476 Studenten, darunter 164 Frauen, immatrikuliert.

Sportstätten

Anfang 1990 gab es in Speyer 33 Sportvereine mit über 12 000 Mitgliedern. Jeder vierte Einwohner der Stadt war somit sportlich organisiert. Größter Verein mit 4 322 Mitgliedern war der TSV 1847 Speyer, der zu den drei größten Vereinen in Rheinland-Pfalz zählt. Im Stadtgebiet befanden sich 18 Sportplatzanlagen mit 27 Spielfeldern sowie 24 Turn- und Sporthallen. Zudem wurden acht Tennis-, drei Reit- und eine Trimmanlage sowie ein Minigolf-, ein Segelfluggelände und eine Schießsportfreianlage zur sportlichen Betätigung angeboten. Für den Schwimmsport standen ein Hallen- und zwei Freibäder zur Verfügung.

Gesundheitswesen

Anfang 1990 gab es in der Stadt drei Akutkrankenhäuser – darunter ein Fachkrankenhaus für innere Krankheiten – mit zusammen 718 Betten. Das überdurchschnittlich gute Angebot an Bettenkapazitäten unterstreicht die überregionale Bedeutung Speyers auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. In der Stadt praktizierten 192 Ärzte. Davon waren 86 in einem Krankenhaus tätig, während 80 in freier Praxis arbeiteten. 32 % der freipraktizierenden Ärzte waren Allgemeinmediziner oder praktischer Arzt, 68 % hatten sich auf ein bestimmtes Fachgebiet spezialisiert. Für die zahnmedizinische Behandlung waren 24 Zahnärzte zuständig. Die Versorgung mit Medikamenten gewährleisteten 18 Apotheken.

Jugend- und Altenpflege

Für die Betreuung der Kinder im Vorschulalter verfügte Speyer 1990 über 15 Kindergärten mit über 1 300 Plätzen. Nahezu alle Einrichtungen wurden von den beiden großen Kirchen unterhalten, zwei wurden in öffentlicher Trägerschaft geführt. Das Angebot zur Kinderbetreuung wurde noch durch drei Kinderhorte, drei Schulkindergärten und eine Kinderkrippe ergänzt. In Speyer gab es außerdem fünf Kleinkinderspielplätze, zwölf Spielplätze für Kinder aller Altersstufen und sieben Nachbarschaftsspielplätze mit einer Mindestgröße von 3 000 qm. An weiteren Einrichtungen für Kinder und Jugendliche waren zwei Jugendheime sowie zwei Jugendzentren vorhanden.

Für die Versorgung und Unterbringung älterer Menschen gab es Ende 1988 zwei Altenpflegeheime mit 77 Plätzen sowie 4 gemischte Einrichtungen mit 378 Plätzen, die als Betreuungsform das Altenheim, Altenwohn- oder Altenpflegeheim anbieten.

Wohnungsversorgung

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung im Mai 1987 wurden in Speyer 19 612 Wohnungen registriert, 39 % mehr als bei der Erhebung 1968. Speyer liegt damit deutlich über dem Vergleichswert der kreisfreien Städte, die eine Zuwachsrate von 29 % zu verzeichnen hatten. 35 % der Wohnungen wurden von den Eigentümern selbst genutzt. Die durchschnittliche Wohnungsgröße lag bei 85 qm und damit um 5 qm über dem Vergleichswert der kreisfreien Städte.

Die meisten Wohnungen (58 %) befanden sich in Gebäuden, die nach 1957 erbaut worden waren; 13 % stammten noch aus der Zeit vor der Jahrhundertwende und knapp 30 % waren zwischen 1901 bis 1957 erbaut worden. Im Mai 1987 waren 64 % der Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet, weitere 31 % mit Bad und WC aber ohne Sammelheizung. Das durchschnittliche Mietpreisniveau lag mit 6,35 DM je qm unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (6,68 DM).

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung sind die Basis für die jährliche Fortschreibung des Bestandes an Wohngebäuden und Wohnungen. Danach gab es Anfang 1990 in Speyer 19 811 Wohnungen. Der Bestand hat sich seit Mai 1987 um fast 2 % erhöht.

Verkehr

Die Stadt Speyer befindet sich in einer sehr verkehrsgünstigen Lage. Einerseits grenzt sie unmittelbar an den Rhein – die meistbefahrene Wasserstraße Europas – andererseits verläuft nördlich in ihrer unmittelbaren Nähe die Bundesautobahn 61 mit zwei Anschlußstellen. Im Westen der Stadt garantiert die mehrspurig ausgebaute Bundesstraße 9 eine gute Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz. Die Gesamtlänge der überörtlichen Straßen im Stadtgebiet beträgt 55 km.

Im Jahr 1990 wurden in den Rheinhäfen der Stadt knapp 1 026 000 t Güter umgeschlagen. In der Hauptsache waren dies Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase (745 000 t), chemische Erzeugnisse und Düngemittel

(247 000) sowie Steine, Erden und Baustoffe (29 000). Der Güterumschlag steigerte sich gegenüber 1987 um 42 %.

Weiterhin befindet sich in Speyer ein Verkehrslandeplatz, der über eine befestigte Start-Landebahn für Motorflugzeuge und Hubschrauber bis 5,7 t sowie eine Gras-Start-Landebahn für Flugzeuge und Segelflugzeuge bis 2,0 t verfügt. 1989 wurden fast 17 000 Starts registriert. Der Landeplatz zählt damit zu den am meisten frequentierten in Rheinland-Pfalz.

Am 1. Juli 1991 waren knapp 26 900 Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit gehört Speyer zu den kreisfreien Städten mit der höchsten Fahrzeugdichte. Auf 1 000 Einwohner kamen 586 Kraftfahrzeuge, der Vergleichswert der kreisfreien Städte liegt bei 555. 89 % der Zulassungen betrafen Personenkraftwagen, je 4 % entfielen auf Lastkraftwagen und Krafträder. Hinzu kamen noch 253 Zugmaschinen und 37 Omnibusse.

Sozialprodukt

Gradmesser für die wirtschaftliche Leistung ist die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen. Mit 1 738 Mill. DM war die Wertschöpfung 1988 in Speyer um 13 % niedriger als 1980 mit einem Betrag von 1 987 Mill. DM. Wesentliche Gründe dafür liegen in der Schließung einer großen Raffinerie.

Je Einwohner errechnet sich für die Stadt eine Bruttowertschöpfung von 38 950 DM. Hier ist allerdings anzumerken, daß die Einwohnerzahl als Bezugsgröße nur mit Einschränkungen geeignet ist, da die wirtschaftliche Leistung nicht von den in einem Gebiet Wohnenden, sondern von den dort Arbeitenden erbracht wird.

Ein Vergleich der einzelnen Bereiche im Zeitablauf zeigt eine deutliche Verschiebung vom sekundären hin zum tertiären Sektor. Hatte das produzierende Gewerbe (sekundärer Sektor) 1980 noch einen Anteil von 65 %, so verringerte sich dieser bis 1988 auf 45 %. Entgegengesetzt verhielt es sich in den Bereichen Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Dienstleistungsunternehmen, die 1980 einen Anteil von 17 bzw. 11 % aufweisen. Für 1988 errechnen sich Werte von 24 und 20 %.

Im Vergleich liegt Speyer in den Bereichen produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen sowie Handel und Verkehr unterhalb der Durchschnittswerte der kreisfreien Städte. Dagegen ist der Anteil der Brutto-

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner ¹⁾	
	Mill. DM	%					DM	Krfr. Städte = 100
1980	1 987	-	65,4	6,7	10,9	16,9	45 360	131,3
1982	2 049	-	62,8	7,0	12,3	17,7	46 760	118,7
1984	1 731	-	51,1	9,2	16,6	22,8	39 550	90,9
1986	1 620	-	47,6	10,1	18,4	23,7	37 720	80,0
1988	1 738	-	45,4	10,3	20,0	24,2	38 950	75,5

1) Bis 1986 Einwohner auf der Basis Volkszählung 1970, 1988 auf der Basis von 1987.

wertschöpfung im Sektor Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck überdurchschnittlich hoch. Zurückzuführen ist dies auf die Tatsache, daß in Speyer viele Behörden und öffentlich-rechtliche Körperschaften ansässig sind.

Landwirtschaft

Speyer ist die nach der Fläche kleinste kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz. Aus diesem Grund ist die landwirtschaftliche Nutzung nur von geringer Bedeutung. Das Gebiet umfaßte 1989 eine Bodenfläche von 4 258 ha, davon entfielen 958 ha (22,5 %) auf Landwirtschaftsfläche und 970 ha auf Wald. 93 % der von den Betrieben landwirtschaftlich genutzten Fläche wurden 1987 als Ackerland ausgewiesen, knapp 6 % als Dauergrünland. Bevorzugt wurde der Anbau von Getreide, wobei der Weizen mit einer Erntemenge von 1 309 t dominierte.

1990 gab es in der Stadt noch 43 landwirtschaftliche Betriebe. Knapp 35 % dieser Betriebe bewirtschafteten eine Fläche von mehr als 20 ha. In Speyer gibt es somit mehr landwirtschaftliche Betriebe dieser Größenordnung als im Durchschnitt der kreisfreien Städte (21 %).

Industrie und Handwerk

Die Arbeitsstättenzählung vermittelt ein umfassendes Bild der Struktur der gesamten gewerblichen Wirtschaft. Bei der Zählung 1987 wurden in Speyer 1980 Arbeitsstätten mit 23 000 Beschäftigten erfaßt. Gegenüber 1970 nahm die Zahl der Arbeitsstätten um 25 %, die der Beschäftigten um 6 % zu. Fast jeder dritte Arbeitnehmer war im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Arbeitsstätten dieses Wirtschaftsbereiches jedoch um 11 %, die der Beschäftigten sogar um 19 % verringert. In erster Linie

ist dies auf den Abbau von Arbeitsplätzen in den Bereichen Leder, Textil und Bekleidung (– 800 Beschäftigte), Ernährung und Tabakverarbeitung (– 330) sowie der Mineralölverarbeitung (– 300) zurückzuführen. In diesen Wirtschaftszweigen gingen zwischen 1970 und 1987 zwei Drittel der Arbeitsplätze verloren. Die meisten Beschäftigten arbeiteten im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (2 200), in der Elektrotechnik und Feinmechanik (2 100) sowie im Holz-, Papier- und Druckgewerbe (1 200). Zu diesen Bereichen gehören auch zwei Großbetriebe, die jeweils über 800 Arbeitsplätze anbieten. In Speyer beherrschen Klein- und Mittelbetriebe das Bild. 1987 waren in 82 % aller Arbeitsstätten weniger als 10 Arbeitnehmer beschäftigt. Um die Arbeitsmarktsituation zu verbessern, ist die Erschließung eines neuen Industrieparks auf einem 160 ha großen ehemaligen Raffinerie- und Tanklagergelände geplant.

1989 waren in der Stadt 86 Industrie- und Handwerksbetriebe – ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten – mit 6 404 Beschäftigten angesiedelt. Der Industrialisierungsgrad lag mit 140 Beschäftigten je 1 000 Einwohner deutlich unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (180). Die Industriebetriebe erwirtschafteten 1989 einen Umsatz von gut 1 Mrd. DM. 51 % entfielen dabei auf das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe. Lediglich 19 % des Umsatzes wurden durch den Export erzielt. Die Exportquote liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (47 %) oder dem Landesdurchschnitt (39 %).

Im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 wurden 323 Handwerksunternehmen erfaßt. Zum verarbeitenden Gewerbe zählten 135 Unternehmen, darunter 40 zum Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau. Im Baugewerbe waren 102 Handwerksunternehmen tätig. Im Dienstleistungsbereich gab es 58 und im Bereich des Handels 26 Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen waren.

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			Mill. DM
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	13	403	31	6,3	0,3	20,2	132,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	7	113	16	1,8	0,7	5,7	49,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	37	4 044	109	63,1	2,5	186,8	-
Maschinenbau, Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	14	365	26	5,7	0,7	17,2	82,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz usw.	4	607	152	9,5	1,2	20,3	-
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	5	1 832	366	28,6	8,5	86,8	89,3
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	5	90	18	1,4	0,4	4,0	23,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	29	1 781	61	27,8	1,9	89,9	532,2
Papier- und Pappeverarbeitung	6	225	38	3,5	2,8	11,7	-
Druckereien, Vervielfältigung	11	835	76	13,0	9,0	41,5	137,5
Herstellung von Kunststoffwaren	6	235	39	3,7	1,3	10,8	49,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	7	176	25	2,7	0,8	5,2	-
Insgesamt	86	6 404	74	100,0	1,6	302,1	1 037,8

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Handel

In Speyer gab es 1987 im Handel fast 550 Arbeitsstätten mit mehr als 3 100 Beschäftigten. Der Einzelhandel, dem die direkte Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchs- und Konsumgütern obliegt, nimmt dabei eine herausragende Stellung ein. Die angebotene gute Sortimentstiefe und -breite haben das Image von Speyer als Einkaufsstadt geprägt. 75 % der im Handel Beschäftigten waren im Einzelhandel tätig. Kennzeichnend für diesen Wirtschaftszweig ist die große Zahl der Arbeitsplätze, die mit Frauen besetzt sind (70 %). Gegenüber 1970 hat die Zahl der weiblichen Beschäftigten um 28 % zugenommen. Maßgeblich hat zu dieser Entwicklung die Umstrukturierung der Beschäftigungsverhältnisse beigetragen. Zwischen 1970 und 1987 wurden fast 300 Vollzeitstellen abgebaut. Kompensiert wurde dies durch die Schaffung von 479 Teilzeitarbeitsplätzen, durch die das Stellenangebot für Frauen deutlich erhöht wurde. Schwerpunkt bildete der Handel mit Nahrungsmitteln und Getränken sowie mit Textil- und Lederwaren. Jeder zweite im Einzelhandel Beschäftigte war in diesen Bereichen tätig.

Dienstleistungen

Die Zahl der Beschäftigten im privaten Dienstleistungsbereich hat sich zwischen 1970 und 1987 um 74 % erhöht. In diesem Wirtschaftszweig, der die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe sowie die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen einschließt, waren im Mai 1987 fast 3 700 Personen beschäftigt.

Im öffentlichen Dienstleistungsbereich, zu dem neben den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen auch die Organisationen ohne Erwerbszweck gehören, arbeiteten 1987 über 6 900 Personen. Zwischen 1970 und 1987 nahm die Zahl der Beschäftigten um 39 % zu. Auf 1 000 Einwohner kamen 156 Bedienstete, der Vergleichswert der kreisfreien Städte lag bei 150. Speyer weist mit einem Anteil von 30 % nach Koblenz (33 %) die höchste Beschäftigungsquote in diesem Sektor auf. Zurückzuführen ist dies auf die Ansiedlung einiger öffentlicher Einrichtungen wie beispielsweise des Landesrechnungshofes, der Landesversicherungsanstalt, des Landesarchives und der Pfälzischen Landesbibliothek. Daneben ist Speyer auch Sitz eines katholischen Bischofs und des Landeskirchenrats der evangelischen Kirche der Pfalz.

Fremdenverkehr

Die veränderten Freizeitgewohnheiten, die größere Mobilität der Bürger und daraus resultierend der ständig zunehmende Städtetourismus sind nicht ohne Auswirkungen auf den Fremdenverkehr in Speyer geblieben. Die historische Stadt und in erster Linie der Dom zu Speyer sind das Ziel vieler Tagesausflügler. Dies hat zu einer deutlichen Ausweitung des gastronomischen Gewerbes geführt. 1987 wurden 169 Betriebe im Gastgewerbe erfaßt, das sind 43 % mehr als im Jahr 1970. Die Zahl der Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum sogar um 79 %.

Für Übernachtungen standen 1990 in Speyer 400 Fremdenbetten zur Verfügung. Das Angebot wurde von über 40 000 Gästen genutzt. Insgesamt wurden 65 400 Übernachtungen registriert. Die geringe durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 1,6 Tagen unterstreicht, daß hier der Fremdenverkehr mit kurzfristigem Aufenthalt überwiegt.

Öffentliche Finanzen

Das Finanzvolumen der Stadt belief sich 1988, gemessen an den bereinigten Gesamteinnahmen, auf 119 Mill. DM. Das sind 2 665 DM je Einwohner. Für die kreisfreien Städte errechnet sich ein Mittelwert von 2 918 DM. Steuern und steuerähnliche Einnahmen hatten einen Anteil von 43 % an den Gesamteinnahmen. Die Steuereinnahmekraft liegt mit 1 004 DM pro Einwohner unter dem Vergleichswert der kreisfreien Städte (1 330 DM). Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen bezifferten sich auf über 11 Mill. DM, die Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt auf 7,6 Mill. DM. Mit über 6 % an den Gesamteinnahmen lag der Anteil der Kreditaufnahmen über dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (3 %).

Für die kommunalen Aufgaben wurden 1988 in Speyer über 103 Mill. DM aufgewendet. Schwerpunkte bildeten dabei das Sozialwesen (23 Mill. DM), der Bereich Schulen und vorschulische Bildung (15 Mill. DM) sowie das Wohnungswesen und die Raumordnung (10 Mill. DM). Je Einwohner bezifferten sich die unmittelbaren Ausgaben auf 2 314 DM und lagen über 300 DM niedriger als der Vergleichswert der kreisfreien Städte. Überdurchschnittlich waren die Pro-

Fremdenverkehr 1990

Betriebsart ¹⁾	Betriebe ²⁾	Betten	Gäste	Über- nachtungen	Aufenthalts- dauer	Auslastung
	Anzahl				Tage	%
Insgesamt	11	401	40 356	65 387	1,6	44,7
davon:						
Hotels	2	87	12 401	20 390	1,6	64,2
Hotels garni	5	157	18 330	24 253	1,3	42,3
Gasthöfe	3	54	·	·	·	·
Jugendherbergen	1	90	5 144	10 016	1,9	30,5
Privatquartiere	·	13	·	·	·	·

1) SelbstEinstufung der Betriebe. – 2) Ohne Privatquartiere.

Unmittelbare Ausgaben der kreisfreien Stadt Speyer 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachinve- stitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	12 835	288,28	82,5	2,0	15,5
Schulen und vorschulische Bildung	14 782	332,02	37,2	36,3	26,5
Kulturelle Angelegenheiten	5 707	128,18	27,5	3,2	69,3
Soziale Sicherung	22 756	511,12	22,3	0,3	77,4
Gesundheit, Sport und Erholung	4 972	111,68	52,6	0,8	46,6
Wohnungswesen und Raumordnung	10 028	225,24	14,4	70,6	15,0
Kommunale Gemeinschaftsdienste	8 791	197,45	40,2	5,3	54,5
Wirtschaftsförderung	1 268	28,48	26,7	47,2	26,1
Verkehrswesen	6 205	139,37	36,5	40,3	23,2
Wirtschaftsunternehmen	871	19,56	41,1	–	58,9
Übrige Aufgabenbereiche	14 828	333,05	23,2	13,2	63,6
I n s g e s a m t	103 043	2 314,43	35,6	18,0	46,4

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

Kopf-Ausgaben im Schulwesen (332 DM je Einwohner), Wohnungswesen (225 DM) und für kommunale Gemeinschaftsdienste (198 DM). Deutlich weniger als im Durchschnitt der kreisfreien Städte wurde für die Bereiche Sozialwesen (511 DM je Einwohner) sowie Gesundheit, Sport und Erholung (112 DM) aufgewendet. Die Personalkosten beliefen sich auf 37 Mill. DM, die Ausgaben für Sachinvestitionen auf 19 Mill. DM. Mit einem Anteil von 36 bzw. 18 % der unmittelbaren Ausga-

ben lagen sie über den Vergleichswerten der kreisfreien Städte.

Die Stadt hatte 1988 Schulden in Höhe von 96 Mill. DM. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2 152 DM liegt Speyer deutlich unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte (2 897).

Charlotte Schmidt

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.